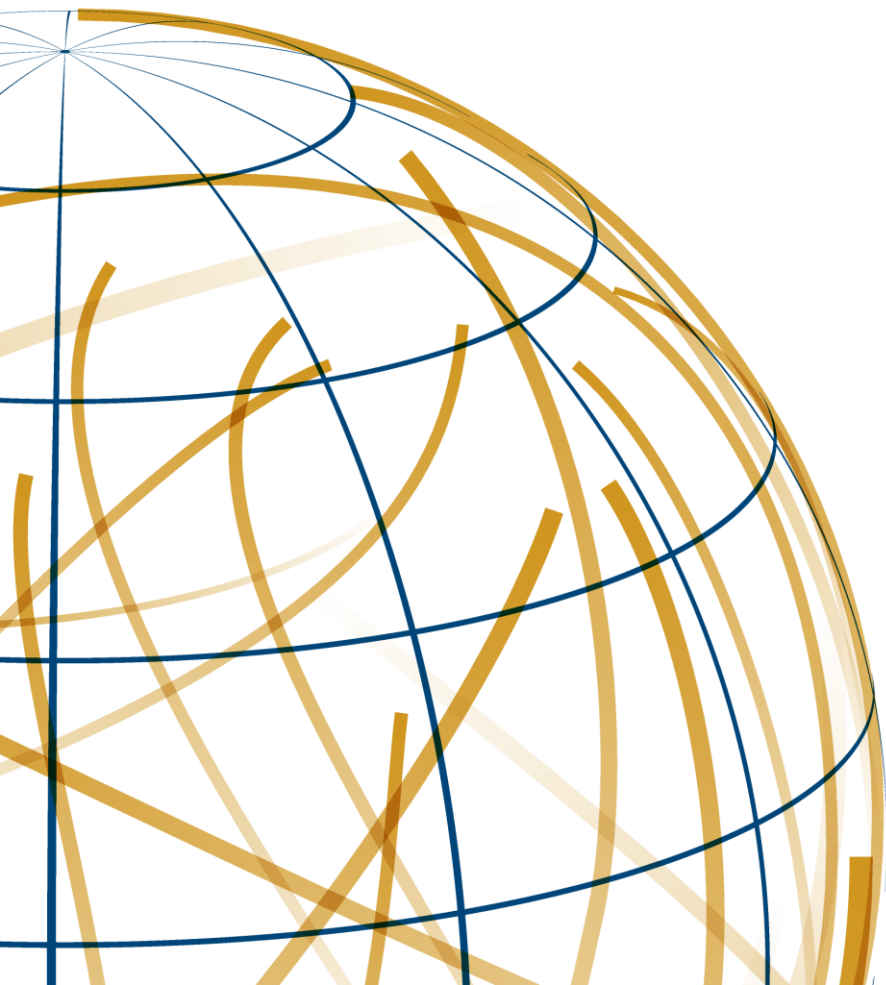


SWP-Studie

*Felix Heiduk/Melanie Müller/Yaşar Aydın/Janis Kluge/
Tobias Scholz/Angela Stanzel/Johannes Thimm*

Multipolaritäten – Die Ordnungsvorstellungen der anderen



Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und Sicherheit

SWP-Studie 7
März 2026, Berlin

- »Multipolarität« ist in der internationalen Politik zu einem zentralen, aber höchst ambivalenten Bezugspunkt von Debatten über die künftige Weltordnung geworden. Verwendet wird der Begriff sowohl deskriptiv, nämlich zur Beschreibung von Machtverschiebungen, als auch normativ, und zwar als Konzept für eine gerechtere internationale Ordnung. Die vergleichende Analyse von sieben Staaten zeigt jedoch, dass selbst in Ländern, die Multipolarität propagieren, kein kohärentes Verständnis davon vorherrscht.
- Scharfe Trennlinien verlaufen vorwiegend zwischen einerseits den USA, die das Konzept Multipolarität lange als gegen sich gerichtet verstanden haben, andererseits Russland und China, die mit ihm die Infragestellung der US-Hegemonie verbinden. Dabei strebt Russland eine disruptive und gewalttätige Transformation an, China hingegen eine evolutionäre. Andere Staaten wiederum, allen voran Indien und Südafrika, erhoffen sich von Multipolarität in erster Linie erweiterte außenpolitische Spielräume und leiten daraus teilweise eigene Reformvorschläge auf multilateraler Ebene ab.
- Deutschland und die EU müssen sich intensiver mit den unterschiedlichen Interpretationen und Verwendungen des Konzepts Multipolarität auseinandersetzen. Es sollte nicht per se als irrelevant oder antiwestlich abgetan werden, da es wesentliche Erkenntnisse über außenpolitische Anschlussfähigkeiten ermöglicht. Auch birgt die unreflektierte Verwendung des Begriffs Risiken, da er hochgradig politisiert ist und von verschiedenen Akteuren mit zum Teil gegensätzlichen Zielen verknüpft wird.
- Wichtiger als Grundsatzdiskussionen zu führen ist es, konkrete ordnungspolitische Reformansätze in diversen Politikfeldern zu entwickeln, etwa Handel, Gesundheit, Energie und Klima. Deutschland und die EU sollten die Forderung nach Multipolarität auch als Indikator für Reformbedarf verstehen und über die europäische Ebene Aushandlungsprozesse mit anderen Staaten anstoßen. Hierfür müssen sie zunächst klären, welche Ordnungsvorstellungen sie selbst bevorzugen, um darauf aufbauend passende Partner und Institutionen zu identifizieren.

SWP-Studie

*Felix Heiduk / Melanie Müller / Yaşar Aydın / Janis Kluge /
Tobias Scholz / Angela Stanzel / Johannes Thimm*

Multipolaritäten – Die Ordnungsvorstellungen der anderen

**Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und Sicherheit**

SWP-Studie 7
März 2026, Berlin



Dieses Werk ist lizenziert
unter CC BY 4.0

SWP-Studien unterliegen
einem Verfahren der Begut-
achtung durch Fachkolle-
ginnen und -kollegen und
durch die Institutsleitung (*peer
review*), sie werden zudem
einem Lektorat unterzogen.
Weitere Informationen
zur Qualitätssicherung der
SWP finden Sie auf der SWP-
Website unter [https://
www.swp-berlin.org/ueber-
uns/qualitaetssicherung/](https://www.swp-berlin.org/ueberuns/qualitaetssicherung/).
SWP-Studien geben die
Auffassung der Autoren und
Autorinnen wieder.

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-200
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6372
ISSN (Online) 2747-5115
DOI: 10.18449/2026S07

Inhalt

5	Problemstellung und Schlussfolgerungen
7	Einleitung
11	Status quo: Multipolarität und internationale Ordnung
11	Beschreibungen des Status quo der internationalen Ordnung
13	Perzeptionen von Multipolarität
18	Zwischenfazit
20	Multipolarisierung: Die internationale Ordnung in der Transformation
20	Der Übergang zur multipolaren Ordnung
22	Konstituierende Elemente einer sich verändernden Weltordnung
25	Räumliche Dimension und zentrale Akteure
27	Zentrale Politikfelder und Teilordnungen
28	Zwischenfazit
30	Multipolaritäten in Aktion
30	Gestaltungsansprüche, Interessen und strategische Imperative
33	Allianzen und Partnerschaften
35	Normen und internationale Institutionen
38	Räume und Einflusszonen
39	Außenpolitische Schwerpunkte und politikfeldspezifische Initiativen
43	Zwischenfazit
45	Fazit und Schlussfolgerungen
45	Befunde: Status quo der internationalen Ordnung und Multipolarität
45	Befunde: Multipolarisierung
46	Befunde: Multipolaritäten in Aktion
47	Diskussion der Befunde
48	Schlussfolgerungen
49	Abkürzungsverzeichnis

Dr. Felix Heiduk ist Leiter der SWP-Forschungsgruppe Asien.

Dr. Melanie Müller ist stellvertretende Leiterin der SWP-Forschungsgruppe Afrika und Mittlerer Osten.

Dr. Yaşar Aydın ist Wissenschaftler am Centrum für angewandte Türkeistudien (CATS) an der SWP.

Dr. Janis Kluge ist stellvertretender Leiter der SWP-Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien.

Dr. Tobias Scholz ist Wissenschaftler in der SWP-Forschungsgruppe Asien.

Dr. phil. Angela Stanzel ist Wissenschaftlerin in der SWP-Forschungsgruppe Asien.

Dr. Johannes Thimm ist Leiter der SWP-Forschungsgruppe Amerika.

Die Autoren und Autorinnen der Studie danken Clara Hörning, Veronika Jall und Simona Beckemeier für ihre Unterstützung bei den Recherchen.

Multipolaritäten – Die Ordnungsvorstellungen der anderen

Im Kontext tiefgreifender Veränderungen der internationalen Politik hat sich »Multipolarität« zu einem wesentlichen Bezugspunkt von Debatten in Politik und Wissenschaft über die zukünftige internationale Ordnung entwickelt. Verwendet wird der Begriff in diesem Zusammenhang auf zweierlei Weise. Einerseits dient er international wie auch in Deutschland dazu, den relativen Machtverlust der USA und das Ende der »Unipolarität« zugunsten des Aufstiegs neuer Machtpole zu beschreiben. Andererseits fungiert er als normatives Konzept, um den Soll-Zustand einer internationalen Ordnung zu umreißen, die gerechter und fairer wäre als die bisherige Unipolarität. Mit diesem normativen Verständnis werden häufig politische Zielsetzungen verbunden, etwa Multipolarität als antiwestliches Konzept zu etikettieren und somit abzuwehren oder sie im Gegenteil zum Zwecke des eigenen Machtgewinns zu propagieren. Viele verschiedene Akteure bedienen sich des Begriffs aus unterschiedlichen Gründen. Häufig bleibt dabei unklar, auf welche Ordnungsvorstellungen Bezug genommen wird. Das ist unter anderem auf mangelnde Kenntnisse darüber zurückzuführen, welche ordnungspolitischen Auffassungen dem Gebrauch des Konzepts Multipolarität zugrunde liegen und was sie für die internationalen Handlungslogiken der hier untersuchten Akteure bedeuten.

Die Autorinnen und Autoren der vorliegenden Studie versuchen diese Wissenslücke zu füllen, indem sie vergleichend und systematisch erkunden, welche ordnungspolitischen Anschauungen unterschiedliche Staaten mit Multipolarität verbinden und welche Rückschlüsse sie aus ihnen für ihr eigenes internationales Handeln ziehen. Die Analyse zeigt, dass es überall einen Diskurs über Multipolarität gibt, aber in kaum einem der untersuchten Länder Einigkeit über den Begriff herrscht. Zwar wird Multipolarität in allen Ländern als normatives, mit politischen Zielsetzungen verknüpftes Konzept angesehen. Divergenzen bestehen jedoch nicht nur zwischen den politischen Eliten und anderen Akteuren eines Landes, sondern teilweise innerhalb der politischen Eliten selbst. Auch zwischen den hier betrachteten Ländern unterscheiden sich die Diskussionen. Sie sind so

heterogen, dass sich nicht einmal dort Strömungen erkennen lassen, wo man sie vermuten könnte – also beispielsweise gemeinsame Ansichten mittlerer Mächte oder ständiger Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Am ehesten lassen sich die Trennlinien darin verorten, dass politische Akteure in den USA lange Zeit versuchten, den Begriff gänzlich zu vermeiden – in Trumps zweiter Präsidentschaft hat sich dies schrittweise verändert –, während der Terminus für Russland und China nützlich ist, um die US-Hegemonie in Frage zu stellen. Manche Akteure in den anderen Ländern verwenden die Bezeichnung, da sie sich von einer multipolaren Weltordnung mehr Macht und Einfluss erhoffen. Allerdings gibt es dort auch Zweifel daran, dass Multipolarität sich verwirklichen lässt.

Davon ausgehend ermöglicht die Studie ein differenziertes Verständnis der vielfältigen, teils konkurrierenden Ordnungskonstrukte, die sich hinter der vermeintlich gemeinsamen Bezugnahme auf Multipolarität verbergen. Daraus wiederum leiten sich Schlussfolgerungen ab:

Erstens müssen sich außenpolitische Akteure Deutschlands und Europas auf konzeptioneller Ebene intensiver mit diesen Vorstellungen zentraler internationaler Akteure auseinandersetzen. Deutschland und die EU müssen sich nicht nur bewusst werden, was verschiedene Staaten unter Multipolarität verstehen, sondern auch praktisch damit umgehen – in multilateralen Kontexten ebenso wie bilateral. Die unterschiedlichen Interpretationen des Begriffs zu durchdringen kann wertvolle Einsichten für außenpolitische Zusammenarbeit ermöglichen. Daher ist es nicht ratsam, die Debatten über Multipolarität, die jenseits der chinesischen oder russischen Lesart stattfinden, als unwichtig oder antiwestlich abzutun. Gerade aus europäischer Perspektive ist es essentiell, die Ordnungskonstrukte anderer Akteure zu verstehen, um Gestaltungsspielräume auszuloten, normativen Missverständnissen vorzubeugen und tragfähige Formen internationaler Kooperation unter veränderten Bedingungen zu entwickeln.

Zweitens bergen die internationalen Debatten über Multipolarität das Risiko, dass der Begriff unreflektiert gebraucht wird. Allen voran Russland und China haben ihn hochgradig politisiert und verwenden ihn gegen die angebliche Vorherrschaft der USA beziehungsweise »des Westens«. Andere Akteure hingegen, vor allem aus dem Globalen Süden, verbinden mit dem Begriff die Idee, die als ungerecht empfundenen globalen Machtstrukturen inklusiver zu gestalten.

Deshalb muss das Konzept auf internationaler Ebene stets qualifiziert und klar definiert verwendet werden.

Viel wichtiger aber als konzeptionelle Debatten ist *drittens*, dass Berlin und Brüssel ordnungspolitische Reformansätze in diversen Politikfeldern (wie Handel, Gesundheit, Energie oder Klima) erarbeiten, da die internationalen Debatten über Multipolarität auch als Ausdruck von Reformbedarf verstanden werden sollten. Auf diese Weise kann signalisiert werden, dass berechnete Anliegen ernst genommen werden, ohne Missverständnisse zu erzeugen. Diesen Reformdruck sollten Berlin und Brüssel als Chance sehen, die künftige internationale Kooperation, besonders auf multilateraler Ebene, über Aushandlungsprozesse mit anderen Staaten mitzugestalten. Ein solches Engagement sollte vor allem auf europäischer Ebene erfolgen, denn die EU wird als relevanter internationaler Akteur wahrgenommen, Deutschland allein aber nicht.

Teil dieses Engagements muss *viertens* eine Debatte sein, die innerhalb Europas und auf internationaler Ebene über die Zukunft der internationalen Ordnung geführt wird. Hierfür müssen Deutschland und die EU sich zunächst darauf verständigen, welche Ordnungsvorstellungen sie bevorzugen. Auf dieser Basis wird es möglich, die passende politische Agenda zu formulieren, geeignete Partner zu finden und den Umgang mit ihnen festzulegen sowie Institutionen für die Umsetzung der Agenda zu identifizieren.

Einleitung

Die internationale Ordnung befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Der Begriff Multipolarität hat sich dabei zu einem zentralen Bezugspunkt geopolitischer und ordnungspolitischer Debatten entwickelt – weltweit und über ideologische Grenzen hinweg. Während in westlichen Hauptstädten vielfach der Niedergang einer regelbasierten internationalen Ordnung diagnostiziert wird, betonen viele Staaten des Globalen Südens, dass die westliche Dominanz enden und einer gerechteren, multipolaren Welt weichen müsse. Die Regierungen in Moskau und Peking gebrauchen den Begriff seit mehr als zwei Dekaden, um eine von ihnen selbst bevorzugte Alternative zur bisherigen internationalen Ordnung zu charakterisieren, die aus ihrer Sicht zu Unrecht unipolar von den USA dominiert wird. Länder wie Indien, Südafrika oder Indonesien teilen das Unbehagen ob der ordnungspolitischen Dominanz von Großmächten, seien es die USA oder China, und sehen in einer multipolaren Weltordnung größere Einflussmöglichkeiten für sich selbst.

In den Debatten über Multipolarität wird diese wahlweise als analytischer Begriff, Soll-Zustand oder strategisches Risiko verstanden.

Die Debatten über Multipolarität, die sogar bis in die Zeit des Kalten Krieges zurückreichen, sind auch in Deutschland wieder aufgeflammt. Hier ist der Begriff mittlerweile fester Bestandteil außen- und sicherheitspolitischer Diskussionen. Einerseits wird er verwendet, um veränderte internationale Machtverhältnisse zu beschreiben.¹ Andererseits wird er aber auch als eine Art trojanisches Pferd internationaler Ordnungspolitik geißelt: Es solle der Eindruck

vermittelt werden, dass Multipolarität zu einer gerechteren internationalen Machtverteilung verhelfen könne, aber in Wirklichkeit gehe es den Schöpfern des Konzepts um nichts Geringeres als ein Ende des »Westens«.² Diese Kontroverse findet auch auf Regierungsebene statt. Auch dort dient der Begriff teilweise dazu, den Wandel in den internationalen Machtverhältnissen zu kennzeichnen. Meist ist damit der Anspruch verbunden, in einer komplexeren Weltordnung mehr Verantwortung zu übernehmen.³ Andererseits wird das Konzept als Teil eines Systemkonflikts zwischen Demokratie und Autokratien eingeordnet und dem antidemokratischen Lager zugeschrieben.⁴ In Deutschlands 2023 veröffentlichter Nationaler Sicherheitsstrategie heißt es, die »globale Ordnung« verändere sich derzeit vor allem dahingehend, dass »neue Machtzentren entstehen« und wir [i.e. Deutschland] »in einem Zeitalter wachsender Multipolarität und zunehmender systemischer Rivalität« leben.⁵ Bislang ist vielfach umstritten, ob Multipolarität als analytischer Befund, Soll-Zustand

1 Stefan Mair, »Warum Multipolarität richtig ist«, in: *Internationale Politik*, 78 (2023) 6, S. 82 – 89; Marc Saxer, »Multipolarität und blinde Flecken – eine Replik auf Jörg Lau«, in: *Internationale Politik*, 31.8.2023, <<https://internationalepolitik.de/de/multipolaritaet-und-blinde-flecken-eine-replik-auf-joerg-lau>>.

2 Jörg Lau, »Wir leben in einer multipolaren Welt«, in: *Internationale Politik*, 78 (2023) 5, S. 15.

3 »Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz«, in: *Bulletin der Bundesregierung*, Nr. 160-1, 14.12.2022, <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-2153850>>; »Haben uns nicht genug damit auseinandergesetzt, was Wehrhaftigkeit bedeutet« – Außenministerin Annalena Baerbock im Interview, in: *Die Welt*, 20.3.2023, <<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/interview-baerbock-welt-2588732>>.

4 »Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz MdB«, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 9.3.2023, <<https://tinyurl.com/3krst73u>>; Friedrich Merz, »Außenpolitische Grundsatzrede«, Berlin, 23.1.2025, <<http://www.cducsu.de/themen/aussenpolitische-grundsatzrede>>.

5 Auswärtiges Amt (Hg.), *Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie*, Berlin, Juni 2023, S. 5, 23, <<https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/Sicherheitsstrategie-DE.pdf>>.

oder strategisches Risiko verstanden werden sollte.⁶ Eine systematische Auseinandersetzung mit den Ordnungsvorstellungen jener Akteure, die sich auf Multipolarität berufen, steht in Deutschland noch aus.

Viele Staaten verwenden also den Begriff, doch bleibt häufig unklar, auf welche Ordnungsvorstellungen sie hierbei Bezug nehmen. Das liegt auch daran, dass es wenig Wissen dazu gibt, welche ordnungspolitischen Auffassungen in den jeweiligen Ländern mit dem Konzept Multipolarität verknüpft werden und welche Schlüsse diese daraus für ihr politisches Handeln ziehen. Unter anderem deswegen haben sich in den letzten Jahren mehrere renommierte Think-Tanks mit unterschiedlichen Aspekten dieses Themenkomplexes befasst. Dazu gehören vor allem der Bericht der Münchner Sicherheitskonferenz (Munich Security Conference, MSC) vom Februar 2025 zum Thema Multipolarisierung,⁷ eine Analyse des Chatham House zu verschiedenen Visionen internationaler Ordnung⁸ und eine Studie des Carnegie Endowment, in der die Ausweitung der BRICS-Gruppe⁹ und deren Auswirkungen auf die internationale Ordnung behandelt werden. Diese beiden im März 2025 veröffentlichten Studien eint, dass deren Autorinnen und Autoren sich übergeordneten Fragestellungen zur künftigen Ausgestaltung der internationalen Ordnung zu nähern versuchen,

6 Dieser Befund trifft nicht nur auf die politische Debatte zu. Auch in der Politikwissenschaft sind viele der Debatten über internationale Ordnung zugleich analytisch und normativ geprägt. Vgl. den Überblick zum Forschungsstand in Mathias Albert/Nicole Deitelhoff/Gunther Hellmann, *Ordnung und Regieren in der Weltgesellschaft. Ein Problemaufriss*, Wiesbaden: Springer VS, 2023, S. 3, doi: 10.1007/978-3-658-19780-3.

7 Tobias Bunde/Sophie Eisentraut/Leonard Schütte (Hg.), *Multipolarization. Munich Security Report 2025*, München: Münchner Sicherheitskonferenz, Februar 2025, <<https://securityconference.org/publikationen/munich-security-report-2025/>>.

8 Leslie Vinjamuri (Hg.), *Competing Visions of International Order*, London: Royal Institute of International Affairs, Chatham House, 2025 (Research Paper), <<https://www.chathamhouse.org/2025/03/competing-visions-international-order>>.

9 Stewart Patrick (Hg.), *BRICS Expansion and the Future of World Order: Perspectives from Member States, Partners, and Aspirants*, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 2025, <<https://carnegieendowment.org/research/2025/03/brics-expansion-and-the-future-of-world-order-perspectives-from-member-states-partners-and-aspirants?lang=en>>.

indem sie eine Reihe von Ländern untersucht haben. Der MSC-Bericht beinhaltet ebenfalls eine Sammlung einzelner Länderstudien. Darüber hinaus enthält er einen eigenen Datensatz vergleichender Umfragergebnisse und ein eigens erstelltes Großmächte-Länder-ranking auf der Basis von Datenpunkten. Diese umfassen neben Militärausgaben und der Anzahl atomarer Sprengköpfe diverse Indikatoren bis hin zu Geschlechtergerechtigkeit und durchschnittlicher Lebenserwartung.

Es gibt also bereits erste thematisch verwandte Analysen. Allerdings fehlt es zum Thema Ordnungsvorstellungen an systematischen, länderübergreifenden Vergleichen, welche die unterschiedlichen nationalen Perspektiven in den Mittelpunkt rücken und somit ein Verständnis darüber liefern, ob und wie in diesen Vorstellungen Multipolarität gesehen und propagiert wird. Die Autorinnen und Autoren der vorliegenden Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik knüpfen an diese Arbeiten an. Sie gehen jedoch vom Erkenntnisinteresse her wie auch analytisch andere Wege, denn aus ihrer Sicht sind einige der zentralen Annahmen zum Thema Polarität im Fach Internationale Beziehungen zu hinterfragen (siehe dazu Kasten »Polarität in den Internationalen Beziehungen«).

Die Autorinnen und Autoren der vorliegenden Studie folgen nicht dem klassischen Verständnis von Polarität im Fach Internationale Beziehungen. Sie verstehen Multipolarität nicht als fixe materielle Ordnungsstruktur, sondern zunächst als Ordnungskonstrukt (das heißt als Vorstellung von einer Ordnung und den ihr zugrunde liegenden Strukturen),¹⁰ das auf beobachtbaren Perzeptionen, Interpretationen und politischen Zielsetzungen außenpolitischer Eliten¹¹ basiert. Sie gehen weiterhin davon aus, dass die praktische Verwendung des Begriffs Multipolarität in der internationalen Politik einen Doppelcharakter hat. Einerseits hat sie zum Ziel, die beobachtbaren Veränderungen der internationalen Ordnung zu erfassen oder zu erklären. Andererseits ist sie politi-

10 Auch andere Politikwissenschaftler verstehen Multipolarität vorrangig als ideelles Konstrukt. Volker Perthes zum Beispiel bezeichnet Multipolarität als »Metapher«. Vgl. Volker Perthes, *Die Multipolarisierung der Welt. Ein geopolitischer Wegweiser*, Berlin: Suhrkamp, 2026.

11 Dieser Studie liegt ein breites Verständnis des Begriffs »außenpolitische Akteure« zugrunde. Von Land zu Land kann er neben staatlichen Eliten (Regierungschefs, Minister, Militärs, Diplomaten) auch Medien-, Wirtschafts- und Wissenschaftseliten umfassen.

Kasten: Polarität in den Internationalen Beziehungen

Der im Fach Internationale Beziehungen vielfach verwendete Begriff Polarität setzt voraus, dass sich die Weltordnung am besten durch die Kennzeichnung seiner Machtzentren charakterisieren lässt. Je nach Anzahl der identifizierten Zentren kann dabei zwischen einer unipolar, bipolar und multipolar strukturierten internationalen Ordnung unterschieden werden. Diese Sichtweise hat ihren Ursprung im Kalten Krieg. Ihr zufolge galt die Blockkonfrontation zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion als eindeutig bipolar. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR folgte der unipolare Moment mit den USA als einzig verbleibender Supermacht. Mit der Blockfreien-Bewegung versuchten viele Staaten, sich dieser Struktur zu entziehen.

Polarität – ganz gleich ob uni-, bi- oder multipolar – ist in dieser Lesart der strukturbildende Effekt von Macht in der internationalen Ordnungspolitik. Wer in Polaritäten denkt, betrachtet die internationale Ordnung als klar strukturiertes, stabilen Mustern folgendes Geflecht von Beziehungen zwischen mächtigen internationalen Akteuren.^a Dem Konzept von Polarität liegt jedoch ein keineswegs unumstrittenes Verständnis von internationaler Ordnung zugrunde. Die zentralen Akteure dabei sind Nationalstaaten, vertreten durch ihre Exekutive, mit einer unmissverständlichen, einheitlichen Agenda. Ihre außenpolitischen Möglichkeiten leiten sich aus ihren Machtressourcen ab, wobei militärische Macht an erster Stelle steht. Nachrangig sind andere Machtformen, wie ökonomische oder sogenannte weiche, also etwa kulturelle oder diplomatische Macht. Internationale Institutionen spielen ebenfalls keine substantielle strukturbildende Rolle. Welcher Staat den Status eines Pols innehat, ergibt sich in erster Linie aus der Bemessung der militärischen Machtressourcen. Die internationale Ordnung wird also quasi top-down errichtet und spiegelt damit allein die Präferenzen und Interessen von Großmächten wider.^b

scher Natur in dem Sinne, Multipolarität als (macht-)politisches Konzept zu propagieren. Von Interesse ist deshalb in erster Linie, was politische Eliten in den untersuchten Ländern zu Multipolarität und der sich verändernden internationalen Ordnung denken und äußern. Im Zentrum stehen die Ordnungskonstrukte und die sich daraus ergebenden Deutungen und politischen Ziele in den hier analysierten Staaten. Auf diese Weise soll die Studie ein differenziertes Verständnis der vielfältigen, teils konkurrierenden Ordnungskonstrukte ermöglichen, die sich hinter der vermeintlich gemeinsamen Bezugnahme auf Multipolarität verbergen. Die Analysegrundlage bilden überwiegend offizielle Dokumente sowie Reden und Interviews von Regierungsvertretern und Regierungsvertreterinnen, daneben auch relevante Medienbeiträge und Think-Tank-Publikationen.

Selbst wenn man das Konzept der Polarität akzeptiert, stellt sich die Frage, welche Staaten neben den USA als weitere Pole einer wie auch immer gearteten multipolaren Ordnung gelten können. Sicherlich China, aber darüber hinaus? Die wirtschaftlich geschwächte Nuklearmacht Russland? Indien als Nuklearmacht und bevölkerungsreichstes Land der Welt? Südafrika? Brasilien? Wählt man dem Konzept von Polarität folgend militärische Macht als entscheidenden Maßstab, steuert die Welt wohl weniger auf eine multipolare Ordnung, sondern eher auf eine neue Bipolarität zu, mit den USA und China als antagonistischen Polen. Werden andere Maßstäbe wie Wirtschaftskraft oder Bevölkerungsgröße in Betracht gezogen, erweitert sich der Kreis der Großmächte. Ein weiteres analytisches Problem besteht darin, dass der Blick auf die Machtverteilung zwar Aussagen über die Struktur der internationalen Ordnung, verstanden als uni-, bi- oder multipolare Ordnung, zulässt, aber sich daraus keine direkten Schlussfolgerungen für die konkrete Ausgestaltung dieser Ordnung ergeben. Das Denken in Polaritäten geht von einer statischen, fixen Machtverteilung aus und vernachlässigt die Art und Weise, wie Staaten ihre Macht ausüben, etwa ob sie auf Zwang und Gewalt oder auf Überzeugung und Kooperation setzen. Nicht ausreichend berücksichtigt werden zudem relationale Aspekte, das heißt in welcher Beziehung die Staaten zueinander stehen.

a David A. Lake/Lisa L. Martin/Thomas Risse, »Challenges to the Liberal Order: Reflections on *International Organization*«, in: *International Organization*, 75 (2021) 2, S. 225–257, doi: 10.1017/S0020818320000636.

b Kyle M. Lascurettes, *Orders of Exclusion*, Oxford: Oxford University Press, 2020.

In dieser Studie werden systematisch und vergleichend die Ordnungskonstrukte dieser Akteure in sieben Staaten – den USA, China, Russland, Indien, Indonesien, der Türkei und Südafrika – untersucht (der Untersuchungszeitraum erstreckte sich bis Juli 2025), und zwar mit Blick auf drei Analysekomplexe: Im *ersten* Teil wird erkundet, wie der Status quo der internationalen Ordnung sowie Multipolarität als alternatives Ordnungsmodell erfasst und in den jeweiligen Ländern diskutiert werden. Gegenstand des *zweiten* Teils ist, wie im Lichte des Begriffs Multipolarisierung die ordnungspolitischen Transformationen wahrgenommen werden. Es wird der Frage nachgegangen, inwiefern in den untersuchten Ländern solche Veränderungen als Multipolarisierung gedeutet werden. Ausgehend von den Befunden des ersten und zweiten Teils wird im *dritten* Teil analy-

siert, zu welchen Deutungen die außenpolitischen Eliten im Hinblick auf Multipolarität gelangen und welche Schlussfolgerungen sie daraus für das eigene außenpolitische Verhalten ziehen oder zu ziehen gedenken. Nicht untersucht wird in der Studie, ob die internationale Ordnung multipolar strukturiert ist und ob es Hinweise darauf und Belege dafür gibt, dass sie dies in Zukunft werden könnte. Die Studie liefert auch keine Erkenntnisse darüber, ob Multipolarität tatsächlich demokratischer, gerechter, multilateraler oder gewaltärmer ist als die gegenwärtige internationale Ordnung.

Die Auswahl der in dieser Studie betrachteten Fälle ist nicht repräsentativ für die Mehrheit der Staaten dieser Welt. Sie bildet jedoch eine Bandbreite von Staaten ab, die sich in unterschiedlicher Art und Weise auf das Konzept Multipolarität beziehen. Die meisten von ihnen sehen dieses positiv, doch werden hier auch Staaten unter die Lupe genommen, bei denen das nicht der Fall ist. Zudem divergieren die untersuchten Staaten in einer Vielzahl von Kategorien: im Hinblick auf ihre politischen Systeme, ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ihre geopolitische wie geographische Lage, ihre außenpolitische Orientierung sowie ihre historischen Erfahrungen mit Kolonialismus, Blockbildung oder Blockfreiheit. Gerade diese Heterogenität macht den Vergleich besonders aufschlussreich: Wenn sich unter diesen disparaten Voraussetzungen geteilte Ordnungsvorstellungen herausbilden oder spezifische Differenzen konstant bleiben, lassen sich daraus belastbare Rückschlüsse auf entstehende Übereinstimmungen quer zu unterschiedlichen Konzeptionen von Multipolarität ziehen. Zugleich erlaubt der Vergleich, mögliche Divergenzen sichtbar zu machen, die bei den Ordnungsvorstellungen bestehen und oft hinter einem gemeinsamen Rekurs auf Multipolarität verborgen bleiben.

Status quo: Multipolarität und internationale Ordnung

Beschreibungen des Status quo der internationalen Ordnung

Darüber, dass sich die internationale Ordnung derzeit rasant verändert, sind sich politische Entscheidungsträger ihren Stellungnahmen nach zu urteilen einig. Eine Ausnahme bilden die USA, wo sich Regierungsvertreter nur selten zu Multipolarität äußern. Allerdings werden entsprechende Debatten auch in den USA geführt, meist in Fachzeitschriften und Think-Tanks. Aus diesen Debatten lassen sich indirekt Rückschlüsse ziehen. Uneins sind sich wichtige Akteure jedoch über die künftige Richtung und Dynamik des konstatierten Wandels der internationalen Ordnung. Einige Staaten begreifen diese schon jetzt als multipolar, andere nehmen an, dass sie multipolarer wird, und wieder andere deuten die aktuellen Veränderungen als Phase der Kontingenz oder eines Interregnums. Strittig ist auch, ob der Wandel als positiv oder negativ einzuschätzen ist.

Russland und China nutzen den Begriff Multipolarität, um die globale Dominanz der USA in Frage zu stellen.

Chinesische politische Eliten bewerten die aktuelle Weltordnung als im Wandel begriffen, weg von der US-dominierten unilateralen und hin zu einer »multipolaren Welt« (*duojihua*). Die häufig zitierte Formel »Die Welt befindet sich derzeit in einem Umbruch, wie man ihn seit einem Jahrhundert nicht mehr erlebt hat« (*bainian weiyou zhi da bianju*) ist seit dem 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas 2017 fester Bestandteil der offiziellen politischen Rhetorik. Sie gilt als leitender Grundsatz der »Gedanken Xi Jinpings zur Diplomatie«, die das ideologische Gerüst für Chinas Aufstieg zur Weltmacht bilden. Die oben genannte Formel wird mit dem Niedergang der Vereinigten Staaten als globale Macht in Verbindung

gebracht und mit den Gefahren und Chancen, die sich daraus ergeben. So kritisiert etwa Chen Yixin, Minister für Staatssicherheit in China, dass einige Länder sich »an die unipolare Hegemonie klammern«, ungeachtet der Verschiebungen globaler Machtstrukturen, die durch technologische Entwicklungen oder den Aufstieg von Schwellen- und Entwicklungsländern beeinflusst werden.¹² Der Wandel des internationalen Systems kann aus chinesischer Sicht daher nicht geordnet verlaufen.

Auch in Russlands Perspektive befindet sich die Struktur des internationalen Systems im Umbruch. Im Vergleich zur chinesischen Lesart fällt auf, dass mit der Bezeichnung Multipolarität nicht nur die Abkehr vom unipolaren System, das unter Führung der USA steht, beschrieben wird, sondern vielmehr ein Zusammenbruch des gesamten Komplexes des Westens. Dieser Prozess habe mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Aufstieg Chinas und Indiens seinen Anfang genommen, die USA zunehmend geschwächt und führe nun unweigerlich in den Zustand der Multipolarität. In der russischen Lesart habe die Weigerung des Westens, seine dominierende Position aufzugeben, kriegerische Auseinandersetzungen und Konflikte zur Folge.¹³

¹² Chen Yixin, *Jianding bu yi guanche zongti guojia anquan guan yi gao shuiping anquan huhang zhongguo shi xiandaihua* [Das umfassende nationale Sicherheitskonzept konsequent umsetzen und Chinas Modernisierung durch ein hohes Maß an Sicherheit gewährleisten], in: *Qishi*, 15.4.2025, <http://www.qstheory.cn/20250415/e527332b9a104b219767be61af510a86/c.html?utm_source=substack&utm_medium=email>.

¹³ Dass der Westen sein Scheitern nicht einsehen wolle und sich ihm widersetze (»teenage rejectionism with regard to the natural course of history«), führe zu Krisen und Kriegen in der Welt. Vgl. Alexey Drobinin, »The Vision of a Multipolar World. The Civilizational Factor and Russia's Place in the Emerging World Order«, in: *Russia in Global*

In den USA bilden explizite Aussagen hochrangiger Personen zu Polarität eher die Ausnahme. Die globale Rolle des Landes wird dort zudem meist mit Begriffen wie Leadership oder Primacy charakterisiert, seltener hingegen mit Unipolarität. Auch der Begriff Multipolarität taucht im offiziellen Sprachgebrauch nur sporadisch auf und wird kaum systematisch reflektiert. Zwar haben sowohl Präsident Bill Clinton als auch später Außenministerin Hillary Clinton beiläufig erwähnt, dass die bipolare Ordnung des Kalten Krieges durch eine »multipolare Struktur« abgelöst worden sei – doch ohne dies tiefergehend zu analysieren oder zu problematisieren.¹⁴

Indische Eliten sehen die Welt in einer Phase der Transformation von einer eher unipolaren und westlich dominierten hin zu einer multipolar organisierten Ordnung. Diese Entwicklung ist aus indischer Sicht unumkehrbar, da sich die internationalen Machtverhältnisse dauerhaft verschieben. Schon heute gilt in Indien die Bezeichnung Multipolarität als angemessene Zustandsbeschreibung internationaler Ordnungsverhältnisse, wird aber als noch nicht vollständig ausgeprägt empfunden.¹⁵ Als Indizien für diese Entwicklung sieht Indien vor allem den eigenen Aufstieg in der internationalen Ordnung sowie den allgemeinen Bedeutungsgewinn des Globalen Südens.

Auch die südafrikanische Regierung, die seit dem Ende der Apartheid und den ersten demokratischen Wahlen 1994 kontinuierlich vom African National Congress (ANC) geführt wird, sieht die Welt im Umbruch. Wurde die Struktur des internationalen Systems lange als unipolar betrachtet und die globale Führungsrolle der USA kritisch beäugt, sind sich die Mitglieder der Regierung heute weitgehend einig,

dass die weitere Entwicklung ungewiss ist. Der südafrikanische Außenminister Ronald Lamola nutzt dafür sogar den auf den italienischen Politiker und Philosophen Antonio Gramsci zurückgehenden Begriff eines Interregnums, der einen Übergangszustand markiert und auch als Moment der Krise verstanden wird. Lamola beschreibt den Zustand der Welt im Oktober 2024 wie folgt:

»Turbulence, Anarchy and Combustion are the order of the day. Geopolitical rivalries between great powers that obsess with realpolitik and aggressive economic competitiveness, together with adversarial foreign policies and combative diplomacy, are factors driving this global crisis moment.«¹⁶

Verschiedene Äußerungen politischer Eliten Südafrikas legen nahe, dass diese eher die Tendenz hin zu einem multipolaren System sehen, die sich derzeit aber noch nicht stabilisiert habe.

Türkische Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen wiederum beschreiben die internationale Ordnung zunehmend als multipolar – jedoch nicht als sich abzeichnenden Wandel, sondern als bereits etablierte Konstellation. In einem Interview im Jahr 2021 erklärte Präsident Recep Tayyip Erdoğan, dass sich die globalen Machtverhältnisse verschoben. Er betonte, es gebe mehrere Machtzentren, und kritisierte, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) diese neue Realität – eine Welt mit einer »Vielfalt der Mächte« – nicht angemessen widerspiegle.¹⁷

Im indonesischen Diskurs spielt Multipolarität bislang für die Außenpolitik des Landes keine Rolle. Der Begriff findet in offiziellen Papieren (und in wichtigen Reden von Offiziellen) keine Erwähnung.¹⁸

Affairs, 20.2.2023, <<https://eng.globalaffairs.ru/articles/the-vision-of-a-multipolar-world/>>.

14 The White House, Office of the Press Secretary, »Interview of the President by Rolling Stone Magazine«, Washington, D.C., 7.12.2000, <https://clintonwhitehouse4.archives.gov/textonly/library/hot_releases/December_7_2000_4.html>; U.S. Department of State, »Remarks on the Obama Administration's National Security Strategy«, Remarks of Hillary R. Clinton at the Brookings Institution, Washington, D.C., 27.5.2010, <<https://tinyurl.com/ycxsk2mu>>.

15 Ministry of External Affairs, Government of India, »Prime Minister Shri Narendra Modi's Remarks at the Extended Format Meeting of the SCO Council of Heads of States«, Neu-Delhi, 24.7.2024, <https://www.mea.gov.in/Speeches-Statements.htm?dtl%2F37926%2FPrime_Minister_Shri_Narendra_Modi_remarks_at_the_extended_format_meeting_of_the_SCO_Council_of_Heads_of_States.com>.

16 Department of International Relations and Cooperation, Republic of South Africa, »Address by Minister Ronald Lamola, during the Thucydides Trap – Challenges and Opportunities for Africa«, Pretoria, 11.10.2024, <<https://dirco.gov.za/address-by-minister-ronald-lamola-during-the-thucydides-trap-challenges-and-opportunities-for-africa-held-at-the-mistra-head-office-on-11-october-2024/>>.

17 Burhanettin Duran, »Dünya Değişiyor, BM Sistemi de Değişmeli« [Die Welt ändert sich, das System der Vereinten Nationen muss sich auch ändern], Interview mit Erdoğan, in: *Kriter*, 6 (2021) 61 (online), <<https://kriterdergi.com/file/639/soylesi-cumhurbaskani-recep-tayyip-erdogan>>.

18 Vgl. beispielsweise Kementerian Luar Negeri [Außenministerium der Republik Indonesien], »Renstra Kemlu 2020 – 2024« [Strategischer Plan des Außenministeriums

Das bedeutet zwar nicht, dass Multipolarität kein Thema ist. Doch wenn davon die Rede ist, wird entweder auf Multipolaritätskonzepte anderer Staaten wie China oder auf allgemeine Machtverschiebungen in Asien und im internationalen System Bezug genommen.¹⁹ Mehrheitlich versteht die indonesische Regierung das internationale System noch als ein bipolares, in dem sich die USA und China als strukturgebende Großmächte gegenüberstehen. Allerdings sind einige wenige Mitglieder der Regierung überzeugt, man befinde sich bereits in einem multipolaren System. Darin müsse Indonesien eine größere Führungsrolle übernehmen, um diese neue Ordnung mitzugestalten.²⁰

Perzeptionen von Multipolarität

Multipolarität im Zusammenhang mit internationaler Ordnungspolitik wird von den untersuchten Staaten verschieden bewertet. Einige von ihnen sehen Multipolarität als normativ erstrebenswerte und politisch stabilere Ordnungsstruktur im Vergleich zum Status quo. Andere teilen zwar diese positive normative Einschätzung, sehen aber vor allem die Übergangsperiode zu einer multipolaren Ordnung als instabil an. In den USA hingegen ist der Begriff weithin negativ konnotiert. Dagegen betrachten China und Russland eine multipolare Weltordnung als uneingeschränkt positiven und erstrebenswerten Zustand, nicht zuletzt weil sie glauben, dass sie vom Ende der US-Hegemonie profitieren können. Moskau und Peking verpflichteten sich schon 1997, die »Multipolarisierung der Welt« gemeinsam voranzutreiben.²¹ Auch aktuellere Äußerungen der Präsidenten Xi und Putin stehen in der Tradition dieses Dokuments. Es wird von russischen Offiziellen noch immer als weg-

weisend zitiert.²² Diese Erklärung zu einer multipolaren und neuen internationalen Ordnung ist im Kontext der Verbesserung der chinesisch-russischen Beziehungen zu sehen, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion einsetzte. Das Dokument von 1997 bringt die Ambition der beiden Staaten zum Ausdruck, ihre (strategische) Partnerschaft als Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten und der westlichen liberalen Ordnung einzusetzen.

In Russland wird der Übergang zur Multipolarität als radikaler Bruch mit der alten Ordnung wahrgenommen.

Aus russischer Perspektive wird die Entstehung der Multipolarität als zwangsläufige und uneingeschränkt wünschenswerte Entwicklung gesehen, die es zu beschleunigen gilt. Für Russland ist Multipolarität vor allem deshalb attraktiv, weil es damit nicht nur das Zurückdrängen und den Niedergang der US-Hegemonie,²³ sondern auch die Aufspaltung des Westens verbindet. Entwicklungen, die diese Sichtweise untermauern, hat die russische Führung schon früh propagiert. Als Deutschland und Frankreich 2003 sich gemeinsam mit Russland gegen die amerikanische Invasion des Irak aussprachen, begrüßte Putin diese Abgrenzung von den USA mit den Worten »Das ist der erste Schritt zur Gründung der multipolaren Welt«.²⁴ Den Begriff regelbasierte Ordnung (rules-based order) sehen russische Offizielle als Synonym oder verlogenen Euphemismus für neokoloniales US-Hegemoniestreben und lehnen ihn ab.²⁵ Dieses Konzept soll daher in der Multipolarität

2020–2024], Jakarta 2020, <<https://kemlu.go.id/akip/kementerian-luar-negeri/rencana-strategis-kemlu/bf424cb7b0dea050a42b9739eb261a3a?type=repository>>.

19 »Remarks by General (Retd) Prabowo Subianto«, The Shangri-La Dialogue, Singapur, 11.6.2022.

20 European Parliament, »Indonesian Friendship Group: EU-Indonesian Relations and the Outcome of the G20 Meeting in Bali«, Straßburg, 23.11.2022, <<https://www.europarl.europa.eu/streaming/?event=20221123-1000-SPECIAL-OTHER>>.

21 »China-Russia: Joint Declaration on a Multipolar World and the Establishment of a New International Order«, in: *International Legal Materials*, 36 (1997) 4, S. 986–989, <<https://www.jstor.org/stable/20698707>>.

22 Zum Beispiel »Briefing by Foreign Ministry Spokeswoman Maria Zakharova«, Moskau, 14.2.2025, <https://mid.ru/en/foreign_policy/news/1997514/>.

23 Iwan Timofejew, »Asinxronnaja mnogopoljarnost': upravljajuščie parametry i vektory razvitija« [Asymmetrische Multipolarität: Steuerungsparameter und Entwicklungsvektoren], *ValdaiClub.com*, 31.5.2023, <<https://ru.valdai.club.com/a/highlights/asinkhronnaya-mnogopolyarnost/>>.

24 Wladimir Putin, »Putin: my sdelali pervyj šag k sozdaniju mnogopoljarnogo mira« [Wir haben den ersten Schritt zur Multipolarität getan], in: *Lenta.ru*, 12.2.2003, <<https://lenta.ru/news/2003/02/12/multipl/>>.

25 Sergei Lawrow, »The UN Charter Should Become the Legal Foundation of a Multipolar World«, in: *Russia in Global Affairs* (online), 4.2.2025, <<https://eng.globalaffairs.ru/articles/un-charter-lavrov/>>; Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, »Foreign Minister Sergey Lavrov's Video Address to Participants in the 5th Global Forum of Young

überwunden werden. Gleichzeitig berufen sich russische Offizielle regelmäßig ausdrücklich auf internationales Recht oder Regelwerke wie die VN-Charta als Grundlage dieser Ordnung. Multipolarität steht in der Lesart russischer außenpolitischer Eliten nicht nur für ein Ende des Liberalismus in den internationalen Beziehungen. Die erhoffte Transformation erstreckt sich auch auf die Innenpolitik der westlichen Staaten: Moskau setzt darauf, dass im Zuge der Multipolarisierung auch die transatlantischen Eliten der europäischen Staaten verschwinden und andere Kräfte die Führung übernehmen. Dazu zählen etwa die AfD, der Rassemblement National mit seiner Führungsfigur Marine Le Pen, die Fidesz unter Viktor Orbán oder das, was der Kreml unter dem wahren, traditionellen Westen (»the genuine, traditional West«²⁶) versteht. Multipolarität sei »die einzige Chance für Europa, seine politische und wirtschaftliche Identität wiederzuerlangen«.²⁷

China setzt auf graduelle Transformation und vertraut wegen seines wirtschaftlich-technologischen Potentials auf seine Führungsrolle.

Auch aus chinesischer Sicht ist eine multipolare Weltordnung unausweichlich und wird explizit angestrebt, weil die Führung in Peking davon ausgeht, dass China ein wichtiger Pol einer solchen Weltordnung sein wird. Eliten des Landes sprechen davon, eine »geordnete und gleichberechtigte multipolare Welt« zu schaffen.²⁸ So macht der chinesische Präsident Xi Jinping deutlich:

»An equal and orderly multipolar world means every country can find its place in a multipolar system and play its due role pursuant to inter-

national law, so that the process of multipolarization is stable and constructive on the whole.«²⁹

Stärker als Russland heben politische Eliten in China die Bedeutung des multilateralen Systems und der Vereinten Nationen hervor. Sie betonen, wie dringlich die Reform des VN-Systems sei, um mehr Gleichberechtigung für Länder des Globalen Südens zu schaffen. Der chinesische Außenminister Wang Yi unterstrich dies bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2025:

»It must be ensured that all countries, regardless of their size and strength, are able to take part in decision-making, enjoy their rights, and play their role as equals in the process toward a multipolar world. An orderly multipolar world means all should observe the purposes and principles of the U.N. Charter, and uphold the universally recognized basic norms governing international relations. Multipolarity doesn't mean multiple blocs, or fragmentation, or disarray. All countries must act within the U.N.-centered international system, and pursue cooperation under global governance.«³⁰

Seit 2021 sprechen Xi Jinping und andere Mitglieder seiner Regierung in diesem Kontext auch vom »wahren Multilateralismus«, den China vertrete, im Gegensatz zum »falschen Multilateralismus« oder »Pseudomultilateralismus«, der implizit den USA vorgeworfen wird. Auch hier verdeutlicht das chinesische Narrativ den hohen Stellenwert des multilateralen Systems mit den Vereinten Nationen im Zentrum.³¹

29 »Address by Chinese President Xi Jinping at Conference Marking 70th Anniversary of Five Principles of Peaceful Coexistence«, *Belt and Road Portal*, 28.6.2024, <<https://eng.yi.daiyilu.gov.cn/p/0GFF6M73.html>>.

30 »A multipolar world is not only a historical inevitability; it is also becoming a reality.« (Siehe Ministry of Foreign Affairs, People's Republic of China, »A Steadfast Constructive Force in a Changing World«, Keynote Speech by H.E. Wang Yi at the 61st Munich Security Conference«, Peking, 14.2.2025, <https://www.fmprc.gov.cn/eng/wjzbzhd/202502/t20250215_11555665.html>.

31 »To uphold true multilateralism, all parties should resolutely uphold the authority and standing of the United Nations, promote global governance based on extensive consultation, joint contribution and shared benefits, advance greater democracy in international relations, and oppose

Diplomats«, Moskau, 27.8.2022, <https://www.mid.ru/en/press_service/minister_speeches/1827539/>.

26 President of Russia, »Valdai International Discussion Club Meeting«, Moskau, 27.10.2022, <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/69695>>.

27 Ebd.

28 Vgl. Ministry of Foreign Affairs, People's Republic of China, »Wang Yi Elaborates on an Equal and Orderly Multipolar World and a Universally Beneficial and Inclusive Economic Globalization«, Peking, 7.3.2024, <https://www.mfa.gov.cn/eng/wjzbzhd/202403/t20240308_11256418.html>.

In der Praxis allerdings hat China bislang keine weitreichende Reform oder Umstrukturierung bestehender multilateraler Organisationen vorangetrieben, im Gegenteil. Es widersetzt sich zum Beispiel einer Reform des VN-Sicherheitsrats, indem es Aufnahme gesuche von Staaten wie Brasilien, Deutschland, Indien und Japan als ständige Mitglieder blockiert und alternative multilaterale Institutionen erschafft.

Im indischen Elitendiskurs gilt Multipolarität als erstrebenswerter Zustand und ist damit positiv besetzt. Gerne bekunden die politischen Eliten Indiens, im Gegensatz zu westlichen Theorien der Internationalen Beziehungen sei Multipolarität nicht Ausdruck von Unordnung und Chaos, sondern der natürlichen Vielfalt der Völker und Zivilisationen.³² Eine echte³³ und vollständige Multipolarität wird als funktionsfähiger als das derzeitige System und als wünschenswert charakterisiert. Im Gegensatz zu Uni- und Bipolarität bringe Multipolarität Rahmenbedingungen für inklusivere und damit demokratischere internationale Beziehungen hervor.³⁴

China und Indien verbinden ihr Engagement für Multipolarität mit den Prinzipien einer Neuordnung und Gleichberechtigung verschiedener Weltregionen. Das lässt sich auch als Angebot an andere Länder im Globalen Süden verstehen, die dem Wandel der Weltordnung kritisch oder zumindest ambivalent gegenüberstehen.

China sieht sich als »natürliches Mitglied« des Globalen Südens, und Indien beansprucht für sich dort sogar eine führende Rolle. Beide positionieren sich mit außenpolitischen Narrativen der Solidarität und des Antikolonialismus als Vertreter der Interes-

sen des Globalen Südens.³⁵ Chinas traditioneller Verweis auf seinen Status als Entwicklungsland³⁶ ist als Bekräftigung seiner Solidarität mit anderen Entwicklungsländern zu sehen, aber auch als eigennütziges Narrativ, um eine Vorzugsbehandlung etwa in der Entwicklungszusammenarbeit oder bei Umweltstandards zu erhalten. Allerdings widerspricht dieses Narrativ dem Status als wirtschaftliche Supermacht, den China bereits erreicht hat, und erst recht dem anvisierten Status als Weltmacht. Letztlich dienen solche außenpolitischen Narrative vorwiegend dazu, die Länder des Globalen Südens (weiterhin) an China zu binden, so auch die hier untersuchten mittleren Mächte Indonesien, Südafrika und Türkei. Dieses Streben ist nicht altruistisch motiviert, sondern spiegelt Chinas und Indiens Anspruch wider, als Sachwalter des Globalen Südens aufzutreten. Das fördert einen gewissen Wettbewerb zwischen ihnen, der in den davon betroffenen Ländern durchaus wahrgenommen wird.

Indonesiens Haltung zu Multipolarität ist ambivalent und von unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Interpretationen geprägt. Manche Angehörige politischer Eliten begreifen Multipolarität als Chance, doch insgesamt überwiegt eine eher kritische Perspektive. Die Mehrheit der politischen Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen sieht den Wandel hin zu einem multipolaren internationalen System mit Skepsis. Eine solche Ordnung, so die Befürchtung, könne dazu führen, dass Einflusszonen entstehen, Nullsummendenden zwischen Großmächten die Oberhand gewinnt sowie regionale und globale Instabilität wächst.³⁷ Als besonders problema-

unilateralism and all forms of 'fake multilateralism'. China actively advocates, and more importantly, faithfully pursues the concept of true multilateralism.« Ministry of Foreign Affairs, People's Republic of China, »Xi Jinping Thought on Diplomacy Studies Centre and China Institute of International Studies Release the Report on the True Multilateralism: Conceptual Development, Core Essence and China's Practice«, Peking, 13.11.2024, <https://www.mfa.gov.cn/eng/wjb/zjzg_663340/zcyjs_663346/xgxw_663348/202412/t20241218_11498229.html>.

32 Abhinav Pandya, »Why India Accepts Multipolar World with Dignity«, *Usanas Foundation*, 11.6.2024, <<https://usanasfoundation.com/why-india-accepts-multipolar-world-with-dignity>>.

33 Ministry of External Affairs, Government of India, »Prime Minister Shri Narendra Modi's Remarks [wie Fn. 15].

34 Pandya, »Why India Accepts Multipolar World with Dignity« [wie Fn. 32].

35 »China is naturally a member of the Global South, because we have fought colonialism and hegemonism together in history and we are committed to the common goal of development and revitalization.« Ministry of Foreign Affairs, People's Republic of China, »Wang Yi on the Prominent, Growing Strength of the Global South: The Dynamism of the Changes Originates from the South«, Peking, 7.3.2025, <https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjbzhd/202503/t20250307_11570138.html>; Harsh V. Pant/Sameer Patil (Hg.), *The Making of a Global Bharat*, Neu-Delhi: Observer Research Foundation, 2024, <<https://www.orfonline.org/research/the-making-of-a-global-bharat>>.

36 China International Development Cooperation Agency, »Wang Yi: China Naturally Member of Global South«, 12.7.2023, <http://en.cidca.gov.cn/2023-07/12/c_902381.htm>.

37 Oktaheroe Ramsi, »Kebijakan Pertahanan Negara Dalam Menghadapi Perkembangan Lingkungan Strategis« [Nationa-

tisch gilt die Gefahr einer erneuten Blockbildung – vor allem weil sie den Interessen Indonesiens als blockfreies Land zuwiderliefe, das Wert auf die eigene strategische Souveränität legt.³⁸ Gleichzeitig glaubt eine Minderheit, dass Multipolarität Chancen für eine gerechtere und inklusivere Weltordnung birgt.³⁹ So argumentiert Rizal Sukma, prominenter Wissenschaftler am indonesischen Centre for Strategic and International Studies, einem bipolaren, von den USA und China dominierten internationalen System sei ein multipolares System vorzuziehen, bei dem alle zu Sicherheit und Wohlstand beitragen, denn dies sei für alle besser.⁴⁰ Aus dieser Perspektive könnte zudem der Aufstieg neuer Machtzentren zur Folge haben, dass sich die politischen und wirtschaftlichen Handlungsspielräume des Globalen Südens erweitern.⁴¹ Damit verknüpft ist die Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufstieg und mehr ordnungspolitische Gestaltungsmacht Indonesiens.⁴²

Ähnlich ambivalent sind die Wahrnehmungen in Südafrika. Politische Eliten dort treten dafür ein, gerechtere Strukturen auf multilateraler Ebene aufzubauen. Das hieße auch, unterschiedliche Weltregionen und dabei in erster Linie den häufig ignorierten afrikanischen Kontinent gleichberechtigter einzubeziehen. Auch wenn sie dies nicht explizit äußern, befürworten die Eliten eine multipolare Weltordnung. Mit ihr verbinden sie die Hoffnung auf mehr Beteiligung.

le Verteidigungspolitik in einem sich verändernden strategischen Umfeld], in: *Wira*, 2 (2022), S. 19 – 25.

38 »Discourse: Asia, Africa Need Political Will to Move Forward«, Interview mit Retno L. P. Marsudi, in: *The Jakarta Post*, 20.4.2015.

39 Fajar Hirawan, »Toward a Multipolar World Order«, in: *China Daily*, 17.3.2025, <<https://www.chinadaily.com.cn/a/202503/17/WS67d76628a310c240449db0f4.html>>.

40 Rizal Sukma, »If ASEAN Is to Remain Central to the Region It Must Deal with Its Institutional Weaknesses«, *East Asia Forum*, 29.9.2024, <<https://eastasiaforum.org/2024/09/29/if-asean-is-to-remain-central-to-the-region-it-must-deal-with-its-institutional-weaknesses/>>.

41 »ASEAN Outlook on the Indo-Pacific and Indonesia's Indo-Pacific Strategy: What's Next?«, Interview mit Siswo Pramono, Jakarta: Foreign Policy Community Indonesia, 2021, <<https://www.fpcindonesia.org/wp-content/uploads/2021/05/FPCI-Policy-to-Watch-Dr-Siswo-Indo-Pacific-Updated.pdf>>.

42 Dato Sri Tahir, »Indonesia and the New Multipolar World Order«, in: *The Jakarta Post*, 18.1.2021, <<https://www.thejakartapost.com/academia/2021/01/17/indonesia-and-the-new-multipolar-world-order.html>>.

In seiner bereits erwähnten Rede, in der er die Struktur des globalen Systems als Interregnum bezeichnet, umreißt der südafrikanische Außenminister Lamola eine positive Vision der Zukunft:

»There comes a time when it is not absolute power that defines us but our collective ability to resolve our challenges and build a foundation of new frontiers for future generations.«⁴³

Mit diesen Aussagen begründet Lamola auch Südafrikas konkreten Einsatz für einschlägige Reformen auf multilateraler Ebene, etwa des VN-Sicherheitsrats oder des Welthandelsregimes (siehe auch Kapitel »Multipolarisierung: Die internationale Ordnung der Transformation«). Kritisch in Kreisen südafrikanischer Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen und besonders im ANC wird die lange dominierende Rolle der USA gesehen. Südafrikas Vizeaußenminister Alvin Botes gibt aber auch zu bedenken, dass der Weg hin zu Multipolarität riskant und schwierig sein wird. So betonte er während einer Rede beim südafrikanischen Think-Tank South African Institute of International Affairs (SAIIA) im März 2025:

»But multipolarity is also not without risk. As power fragments, conflicts become more complex and more difficult to resolve.«⁴⁴

Südafrika und Indonesien sind sich darin einig, dass die Beilegung kriegerischer Gewalt und die Eindämmung von Krisen grundlegend für eine gerechtere und multipolare Ordnung sind. Wird die neue Weltordnung nicht multilateral und friedlich verhandelt, könne Multipolarität aus Sicht dieser beiden Staaten auch keine stabile Ordnung hervorbringen.

Im türkischen Diskurs wird unter Multipolarität eine Ordnung verstanden, in der ein international weiterhin handlungsfähiges Russland sowie ein aufstrebendes China als strategische Gegengewichte zu den USA und Europa fungieren können. Politische Eliten betrachten den Wandel hin zu einer multipolaren Weltordnung als strategische Chance, den

43 Department of International Relations and Cooperation, Republic of South Africa, »Address by Minister Ronald Lamola, during the Thucydides Trap« [wie Fn. 16].

44 South African Government, »Deputy Minister Alvin Botes: South Africa's Diplomacy in a Turbulent Geopolitical Era«, Pretoria, 24.3.2025, <<https://www.gov.za/news/speeches/deputy-minister-alvin-botes-south-africa%E2%80%99s-diplomacy-turbulent-geopolitical-era-24>>.

außenpolitischen Handlungsspielraum der Türkei zu erweitern. Aus türkischer Perspektive stellt die genannte Konstellation eine Form außenpolitischer Rückversicherung dar. Sie würde es, so die Hoffnung, dem Land erlauben, sich vor einseitiger Abhängigkeit vom Westen zu schützen, seine außenpolitische Autonomie zu sichern und seine Potentiale wirtschaftlicher und technologischer Kooperation auszusüßeln.

Die türkische Kritik richtet sich vorrangig gegen die unipolare Ordnung, die mit einer »Dominanz des Westens«, vor allem der USA und der EU, assoziiert wird. Eine Rückkehr zur Bipolarität wird hingegen als unwahrscheinlich angesehen und spielt daher in der Kritik kaum eine Rolle. Multipolarität wird zumindest in Teilen des türkischen Diskurses positiv konnotiert, da in ihr die Macht angeblich ausgewogener und gerechter verteilt sei. Gleichzeitig ist die Haltung zur Polarität als Strukturmerkmal des internationalen Systems ambivalent. Zwar wird begrüßt, dass es mehrere Machtpole als Korrektiv zur unipolaren Dominanz gibt, doch werden auch grundsätzliche Vorbehalte gegenüber einem polar strukturierten System geäußert. Solche widersprüchlichen Haltungen finden sich auch zwischen den Regierungsmitgliedern.⁴⁵

Im oben zitierten Interview aus dem Jahr 2021 äußert sich der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan zur aktuellen Struktur des internationalen Systems, vermeidet jedoch, sich eindeutig auf eine bestimmte Form internationaler Polarität festzulegen. Stattdessen unterstreicht er den Wandel globaler Machtverhältnisse und das Entstehen mehrerer Machtzentren:

»Die Welt hat sich verändert, wir leben weder in einer bipolaren noch in einer unipolaren Welt. Es gibt verschiedene Machtzentren in der Welt. Zunächst einmal gibt es Länder, die ihre Stimme erheben. Sie sagen, wir akzeptieren dieses System

so nicht, wir akzeptieren nicht die Entscheidungen, die ihr alleine trifft. Der VN-Sicherheitsrat spiegelt die Vielfalt der Mächte nicht wider.«⁴⁶

Im Gegensatz dazu nimmt Außenminister Hakan Fidan eine differenziertere Position ein. Zwar teilt er Erdoğan's Auffassung, das internationale System sei ungerecht und beschränke die Beteiligung bestimmter Länder daran. Allerdings kritisiert Fidan ausdrücklich die Tendenz zur Multipolarität und die daraus resultierenden Spannungen zwischen den Großmächten. Die Türkei strebe, so der Außenminister, ein internationales System an, das über traditionelle Vorstellungen von unipolarer, bipolarer oder multipolarer Ordnung hinausgeht. Ziel sei ein inklusiveres, effektiveres, gerechteres und sichereres System, das den globalen und regionalen Herausforderungen der Gegenwart Rechnung trägt – ein »System, das nicht auf Polarität, sondern auf Solidarität gründet«.⁴⁷

In Äußerungen der US-Regierung taucht der Begriff Multipolarität nur selten auf, und einiges deutet darauf hin, dass er bewusst vermieden wird. Im offiziellen politischen Diskurs der USA war der Begriff lange negativ konnotiert. Bis zur Präsidentschaft Trumps wurde er als implizite oder explizite Kritik an der amerikanischen Führungsrolle verstanden – als Forderung nach Begrenzung, Einhegung oder gar Gegenmachtbildung gegenüber der unipolaren Vorherrschaft der Vereinigten Staaten, also im Sinne eines russischen Verständnisses. Darin war sich die offizielle US-Außenpolitik vor Trump über Parteilinien hinweg weitgehend einig. Präsident George W. Bush drückte es so aus: »I understand there was kind of this notion of multipolarity, which means that somehow the values of America need to be offset. But we're for peace, we're for freedom.«⁴⁸ Sein Vizepräsident Dick Cheney formulierte es folgendermaßen: »Our choice is not between a unipolar world and a multipolar world. Our choice is for a just, free and a democratic world.«⁴⁹ Auch Präsident Obamas

⁴⁵ Widersprüchlichkeit im Zusammenhang mit Multipolarität kommt auch in einem Interview mit Erdoğan zum Ausdruck. Siehe Duran, »Dünya Değişiyor, BM Sistemi de Değişmeli« [wie Fn. 17]. Siehe auch Sümeyye Dilara Dinçer/Can Efesoğlu/Muhammet Tarhan, »Bakan Fidan 'Türkiye Yüzyılı'nda Türkiye'nin dış politika vizyonunu kaleme aldı« [Minister Fidan schrieb über die außenpolitische Vision der Türkei in »Das Jahrhundert der Türkei«], *Anadolu Ajansı*, 6.10.2023; Hakan Fidan, »Turkish Foreign Policy at the Turn of the 'Century of Türkiye': Challenges, Vision, Objectives, and Transformation«, in: *Insight Turkey*, 25 (2023) 5, S. 11 – 25, <<https://tinyurl.com/3ybbtw7m>>.

⁴⁶ Duran, »Dünya Değişiyor, BM Sistemi de Değişmeli« [wie Fn. 17].

⁴⁷ Dinçer/Efesoğlu/Tarhan, »Bakan Fidan 'Türkiye Yüzyılı'nda Türkiye'nin dış politika vizyonunu kaleme aldı« [wie Fn. 45].

⁴⁸ »Interview of the President by Sir David Frost of BBC TV«, George W. Bush White House Archives, Washington, D.C., 12.11.2003, <<https://tinyurl.com/48462h65>>.

⁴⁹ Richard Cheney, »Remarks by the Vice President to the World Economic Forum«, George W. Bush White House Archives, Washington, D.C., 24.1.2004,

Tabelle 1

Status quo der internationalen Ordnung und Multipolarität

	Multipolarität Teil des offiziellen Diskurses?	Beschreibung des Status quo der internationalen Ordnung	Wahrnehmung von Multipolarität	Bewertung von Multipolarität
China	ja	multipolar	durchgängig positiv	gegen die USA, gerechter, fairer
Indien	ja	multipolar	durchgängig positiv	gerechter, fairer
Indonesien	nein	bipolar	überwiegend negativ	instabil, krisen-behaftet
Russland	ja	multipolar	durchgängig positiv	antiliberal, gerechter, fairer
Südafrika	ja	multipolar	durchgängig positiv	gerechter, fairer
Türkei	ja	multipolar	überwiegend positiv	gerechter, fairer
USA	nein	unipolar	überwiegend negativ	gegen die USA

Außenministerin Hillary Clinton setzte einer multipolaren Welt (»multi-polar world«) nachdrücklich eine Welt der vielen Partner (»multi-partner world«) entgegen.⁵⁰ Aus Sicht der hier zitierten damaligen Regierungsmitglieder existiert also ein Gegensatz zwischen Multipolarität einerseits – häufig assoziiert mit geopolitischer Konkurrenz und Fragmentierung – und Partnerschaft, Kooperation oder Multilateralismus andererseits. Die Alternativen zu Multipolarität sind Ausdruck eines liberalen Selbstverständnisses, wonach amerikanische Werte universell gültig seien und die westlich geprägte Ordnung grundsätzlich offen für alle sei. Es wird aber nicht prognostiziert, in welche Richtung sich das internationale System entwickeln wird.

Auch in den USA unter Donald Trump hat sich die Wahrnehmung des internationalen Systems verändert. Die Abkehr der Trump-Administration vom liberalen Narrativ und der USA als Führungsmacht und Pfeiler einer liberalen Weltordnung bringt es mit sich, dass Polarität neu bewertet wird. So kann

<<https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2004/01/text/20040124-1.html>>.

⁵⁰ U.S. Department of State, »Remarks on the Obama Administration’s National Security Strategy« [wie Fn. 14].

Trumps Politik möglicher Deals zwischen Großmächten mit Einflusszonen so interpretiert werden, dass er Multipolarität stillschweigend akzeptiert. Außenminister Marco Rubio stellte in einem Interview Unipolarität als historische Anomalie dar und hält es für einen normalen Prozess, wenn die Ära der Unipolarität zu Ende ginge.⁵¹

Zwischenfazit

Die meisten hier untersuchten Staaten sind der Auffassung, dass ein multipolares System im Entstehen begriffen ist. Allerdings gibt es unterschiedliche und teils widersprüchliche Vorstellungen darüber, welche Folgen daraus erwachsen. Vor allem China, Indien und Russland bewerten Multipolarität als durchweg positiv. Sie sehen darin die Chance, international an

⁵¹ U.S. Department of State, »Secretary Marco Rubio with Megyn Kelly of the Megyn Kelly Show«, Interview, Washington, D.C., 30.1.2025, <<https://www.state.gov/secretary-marco-rubio-with-megyn-kelly-of-the-megyn-kelly-show/>>. Trita Parsi, »What Rubio Said about Multipolarity Should Get More Attention«, *Responsible Statecraft* (Blogeintrag), 3.2.2025, <<https://responsiblestatecraft.org/marco-rubio/>>.

politischem Einfluss zu gewinnen – Russland dabei explizit in Abgrenzung zum sogenannten Westen, China hauptsächlich im Kontext eines relativen Machtverlusts der USA. Die indische Regierung begreift Multipolarität als Möglichkeit für ihr Land, nun selbst zu einer Gestaltungsmacht aufzusteigen. Auch die Türkei erblickt in Multipolarität die Gelegenheit, den eigenen außenpolitischen Spielraum zu erweitern und eine aktivere Rolle als Ordnungsmacht in ihrer Region zu spielen. Bemerkenswert ist, dass selbst die US-Regierung unter Donald Trump Anzeichen einer solchen Machtverschiebung nicht grundsätzlich zurückweist. Dies ist ein Bruch mit Positionen einstiger führender Politikerinnen und Politiker der USA sowie einschlägigen Diskursen, in denen Multipolarität oft als Bedrohung für die regelbasierte internationale Ordnung galt und der Begriff mit ordnungspolitischer Instabilität und Fragmentierung in Verbindung gebracht wurde.

Indonesien und Südafrika hingegen zeigen sich ambivalenter gegenüber der Tendenz zu mehr Multipolarität. Sie nehmen sie wahr, halten sie aber nicht für unumkehrbar. Ähnlich wie Indien und die Türkei sehen Indonesien und Südafrika für sich die Möglichkeit, in einer multipolaren Ordnung mehr Gestaltungsmacht auszuüben. Beide eint jedoch die Sorge, dass die gegenwärtigen geopolitischen Umbrüche erhebliche Risiken und Verwerfungen zeitigen könnten: So befürchten sie wirtschaftliche Disruptionen, die Aushöhlung internationalen Rechts, sicherheitspolitische Instabilität oder gar die Herausbildung einer Ordnungsstruktur, in der sie nicht mit am Tisch der Entscheider sitzen.

Auffällig ist schließlich, dass mit Ausnahme Russlands alle hier betrachteten Staaten die Bedeutung multilateraler Institutionen und einer regelbasierten Weltordnung betonen. Dabei variieren indes die Einschätzungen, wie inklusiv und gerecht diese ist. Aus diesem Grund weisen fünf der sieben Staaten auf Defizite und Reformbedarfe hin, Russland und die USA hingegen nicht. Gegenstand des nächsten Kapitels sind daher konkrete Aspekte der Transformation des globalen Systems hin zur Multipolarität.

Multipolarisierung: Die internationale Ordnung in der Transformation

Der Übergang zur multipolaren Ordnung

Wie also deuten die untersuchten Staaten eine Transformation in Richtung einer multipolaren Ordnung? Verläuft sie in ihren Augen eher evolutionär, also prozesshaft und durch Reformen, oder eher disruptiv, das heißt über krisenhafte Ereignisse, potentiell begleitet von Zwang oder kriegerischer Gewalt? Welche Elemente konstituieren Multipolarität? Welche räumliche Dimension wird einer multipolaren Ordnung zugeschrieben? Wer sind die wichtigsten Akteure? Und welche Politikfelder oder Teilordnungen werden als zentral erachtet?

Zunächst fällt auf, dass Russland und China die Weigerung der USA, eine multipolare Weltordnung zu akzeptieren, für krisenhafte Entwicklungen und Disruptionen im Kontext ordnungspolitischer Veränderungen verantwortlich machen. Dennoch betrachtet China die ordnungspolitischen Veränderungen in erster Linie als evolutionären Prozess. Peking sieht die wirtschaftliche Globalisierung als Haupttreiber für die Transformation hin zu einer multipolaren Weltordnung, da sie Staaten in anderen Weltregionen, vor allem im Globalen Süden, den wirtschaftlichen Aufstieg ermöglichte. Das trifft in besonderem Maße auf China zu. Seine rasant wachsende Ökonomie versetzte es in die Lage, Macht und globalen Einfluss stetig auszubauen und damit die USA herauszufordern. Aus Sicht der chinesischen Führung ist der Wandel des internationalen Systems hin zu einer multipolaren Ordnung unaufhaltsam. Zwar schreite er nicht linear voran, sondern wird eher als Zick-Zack-Kurs beschrieben. Ein Zurück zur Unipolarität erscheint gleichwohl ausgeschlossen.⁵²

52 Ministry of Foreign Affairs, People's Republic of China, »Wichtige Rede Xi Jinpings auf der Zentralen Arbeitskonferenz für Auswärtige Angelegenheiten in Peking« (chinesisch), 28.12.2025, <https://www.mfa.gov.cn/zyxw/202312/t20231228_11214409.shtml>.

Die russische Perspektive unterscheidet sich deutlich von der chinesischen. Russland schätzt den Wandel als von krisenhaften Veränderungen begleitet und revolutionär ein. Daraus folge, dass Russland und seine Partner ihn vorantreiben müssen, indem sie westliche Institutionen und Strukturen schwächen. Für den Übergang zur Multipolarität ist daher aus russischer Sicht der Niedergang derjenigen internationalen Organisationen notwendig, die Teil der unipolaren US-Hegemonie sind, allen voran der Nato. Die Haltung zu den internationalen Wirtschaftsorganisationen ist ambivalent. Teilweise werden die Bretton-Woods-Institutionen ebenfalls als westliche »neokoloniale« Instrumente gesehen, und es werden Alternativen unter Ausschluss des Westens gefordert.⁵³ Regimenahe Politikwissenschaftler wie Sergei Karaganow propagieren Krisen und Konflikte einschließlich des Krieges in der Ukraine als unvermeidlich auf dem Weg zum Sturz der USA und des Westens. In diesem Sinne wird Krieg als kreative Zerstörung betrachtet:

»Der Krieg in der Ukraine, wie viele Ereignisse des letzten Jahrzehnts, — das ist nicht nur der Zerfall der alten Welt, es ist auch die Schaffung einer neuen, freieren, gerechteren, politisch und kulturell pluralistischeren und vielfältigeren Welt.«⁵⁴

53 Drobinin, »The Vision of a Multipolar World« [wie Fn. 13].

54 »Sergej Karaganow: My nabljudae m pojavlenie novogo mira v moment ego sozdanija« [Sergei Karaganow: Wir beobachten das Erscheinen einer neuen Welt im Moment ihrer Gründung], in: *Rossijskaja gazeta*, 26.10.2022,

Wie bereits im Kapitel »Status quo: Multipolarität und internationale Ordnung« beschrieben, wandelt sich in Washington die Haltung zu den Veränderungen der internationalen Ordnung. Frühere US-Administrationen hatten diese Entwicklungen mit Sorge beobachtet, da sie den Niedergang der USA als Führungsmacht befürchteten. Aussagen der jetzigen US-Regierung hingegen lassen darauf schließen, dass sie die Veränderungen akzeptiert. Das deutet auf ein eher evolutionäres Verständnis hin. Dennoch sehen auch Akteure in der Administration Risiken für die globale Stabilität, die aus dem Wandel hin zur Multipolarität erwachsen. Dies unterstreicht etwa die folgende Aussage von Außenminister Marco Rubio in einem Interview:

»So it's not normal for the world to simply have a unipolar power. That was not – that was an anomaly. It was a product of the end of the Cold War, but eventually you were going to reach back to a point where you had a multipolar world, multi-great powers in different parts of the planet. We face that now with China and to some extent Russia, and then you have rogue states like Iran and North Korea you have to deal with.«⁵⁵

In Indien wird die Transformation hin zu einem multipolaren Ordnungsmodell vorwiegend als graduelle Entwicklung wahrgenommen. Krisenhafte internationale Schlüsselereignisse wie die Rückkehr der Taliban in Afghanistan oder der russische Angriffskrieg in der Ukraine werden dabei teils als Beschleuniger, teils als Symptome dieser Entwicklungen betrachtet.⁵⁶ Aus den indischen Eliten kommen auf den ersten Blick widersprüchliche Signale. Manche behaupten, eine multipolare Ordnung existiere schon heute, andere sind überzeugt, sie sei noch im Entstehen. Dieser vermeintliche Widerspruch lässt sich auflösen, indem man sich des Begriffs Multipolarisierung bedient. In diesem Sinne sehen indische Eliten die internationale Ordnung heute als »eher multi-

polar« an, Tendenz steigend.⁵⁷ Laut dem indischen Außenminister Subrahmanyam Jaishankar sei die heutige multipolare Ordnung als unvollständig zu bezeichnen, weil sie noch »unausgewogen« sei, also kein Gleichgewicht der Mächte darstelle.⁵⁸ In Jaishankars Logik korrespondiert Indiens Verständnis von Multipolarisierung eng mit dem Selbstbild als aufstrebende Großmacht. Denn auch beim Blick auf die eigene Rolle in der Welt begreifen indische Eliten ihr Land nicht als Vertreter einer festen Kategorie wie »mittlere Mächte«, sondern eher als werdende Großmacht. Die Entwicklungen des Akteurs und der Ordnung können in dieser Lesart als zwei Seiten derselben Medaille verstanden werden. Indien betrachtet seinen internationalen Aufstieg als friedvollen Prozess, und so ist es nur folgerichtig, dass das Land auch die Multipolarisierung in einem solchen Licht sieht.

Südafrikanische Eliten sind sich zwar ebenfalls der Risiken und Krisen der Welt im Umbruch bewusst. Dennoch imaginieren und formulieren sie eine positive Vision einer multipolaren Welt und beschreiben auch den Weg dahin: mit Reformen der multilateralen Institutionen die Ungleichheiten zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden abbauen, eine inklusivere Ordnung schaffen, die auf Solidarität und Gerechtigkeit basiert, und damit nachhaltige Entwicklung befördern. Das lässt sich klar an der Schwerpunktsetzung der südafrikanischen G20-Präsidentschaft ablesen, die unter dem Motto »Solidarität, Gleichheit, Nachhaltigkeit«⁵⁹ stand. Im Vergleich zu Indien geht es dabei weniger um den eigenen Aufstieg zur Großmacht, der in Südafrika auch aufgrund der negativen Konnotation zum Apartheidregime abgelehnt wird. Trotzdem wird in den genannten Schwerpunkten der Anspruch klar, eine gleichberechtigte Weltordnung zu schaffen, in

<<https://rg.ru/2022/10/26/osypavshijsia-mir-uroki-na-budushchee.html>>.

⁵⁵ Vgl. Parsi, »What Rubio Said about Multipolarity« [wie Fn. 51].

⁵⁶ »US »Is Adjusting to a Multipolar World«, Says Jaishankar«, in: *The Economic Times*, 28.9.2023, <<https://economic.times.indiatimes.com/news/india/us-is-adjusting-to-a-multipolar-world-says-jaishankar/articleshow/103994300.cms>>. Jaishankar spricht hier über Multipolarität als Konsequenz der amerikanischen Militäreinsätze in Irak und Afghanistan.

⁵⁷ Jaishankar bezeichnete die entstehende Weltordnung als »more multipolar world«. Vgl. Manisha Roy, »Heading towards Much More Multipolar World: Jaishankar's Big Statement on UN, Alliances«, *News18*, 23.5.2025, <<https://www.news18.com/india/heading-towards-much-more-multipolar-world-jaishankars-big-statement-on-un-alliances-ws-l-9349541.html>>.

⁵⁸ »Multi-polarity is still in its early stages«. Ministry of External Affairs, Government of India, »Remarks by EAM, Dr. S. Jaishankar at the Jasjit Singh Memorial Lecture at CAPS«, Neu-Delhi, 2.8.2024, <<https://tinyurl.com/3f2ye7n2>>.

⁵⁹ Im Original »Solidarity, Equality, Sustainability«, vgl. »G20 Presidency«, G20 South Africa 2025, <<https://www.g20.org.za/g20-south-africa/g20-presidency/>>.

welcher der afrikanische Kontinent eine wichtigere Rolle spielt als im bisherigen internationalen System.

Die Türkei nimmt eine ähnliche Perspektive ein und unterstreicht die Bedeutung von Völkerrecht und multilateraler Kooperation bei der Transformation hin zu einer multipolaren Ordnung. Aus türkischer Sicht ist dieser Wandel ein langfristig angelegter Prozess, der allerdings mit zunehmender Fragmentierung und Konkurrenz einhergeht, die wiederum als Chance für die eigene Positionierung im internationalen System gesehen wird.⁶⁰ Diese Haltung schlägt sich im Bestreben der türkischen Außenpolitik nieder, das Land strategisch zwischen den konkurrierenden Machtzentren zu positionieren. Das Ziel lautet, strategische Autonomie zu erlangen oder zu wahren und die außenpolitischen Handlungsoptionen unter den Bedingungen einer multipolaren internationalen Ordnung zu erweitern.⁶¹ Sichtbar wird dies im kooperativen außenpolitischen Kurs gegenüber Russland und China, den die Türkei unter anderem in der energie- und industriepolitischen Zusammenarbeit sowie in gemeinsamen Infrastrukturprojekten steuert. Darüber hinaus verfolgt Ankara das außenpolitische Interesse, das Land enger an das BRICS-Format zu koppeln, etwa durch die Anbahnung eines Beobachterstatus. Auch dies ist Ausdruck der türkischen Bemühungen, sich strategisch verstärkt an alternativen geopolitischen Machtzentren außerhalb des transatlantischen Rahmens zu orientieren.

Anders als in Indien, der Türkei und Südafrika herrscht bei den Eliten Indonesiens die Befürchtung

60 Veyis Uluçyurt, »BRICS ve Türkiye'nin Yaklaşımı: Yeni arayışlar mı meydan okuma mı?« [Die BRICS und die Haltung der Türkei: Neue Suchbewegungen oder Herausforderung?], in: *İnsamer*, 28.10.2024, <<https://tinyurl.com/32ak2w8z>>; »Türkiye alternatifsiz olmadığını gösterdi« [Die Türkei hat gezeigt, dass sie nicht ohne Alternativen ist], in: *Timeturk*, 6.8.2018, <<https://tinyurl.com/3wkh5zkk>>; Abdülkadir Aksöz, »Türkiye'nin BRICS hamlesi: Modern denge siyaseti« [Der BRICS-Vorstoß der Türkei: Moderne Balancepolitik], in: *Yeni Şafak*, 16.9.2024, <<https://www.yenisafak.com/dusunce-gunlugu/turkiyenin-brics-hamlesi-modern-denge-siyaseti-4645156>>; Consulate General of the People's Republic of China, »Xi Jinping Holds Talks with President Recep Tayyip Erdogan of Turkey«, New York, 2.7.2019, <<https://tinyurl.com/mrwd9mmu>>.

61 Vgl. hierzu exemplarisch Hüseyin Korkmaz, »Türkiye, BRICS ve çok kutupluluk: Jeopolitik bir dengeleme« [Die Türkei, die BRICS und Multipolarität: Ein geopolitischer Balanceakt], *Anadolu Ajansı*, 12.6.2024, <<https://www.aa.com.tr/tr/analiz/analiz-turkiye-brics-ve-cok-kutupluluk-jeopolitik-bir-dengeleme/3247499>>.

vor, dass der Trend zur Multipolarität vor allem krisenhafte Entwicklungen und gewaltsame Veränderungen mit sich bringt. Denkbar seien nicht nur Krisen der multilateralen Zusammenarbeit, sondern auch die Erosion normativer Grundlagen sowie regionale Krisen und Konflikte wie in der Ukraine.⁶² Aus indonesischer Perspektive ist sogar ein nuklearer Konflikt nicht ausgeschlossen. Mit dem Wandel hin zu einer multipolaren Ordnung verbinden viele in Jakarta also eher Instabilität und Gefahr und daraus erwachsende Unsicherheiten.⁶³

Konstituierende Elemente einer sich verändernden Weltordnung

Mit Blick auf die Frage, welche Eigenschaften die untersuchten Staaten als entscheidend für die Konstituierung einer multipolaren Weltordnung sehen, lässt sich bei fast allen Ländern eine Mischung aus unterschiedlichen Elementen feststellen. Mögliche Mittel sind sowohl gewaltvolle Machtausübung und Zwang als auch die Reform globaler Normen, Regeln und Institutionen.

Die russische Position ist ein gutes Beispiel für diese Ambivalenz. Verbal beruft sich Russland auf bestehende Institutionen und Normen, besonders auf die VN-Charta.⁶⁴ Souveränität, territoriale Integrität und Gleichberechtigung werden immer wieder als Grundprinzipien der multipolaren Ordnung genannt. Diese Bekundungen stehen in eklatantem Widerspruch zu Russlands eigenem Handeln, vor allem dem Angriffskrieg gegen die Ukraine. Russische Offizielle und Wissenschaftler in Think-Tanks argumentieren hier, die Ukraine habe ihre Souveränität

62 »Annual Press Statement of the Minister for Foreign Affairs of the Republic of Indonesia 2025«, Jakarta, 10.1.2025, <<https://kemlu.go.id/publikasi/pidato/pidato-menteri/transkrip-pernyataan-pers-tahunan-menteri-luar-negeri-ri-tahun-2025?type=publication>>.

63 Shohib Masykur, »Indonesia Di Tengah Dunia Multipolar« [Indonesien in einer multipolaren Welt], *Kompas*, 22.7.2023, <<https://www.kompas.id/baca/opini/2023/07/21/indonesia-di-tengah-dunia-multipolar>>; Kementerian Luar Negeri [Außenministerium der Republik Indonesien], »Agenda Prioritas Keketuaan Indonesia Pada MIKTA 2023« [Schwerpunkte der Agenda der indonesischen Präsidentschaft bei MIKTA, 2023], Jakarta 2022, <https://perpustakaan.kemlu.go.id/index.php?p=show_detail&id=2509&keywords=>>.

64 Lawrow, »The UN Charter Should Become the Legal Foundation of a Multipolar World« [wie Fn. 25].

verwirkt oder ins Ausland verlegt und sei kein Staat mit eigenen Rechten mehr, sondern ein Instrument des Westens.⁶⁵ Die ukrainische Souveränität existiere bloß formal.⁶⁶ Mit Verweis auf die von Russland abgehaltenen Scheinreferenden wird postuliert, die territoriale Integrität der Ukraine gelte nicht mehr für die von Russland annektierten Gebiete.⁶⁷ Russische Offizielle verwenden den Begriff Souveränität eher im Sinne eines Großmacht-Privilegs in einer hierarchischen Welt, nicht als gleichberechtigten Anspruch aller Staaten. Daher spielen Machtausübung und Zwang in Russlands Verständnis der Multipolarität tatsächlich die entscheidende Rolle.

Selbst Staaten, die das Völkerrecht brechen, beziehen sich auf normativer Ebene positiv darauf.

Auch China beteuert zumindest in der offiziellen Rhetorik stets, dass die Vereinten Nationen im Zentrum einer »geordneten und gleichberechtigten« multipolaren Ordnung stehen müssten und alle Staaten sich an die Prinzipien der VN-Charta halten sollten. Dabei setzt sich die chinesische Führung für die Reform des multilateralen Systems ein, wie etwa Xi Jinpings folgende Bekundungen verdeutlichen:

»We should actively participate in reforming and developing the global governance system, expand the common interests of all sides, and make the global governance architecture more balanced and effective.«⁶⁸

Die Prinzipien der VN-Charta stehen aus chinesischer Sicht im Einklang mit den »Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz« (Leitlinien für die chinesische

Außenpolitik), die im Jahr 1954 formuliert wurden.⁶⁹ Sie sind angelehnt an die Westfälischen Prinzipien Souveränität, Gleichberechtigung und Nichteinmischung, welche auf die Friedensordnung nach dem Westfälischen Frieden 1648 zurückgehen. Auch Xi Jinpings erneuertes außenpolitisches Konzept »Community of Shared Future for Mankind« (*renlei mingyun gongtongti*), das oft in Verbindung mit dem Begriff Multipolarität verwendet wird, spiegelt die Westfälischen Prinzipien wider.⁷⁰ Zudem betont China die souveräne Gleichheit der Staaten als wichtigste Prämisse globaler Governance (etwa im Zusammenhang mit seiner Global Governance Initiative vom September 2025), also dass alle Staaten unabhängig von Größe oder Macht gleichberechtigt sind und das Recht auf volle Kontrolle über ihre inneren Angelegenheiten haben, ohne Einmischung von außen. Auch hier signalisiert China, dass es nach einer multipolaren, staatszentrierten Weltordnung strebt, in der Großmächte (vor allem es selbst) mehr Spielraum haben, westlichem politischen und normativen Einfluss zu widerstehen. Hier wird die oben erwähnte Ambivalenz abermals deutlich, wenn China zwar einerseits die Souveränität und völkerrechtliche Gleichstellung aller Staaten hervorhebt, andererseits aber Vorrechte als Großmacht beansprucht. Die Volksrepublik propagiert eine Ordnung, in der sie eine zentrale Rolle einnehmen und die eigenen nationalen Werte und Interessen legitimieren und durchsetzen kann. Implizit und in der Praxis akzeptiert China damit aber auch, dass Multipolarität mit Zwang und Gewalt hergestellt wird, um den eigenen Interessen Geltung zu verschaffen.⁷¹

69 »(1) Gegenseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, (2) gegenseitiger Verzicht auf Aggression, (3) gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen, (4) Gleichberechtigung und (5) gegenseitiger Nutzen in einem friedlichen Miteinander.« Vgl. auch Wu Ken, »Essay des Botschafters«, in: *70 Jahre Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz*, Berlin, Juli 2024 (China nah. Newsletter der chinesischen Botschaft in Deutschland, Sonderausgabe), S. 4, <<http://de.china-embassy.gov.cn/det/zt/Newsletter/202407/P020240713014636302873.pdf>>.

70 »Speech by President Xi Jinping at the United Nations Office at Geneva: Work Together to Build a Community of Shared Future for Mankind«, Embassy of the People's Republic of China in the Republic of Iraq, Bagdad, 23.1.2017, <http://iq.china-embassy.gov.cn/eng/zygx/201701/t20170123_2309166.htm>.

71 Peking sieht Taiwan im Gegensatz zur Ukraine nicht als eigenständigen Staat an. In den Augen der chinesischen

65 Andrey Sushentsov, »The Ukrainian Crisis as a Testing Ground for American Strategy«, *ValdaiClub.com*, 17.1.2025, <<https://valdaiclub.com/a/highlights/the-ukrainian-crisis-as-a-testing-ground/>>.

66 Timofej Bordatschow, »Čego na samom dele xočet Evropa?« [Was will Europa in Wirklichkeit?], in: *Russia in Global Affairs*, 9.11.2021, <<https://globalaffairs.ru/articles/chego-hochet-evropa/>>.

67 Lawrow, »The UN Charter Should Become the Legal Foundation of a Multipolar World« [wie Fn. 25].

68 Ministry of Water Resources, »Address by Chinese President Xi Jinping at Conference Marking 70th Anniversary of Five Principles of Peaceful Coexistence«, Peking, 7.1.2024, <http://www.mwr.gov.cn/english/News/NationalNews/202407/t20240701_1714729.html>.

Die Türkei vertritt die Auffassung, dass die Konstituierung einer multipolaren Weltordnung vorrangig auf Basis der Prinzipien des Völkerrechts, des gegenseitigen Respekts sowie der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten vorstattengehen soll.⁷² Aus Sicht der türkischen Regierung steht diese Position im Einklang mit einem gestärkten Multilateralismus und dem Ziel, eine regelbasierte internationale Ordnung zu fördern. Institutionen wie die Vereinten Nationen und die Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO) gelten dabei als zentrale Pfeiler zur Stabilisierung globaler Beziehungen und zur Vermeidung von Krisen und Konflikten. In diesem Zusammenhang ist jedoch hervorzuheben, dass sich die türkischen Entscheidungsträger völkerrechtlicher Prinzipien sowie des Gebots der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten in selektiver und strategischer Weise bedienen. So zieht die türkische Regierung etwa das Völkerrecht als Argumentationsgrundlage für die scharfe Kritik an Israels Vorgehen im Gazastreifen, im Libanon und im Iran heran, weist gleichzeitig aber internationale Vorwürfe wegen der eigenen Militärintervention in Syrien konsequent zurück. Auch nutzt sie das Prinzip der Nichteinmischung als politisches Instrument, vor allem um externe Kritik an Einschränkungen von Grundrechten und der Rechtsstaatlichkeit im Inland abzuwehren.⁷³

In Indien gilt die Multipolarisierung als unaufhaltsamer internationaler Prozess, den man konstruktiv mitgestalten müsse. An vorderster Stelle gehe es

Führung genießt Taiwan weder Souveränität noch territoriale Integrität. Die Taiwan-Frage wird als innerchinesische Angelegenheit betrachtet.

72 Consulate General of the People's Republic of China, »Xi Jinping Holds Talks with President Recep Tayyip Erdogan« [wie Fn. 60].

73 Vgl. İletişim Başkanlığı [Direktion für Kommunikation der Republik Türkei], »Erdoğan: İran'a yönelik saldırı İsrail'in uluslararası hukuku hiçe saydığını gösteriyor« [Erdoğan: Der Angriff auf Iran zeigt Israels Missachtung des Völkerrechts], Ankara, 13.6.2025, <https://www.iletisim.gov.tr/turkce/dis_basinda_turkiye/detay/erdogan-irana-yonelik-saldiri-israilin-uluslararasi-hukuku-hice-saydigini-gosteriyor-iran>; Adalet Bakanlığı — Basın ve Halkla İlişkiler Müşavirliği [Justizministerium, Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit], »Bakan Bozdağ: Türkiye'nin iç işlerine açık bir müdahale girişimidir« [Justizminister Bozdağ: Dies ist ein klarer Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzumischen], Ankara, 30.4.2022, <<https://basin.adalet.gov.tr/bakan-bozdog-turkiye-nin-ic-islerine-acik-bir-mudahale-girisimidir>>.

darum, im Wettbewerb der Ideen die passendsten Vorschläge zu unterbreiten. Im indischen Diskurs über eine neue Weltordnung wird die These vertreten, dass die wachsende Zahl internationaler Machtzentren mehr Pluralismus von Werten, Normen und Institutionen nach sich ziehen werde.⁷⁴ Die indische Regierung glaubt, eine multipolare Weltordnung werde einen reformierten Multilateralismus hervorbringen.⁷⁵ Mit Ausnahme des Plädoyers für eine Neugestaltung des VN-Sicherheitsrats bleiben die indischen Bekundungen hier aber recht vage. Indien sieht die wichtigste außenpolitische Tugend darin, interessengeleitete und fluide Partnerschaften einzugehen.⁷⁶ Daraus kann man folgern, dass indische Akteure es für eher unrealistisch oder zumindest nicht für vordringlich halten, ein einziges robustes internationales Regelwerk und Institutionengefüge anzustreben.

Die offizielle Position Indonesiens wiederum ist stark normativ ausgerichtet. Konsequenterweise wird auf die Bedeutung einer regelbasierten internationalen Ordnung auf Grundlage des Völkerrechts verwiesen. Aus Sicht der indonesischen Regierung sollte internationales Recht stets die normative Grundlage globaler Ordnungspolitik bilden – auch wenn diese sich aufgrund von Machtverschiebungen verändert.⁷⁷ Darauf aufbauend ist Jakarta der Meinung, dass internationale Ordnungspolitik idealerweise multilateral verhandelt werden sollte. Gleichzeitig lässt sich aus politischen Stellungnahmen und offiziellen Dokumenten ableiten, dass indonesische Eliten die gegenwärtigen Entwicklungen in der internationalen Ord-

74 Pandya, »Why India Accepts Multipolar World with Dignity« [wie Fn. 32].

75 Siehe z.B. Ministry of External Affairs, Government of India, »Remarks by EAM, Dr. S. Jaishankar at the Nikkei Asia 2024 Future of Asia Forum«, Neu-Delhi, 24.5.2024, <https://www.mea.gov.in/Speeches-Statements.htm?dtl/37824/Remarks_by_EAM_Dr_S_Jaishankar_at_the_Nikkei_Asia_2024_Future_of_Asia_Forum>.

76 Roy, »Heading towards Much More Multipolar World« [wie Fn. 57].

77 Kementerian Luar Negeri [Außenministerium der Republik Indonesien], »Press Briefing Menlu RI Kunjungan Ke Beijing« [Pressekonferenz des Außenministers der Republik Indonesien zu seinem Besuch in Peking], Jakarta, 23.8.2024, <<https://kemlu.go.id/publikasi/siaran-pers/press-briefing-menlu-ri-kunjungan-ke-beijing.-rrt,-23-agustus-2024?type=publication>>; Cabinet Secretariat of the Republic of Indonesia, »Indonesia Ready to Be Motor for Peaceful, Prosperous Asia, President Jokowi Says«, Jakarta, 27.5.2016, <<https://setkab.go.id/en/indonesia-ready-to-be-motor-for-peaceful-and-prosperous-asia-president-jokowi-says/>>.

nung – besonders die Hinwendung zu unilateraler Machtpolitik und Zwang – mit Sorge beobachten und kritisch bewerten.⁷⁸

Südafrika und die USA bilden die größten Gegensätze, was die Betrachtung des Übergangs hin zur Multipolarität anbelangt. Die südafrikanische Regierung betont vor allem, dass Multipolarität auf Basis von Normen, Regeln und Institutionen für eine gleichberechtigte und regelbasierte multipolare Weltordnung entstehen müsse. Aus den Statements der politischen Eliten kann man indirekt schließen, dass durch Machtpolitik und Zwang keine wirklich gerechte globale Ordnung geschaffen werden kann, sondern die Welt im Zustand des Interregnums verhaftet bleibe, wie es der südafrikanische Außenminister Lamola ausdrückte.⁷⁹ Südafrika geht dabei aber weiter als andere der hier untersuchten Staaten. Prinzipien wie Multilateralismus und Menschenrechte werden auch explizit als Soft Power der südafrikanischen Außenpolitik hervorgehoben.⁸⁰ Diese Haltung ist tief im Selbstverständnis des demokratischen Südafrikas seit dem Ende der Apartheid verwurzelt. So erklärte Mxolisi Nkosi, ständiger Vertreter Südafrikas bei den Vereinten Nationen in Genf, im März 2025:

»The values that Nelson Mandela espoused under his presidency influenced South Africa's foreign policy objectives of peace, human rights and people-centered development, in pursuit of a better life for all. The foreign policy principles that the democratic South Africa continues to advance on the global stage include, among others, human rights, democracy and a multilateral system based on international norms and law.«⁸¹

In krassem Gegensatz dazu steht die Haltung der USA, wobei die Trump-Regierung sich erheblich von vorherigen Administrationen unterscheidet. Früher

⁷⁸ »Annual Press Statement of the Minister for Foreign Affairs of the Republic of Indonesia 2025« [wie Fn. 62].

⁷⁹ Department of International Relations and Cooperation, Republic of South Africa, »Address by Minister Ronald Lamola, during the Thucydides Trap« [wie Fn. 16].

⁸⁰ »South Africa's Foreign Policy Defined by Commitment to Human Rights«, *Voices of the Global South*, 29.3.2025, <<https://vocesdelsur.prensa-latina.cu/south-africas-foreign-policy-defined-by-commitment-to-human-rights/>>.

⁸¹ Anyuli Mercedes Gonzalez-Oliver, »The Pursuit of Social Change«, *UNtoday*, 1.3.2025, <<https://untoday.org/the-pursuit-of-social-change/>>.

haben Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen in den USA stets reklamiert, dass die US-geführte Weltordnung auf der Basis liberaler universeller Werte allen zugutekommt – wobei der Begriff Polarität vermieden wurde. Deshalb waren Initiativen anderer, die auf Multipolarität durch Gegenmachtbildung abzielten, immer eine Herausforderung für amerikanische Führung und amerikanische Weltordnungsvorstellungen. Unter Trump wurde die liberale Führungsrolle aufgegeben, und die USA setzen nun selbst unverhohlen auf Machtpolitik ohne universellen Anspruch. Folglich gibt es eine stärkere, allerdings selektive Akzeptanz der Ansprüche anderer Großmächte. Eine kohärente Vision der zukünftigen Weltordnung wird indes nicht formuliert.

Räumliche Dimension und zentrale Akteure

Fünf der sieben untersuchten Staaten – mit Ausnahme von Indien und Indonesien – sehen Multipolarität vorwiegend als globales, also regional nicht begrenztes Konzept. Regionale Aspekte wie Einflusszonen oder die Stärkung des eigenen Kontinents spielen zwar mitunter eine Rolle, sind jedoch in ein übergeordnetes globales Verständnis eingebettet, wenngleich die jeweiligen Vorstellungen variieren. Der US-amerikanische Diskurs über Multipolarität bildet einen Sonderfall, denn deren räumliche Dimension wird kaum thematisiert.

Russland versteht Multipolarität als klar strukturiertes globales Ordnungskonstrukt, bei dem sich konzentrische Kreise (peripheral belts) um die Machtzentren herum bilden. Dieses Konzept spiegelt Russlands geopolitisches Selbstverständnis in Osteuropa wider: Der erste Kreis umfasst frühere Sowjetrepubliken, ein weiterer Kreis ehemalige Staaten des Warschauer Pakts. Damit kombiniert Russland globale Ambitionen mit historisch geprägten regionalen Machtansprüchen.⁸² Im Gegensatz dazu verfolgt China einen Ansatz zur Gestaltung einer multipolaren Weltordnung, der darauf beruht, vielfältige Beziehungen aufzubauen. Mit Hilfe zahlreicher diplomatischer, wirtschaftspolitischer und sicherheitspolitischer Initiativen – darunter die Belt and Road Initiative (BRI), die gezielte Kooperation mit dem Globalen Süden sowie die Förderung von Süd-Süd-

⁸² Drobinin, »The Vision of a Multipolar World« [wie Fn. 13].

Zusammenarbeit – will Peking ein umfassendes internationales Netzwerk schaffen, das als Grundlage für eine globale multipolare Ordnung dienen soll.⁸³ Dafür steht unter anderem Xi Jinpings außenpolitisches Konzept »Community of Shared Future for Mankind«, das im Kern die Interkonnektivität zwischen Staaten behandelt. Dabei werden Schlagwörter wie »shared future«, »destinies being interconnected« oder »countries are more interconnected and interdependent« verwendet.⁸⁴

Südafrika sieht Multipolarität ebenfalls in globaler räumlicher Perspektive, verbindet sie aber mit dem Ziel, den afrikanischen Kontinent stärker in multilaterale Entscheidungsprozesse einzubinden. Zu diesem Zweck fördert Südafrika beispielsweise die innerafrikanische Kooperation im Rahmen der Afrikanischen Union (AU) und versucht dem Globalen Süden auf multilateraler Ebene sowie in internationalen Organisationen mehr Gehör zu verschaffen. Gerade mit Blick auf die AU spielt Südafrika hier teilweise eine widersprüchliche Rolle. Einerseits lehnt es die Regierung ab, das Land als Ordnungsmacht auf dem afrikanischen Kontinent zu positionieren, weil dies an den südafrikanischen Apartheidstaat erinnern würde. Andererseits will sie afrikanische Positionen zusammenbringen, was angesichts der politischen Entwicklungen in den afrikanischen Subregionen und den Differenzen afrikanischer Staaten über die Ausgestaltung der Weltordnung immer schwieriger wird. Dies wird schon bei der Diskussion über die Reform des VN-Sicherheitsrats deutlich. Bisher fehlt ein Konsens zwischen afrikanischen Staaten, wie afrikanische Sitze verteilt werden könnten.⁸⁵

Auch die Türkei folgt einer globalen Idee von Multipolarität mit dem Ziel, sich jenseits ihrer unmittelbaren Nachbarschaft als aktiver Mitgestalter der multi-

polaren Weltordnung zu positionieren. Die Türkei ist bestrebt, in Fragen regionaler und globaler Politik und Wirtschaft eine einflussreiche Rolle zu übernehmen und sich situativ als Stimme des Globalen Südens oder der islamischen Welt zu profilieren.

Indien und Indonesien hingegen sehen sich traditionell weniger als globale denn als regionale Gestaltungsmächte und legen Wert darauf, dabei ihre eigenen außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten zu verfolgen. Für Indien ist die regionale Dimension von Multipolarität die wichtigste. Der indische Außenminister Jaishankar betonte: »A multi-polar world must necessarily have a multi-polar Asia at its centre.«⁸⁶ Dies bedeutet zum einen, dass Indien die gegebene Realität anerkennt, in welcher der Rivale China einen zentralen Machtpol in Asien darstellt. Zum anderen strebt Indien genau deshalb eine regionale Ordnung an, in der Chinas militärische, wirtschaftliche und politische Macht in einem größeren Konzert asiatischer Mächte eingehegt werden kann.

Indonesien mit seinem außenpolitischen Ansatz der konzentrischen Kreise setzt den Schwerpunkt politischer und militärischer Beziehungen auf jene Akteure, die den eigenen Grenzen am nächsten liegen. Dies sind zuvorderst die anderen Staaten der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) in Südostasien und anschließend die Groß- und Mittelmächte Ost- und Südasiens.⁸⁷ Allerdings zeichnet sich unter dem derzeit amtierenden Präsidenten Prabowo Subianto eine allmähliche Abkehr vom überwiegend regionalen Engagement hin zu einer stärkeren Fokussierung auf die globale Ebene ab. Offen ist, ob sich daraus eine Erweiterung der konzentrischen Kreise in den Indischen Ozean und die Golfregion oder gar ein neuer globaler Gestaltungsanspruch ableiten lässt.⁸⁸

83 Jenny Clegg, *China's Global Strategy. Towards a Multipolar World*, New York: Pluto Press, 2009, S. 89.

84 The State Council Information Office of the People's Republic of China, *A Global Community of Shared Future: China's Proposals and Actions*, Third Belt and Road Forum for International Cooperation, Peking, September 2023, <<http://www.beltandroadforum.org/english/n101/2023/1010/c127-916.html>>.

85 Olukayode Bakare, »The Quest for UN Reform and Permanent Africa Security Council Seat: What This Means to Africa«, London: London School of Economics, Department of International Relations (Blog), 21.1.2025, <<https://blogs.lse.ac.uk/internationalrelations/2025/01/21/the-quest-for-un-reform-and-permanent-africa-security-council-seat-what-this-means-to-africa/>>.

86 Ministry of External Affairs, Government of India, »Pandit Hriday Nath Kunzru Memorial Lecture 2024 Delivered by EAM Dr. S. Jaishankar at the Jawaharlal Nehru University, New Delhi«, Neu-Delhi, 26.2.2024, <<https://tinyurl.com/yn5zeyw3>>.

87 Baiq Wardhani/Vinsensio Dugis, »Indonesian Foreign Policy under the Jokowi Administration: Variations on Traditional Ideas«, in: *Issues and Studies*, 59 (2023) 3, doi: 10.1142/S1013251123500054.

88 Xue Song, »Indonesia's New Diplomatic Playbook: ASEAN on Hold, NAM in Limbo, Giants Ahead«, in: *The Diplomat*, 16.1.2025, <<https://thediplomat.com/2025/01/indonesias-new-diplomatic-playbook-asean-on-hold-nam-in-limbo-giants-ahead/>>.

Die Pole, also die Hauptakteure einer wie auch immer gearteten multipolaren Ordnung, werden nie klar benannt.

Welche Staaten in einer multipolaren Welt eine zentrale Rolle spielen, wird in den analysierten Ländern unterschiedlich bewertet. Immerhin bezweifelt keines von ihnen, dass China, die USA und Russland zu diesen herausragenden Akteuren gehören. Diese drei Staaten und Indien bezeichnen sich auch selbst als Pole oder als zentrale internationale Akteure.

Eine Auflistung aller Pole nimmt keiner der untersuchten Staaten vor. Die Türkei scheint die klarste Vorstellung davon zu haben, welche Akteure in einer multipolaren Weltordnung eine zentrale Rolle einnehmen werden, nämlich die USA, China und Russland. Die ausführlichsten, aber nicht abschließenden Aufzählungen möglicher Pole finden sich bei Russland und China. Beide führen Staaten aus nahezu allen Weltregionen auf. Auch Südafrika identifiziert einige Pole, doch ebenfalls nicht abschließend. Zurückhalten-der sind die Vereinigten Staaten, Indien und Indonesien, die nur vage Angaben machen. Weitaus diverser sind die Perspektiven der jeweiligen Länder auf Staatenverbünde wie EU, ASEAN, AU oder BRICS. Tabelle 2 gibt eine Übersicht über die als zentral wahrgenommenen Staaten einer multipolaren Weltordnung.

Zentrale Politikfelder und Teilordnungen

Zu klären war, ob die untersuchten Staaten Multipolarität als übergreifendes Ordnungskonstrukt verstehen, das viele unterschiedliche Politikfelder umfasst, oder ob sie Multipolarität vorrangig auf einzelne Politikfelder begrenzen wie etwa Wirtschaft, Technologie oder Sicherheit. Damit verbunden stellte sich die Frage, auf welchen Machtressourcen der Status eines Staates in der internationalen Ordnung beruht. Staaten wie China, Russland und Südafrika vertreten ein breites Verständnis von Multipolarität, dem zufolge sie als erstrebenswertes Ziel gilt und auf zahlreichen Politikfeldern wirksam werden sollte.

Peking präsentiert sich gleichzeitig als primus inter pares in Asien und als zentraler Pol in einer neuen multipolaren Weltordnung. Wesentliche Machtressourcen sind dabei die wirtschaftliche Stärke (beispielsweise durch die BRI) und das Militär. Darüber hinaus dient der »chinesische Traum« – offenbar als Gegenkonzept zum amerikanischen Traum – als

ideologische Grundlage, um technologische Führungsansprüche zu untermauern und zudem kulturelle Soft Power aufzubauen, um Chinas Normen und Werte global zu verankern. Aus chinesischer Sicht sind tendenziell alle Politikfelder multipolar zu gestalten.⁸⁹

Auch in russischen Diskursen wird Multipolarität als umfassendes Ordnungskonstrukt begriffen, das sämtliche Politikfelder betrifft – jedoch in unterschiedlichem Entwicklungsgrad. In der Sicherheits- und Militärpolitik sei die Welt bereits multipolar: Kein Staat könne andere mühelos militärisch dominieren. Anders verhalte es sich beim Finanzsystem, das aufgrund der Vorherrschaft des US-Dollars nach wie vor unipolar sei. Im digitalen Raum sieht Russland westliche Tech-Giganten in der Führungsposition, versucht aber, wie China eigene Souveränität aufzubauen. Im Bereich Soft Power bleibt westlicher Einfluss – selbst innerhalb Russlands – laut russischer Einschätzung relativ stark.⁹⁰

Südafrika versteht Multipolarität ebenfalls als Ordnungskonstrukt, das sich über diverse Politikfelder erstreckt. Das Land engagiert sich vor allem dafür, asymmetrische Machtverhältnisse zu korrigieren, sei es im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, in der WTO oder bei internationalen Finanzinstitutionen. Multipolarität wird als Hebel verstanden, ein gerechteres – soll heißen: inklusiveres – System zu schaffen, und beschränkt sich ebenfalls nicht auf bestimmte Politikfelder.

Im Gegensatz dazu begreifen Länder wie Indien und Indonesien und tendenziell auch die USA Multipolarität als Ordnungskonstrukt, das sich in bestimmten einzelnen Politikfeldern manifestiert. Die Diskussion in Indonesien dreht sich überwiegend um Multipolarität im Kontext internationaler Wirtschaftspolitik. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach einer gerechteren multipolaren Finanz- und Wirtschaftsarchitektur. Auch wenn Indonesien seine

⁸⁹ »From the perspective of hard power, the ›Chinese Dream‹ naturally contains a strong comprehensive national strength, strong economic and military strength. But from the perspective of soft power, the appeal of the ›Chinese Dream‹ is reflected in its attractive culture and values.« Vgl. Ai Shilin, *Zhongguo meng: tong xiang minzu fuxing de shanyao mingpian laiyuan* [Der chinesische Traum: Ein leuchtendes Aushängeschild für die nationale Erneuerung], Peking: Tsinghua University, 23.4.2025, <<https://www.tsinghua.edu.cn/info/1662/58246.htm>>.

⁹⁰ Timofejew, »Asymmetrische Multipolarität: Steuerungsparameter und Entwicklungsvektoren« [wie Fn. 23].

Machtressourcen nicht offen benennt, lässt sich eine Schwerpunktsetzung auf wirtschaftliche, finanzielle und regulatorische Hebel erkennen. Ein Beispiel ist die Politik des Ressourcennationalismus. 2020 verhängte Jakarta ein Exportverbot für unverarbeitetes Nickel, um gezielt ausländische Investitionen zwecks Aufbaus einer indonesischen Elektromobilitätsindustrie ins Land zu holen. Indonesiens Anteil an der globalen Nickelförderung liegt derzeit bei fast 60 Prozent, und über ein Drittel des in Batterien von Elektrofahrzeugen verwendeten Nickels stammt aus indonesischen Minen. So ist das Land zu einem Schlüsselakteur in den Lieferketten für solche Batterien geworden.⁹¹

Indiens Präferenz für Multipolarität erschließt sich in erster Linie aus seinen sicherheitspolitischen Herausforderungen, die aus der Rivalität mit China und Pakistan erwachsen. Deshalb konzentriert sich Neu-Delhi stark auf das Politikfeld Sicherheits- und Verteidigungspolitik und bemüht sich besonders um eine Diversifizierung der Rüstungs- und Verteidigungspartnerschaften. So pflegt Indien sicherheitspolitische Beziehungen sowohl mit Russland als auch mit den Vereinigten Staaten. Weitere, erheblich ausgedehntere Felder indischer multipolarer Politik sind die wirtschaftliche und die technologische Kooperation.⁹²

In der Türkei hat bislang keine differenzierte politische Debatte darüber stattgefunden, auf welche spezifischen Politikfelder – etwa Handel, Technologie oder Sicherheit – sich die multipolare Ordnung konkret beziehen soll. Aus den zitierten oder erwähnten Äußerungen und Stellungnahmen lässt sich jedoch vorsichtig ableiten, dass das Konzept Multipolarität vor allem an potentiellen Machtressourcen wie Bevölkerung, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und militärischer Stärke und entsprechenden Politikfeldern ausgerichtet wird.⁹³

91 Eve Warburton, *Resource Nationalism in Indonesia. Booms, Big Business, and the State*, Ithaca: Cornell University Press, 2023.

92 Trisha Ray, »India's Technology Engagement Strategy: Beyond the Quad«, in: *The Diplomat*, 23.9.2024, <<https://the-diplomat.com/2024/09/indias-technology-engagement-strategy-beyond-the-quad/>>.

93 Ein Beispiel dafür ist das Interview mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan, auf das bereits eingegangen wurde, siehe Duran, »Dünya Değişiyor, BM Sistemi de Değişmeli« [wie Fn. 17]. Darin kritisiert er die ungleiche Machtverteilung im Kontext der VN-Generalversammlung und der ständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat und untermauert dies mit einem demografischen Argument: »Dabei macht die gesamte

Da politische Akteure in den USA die Diskussion über Multipolarität hinter verschlossenen Türen führen, ist eine einheitliche Aussage auch hier schwierig. Frühere US-Administrationen konzentrierten sich eher auf bestimmte Kontexte. Während Präsident George W. Bush internationale Führungsansprüche etwa im Bereich globale Gesundheit erhob, zum Beispiel im Kampf gegen HIV/AIDS, sprach Präsident Obama in Initiativen wie der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) von geteilter Führung und kooperativer Ordnung. Präsident Trump verzichtet auf jeglichen multilateralen Führungsanspruch und hat dafür gesorgt, dass sich die USA aus internationalen Organisationen und Aktivitäten der globalen Governance zurückziehen. Die USA reduzieren ihren Ressourceneinsatz drastisch, sei es in der Katastrophenwarnung, in der Entwicklungshilfe oder in der globalen Gesundheit. Dadurch wird auch sichtbar, welche essentielle Rolle die USA zuvor bei der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter gespielt haben.

Zwischenfazit

Die Diskurse zur Transformation der internationalen Ordnung hin zur Multipolarität sind divers und vielschichtig. Der einzige übergreifende Befund betrifft die genannten zentralen Akteure. Alle untersuchten Staaten schreiben China, den USA und Russland eindeutig Hauptrollen zu. Doch nur Indien benennt über die drei genannten Staaten hinaus weitere mögliche Pole einer künftigen multipolaren Ordnung. Ansonsten fällt auf, dass fünf der sieben analysierten Länder – die anderen beiden sind Indonesien und Russland – die Transformation hin zu einer multipolaren Ordnung als evolutionären Prozess ansehen. Er wird aus Sicht dieser fünf im Wesentlichen von Machtverschiebungen zugunsten des Globalen Südens bestimmt. Russland hingegen versteht die Veränderung der internationalen Ordnung hin zur Multipolarität als disruptiven Prozess und treibt ihn bewusst voran. Es will die internationale Ordnung umgestalten, indem es den Westen gezielt schwächt, um dessen Dominanz zu brechen. Indonesien hebt vor allem die Risiken und die Konflikthanfälligkeit der

europäische Bevölkerung lediglich fünf Prozent der Weltbevölkerung aus. Die fünf ständigen Mitglieder repräsentieren heute nur ein Viertel der Weltbevölkerung. Die übrigen drei Viertel werden nicht einmal erwähnt, sie sind in keiner Weise vertreten. Wie kann man da noch von einem repräsentativen System sprechen?»

Tabelle 2

Multipolarisierung: Die Transformation der internationalen Ordnung

	<i>Wahrnehmung des Übergangs zur Multipolarität</i>	<i>Konstituierende Elemente der sich verändernden internationalen Ordnung</i>	<i>Räumliche Dimension von Multipolarität</i>	<i>Zentrale Akteure (Pole)</i>	<i>Zentrale Politikfelder</i>
China	evolutionär	Macht	global	USA, China, Russland	politikfeldübergreifend
Indien	evolutionär	Macht	vorwiegend Asien	USA, China, Russland, Indien	Wirtschaft, Technologie
Indonesien	disruptiv	Interdependenz	Asien	USA, China	Wirtschaft, Technologie
Russland	disruptiv	Macht	global	USA, China, Russland	Militär, Wirtschaft
Südafrika	evolutionär	Interdependenz	global	USA, China, Russland	Wirtschaft, Technologie
Türkei	evolutionär	Interdependenz	global	USA, China, Russland	Wirtschaft, Technologie
USA	evolutionär	Macht	global	USA, China	Militär, Technologie

genannten Transformation hervor und will selbst keine aktive Rolle in diesem Prozess spielen.

Vielschichtig sind ferner die Deutungen, welche Elemente eine künftige multipolare Ordnung konstituieren werden. Bis auf die USA betrachten sämtliche hier analysierten Staaten Reformen der multilateralen Institutionen und dabei besonders des VN-Systems als unverzichtbaren Schritt hin zu einer kommenden multipolaren Ordnung. Auf normativer Ebene nehmen alle untersuchten Akteure, wiederum mit Ausnahme der USA, in diesem Zusammenhang Bezug auf das Völkerrecht. Ambivalenzen offenbaren sich jedoch bei den Diskursen in Russland und China. Dort wird zugleich auf die materiellen Machtressourcen und den internationalen Status Russlands und Chinas als konstituierende Elemente verwiesen, und daraus werden auch Vor- oder Sonderrechte abgeleitet.

Festzustellen ist weiterhin, dass es kein einheitliches Verständnis darüber gibt, welche Politikbereiche für die Transformation zur Multipolarität zentral sind und ob Multipolarität als globales oder eher als regionales Konzept zu begreifen ist. Einige Staaten identifizieren die Wirtschafts- und die Handelspolitik als Haupttreiber für die Transformation, andere hingegen vorwiegend die Technologie- und die Sicherheitspolitik. Fünf der sieben analysierten Staaten verstehen Multipolarität vornehmlich als globales Ordnungs-

konstrukt. Die beiden anderen – Indien und Indonesien – verorten Multipolarität eher in einem regionalen Rahmen, nämlich Asien. Aus diesen divergierenden Perspektiven ziehen die sieben Staaten auch unterschiedliche Schlüsse für ihre jeweilige Außenpolitik, wie das folgende Kapitel verdeutlicht.

Multipolaritäten in Aktion

Gestaltungsansprüche, Interessen und strategische Imperative

Die Gestaltungsansprüche und strategischen Imperative der untersuchten Staaten weichen stark voneinander ab. USA, China, Indien und Russland verstehen sich als Pole in einer wie auch immer gearteten multipolaren Ordnung. Für die anderen analysierten Länder trifft dieser Befund, wenn überhaupt, nur bedingt zu.⁹⁴ Deren Machtpositionen und Gestaltungsansprüche sind, sofern vorhanden, eher regionaler Natur: Indien konzentriert sich auf den Indo-Pazifik, die Türkei auf den Nahen und Mittleren Osten sowie den Balkan. Oder die Ambitionen sind auf bestimmte Politikbereiche begrenzt: Südafrika etwa sucht sich schwerpunktmäßig in der globalen Gesundheitspolitik zu profilieren.

China sieht sich als globale Ordnungsmacht und will Lücken füllen, die der Rückzug der USA hinterlässt.

China sieht sich als globale Ordnungsmacht und will Lücken füllen, die der Rückzug der USA hinterlässt. Konkret fallen vor allem die mit den Gestaltungsansprüchen verbundenen Zielsetzungen Chinas und Russlands ins Auge. Beide leiten eine Reihe spezifischer Interessen aus der in ihrer Sicht positiven und notwendigen Transformation zu einer multipolaren Ordnung ab. Vorrangig sollen die Treiber jener Transformation gefördert und verstärkt werden. Es geht um den Ausbau eigener Macht und eigenen globalen Einflusses relativ zu den USA (China)⁹⁵

⁹⁴ Die Gründe hierfür waren nicht Teil der Analyse. Deshalb kann in dieser Studie der für Indonesien zu beobachtende Mangel an Gestaltungswillen nur dargelegt, nicht aber erklärt werden.

⁹⁵ Suisheng Zhao, »The Collapse of the US-led World Order: China Gains Ground but Not Ready to Replace It«, in: *The Asan Forum*, 12.5.2025, <<https://theasanforum.org/the-collapse-of-the-us-led-world-order-china-gains-ground-but-not-ready-to-replace-it/>>.

beziehungsweise zum Westen (Russland).⁹⁶ Dabei wird Multipolarität gezielt als ordnungspolitische Alternative zur Dominanz der USA beziehungsweise des Westens gegenüber anderen nichtwestlichen Staaten propagiert.⁹⁷

Was den offiziellen Diskurs angeht, unterscheidet sich Russland jedoch in einem wesentlichen Punkt von China: Als einziges der untersuchten Länder will Russland den Westen unter Einsatz militärischer Mittel schwächen. Aus russischer Sicht trüge ein Sieg im Krieg gegen die Ukraine entscheidend dazu bei.⁹⁸

⁹⁶ »In order to help adapt the world order to the realities of a multipolar world, the Russian Federation intends to make it priority to [...] eliminate the vestiges of domination by the US and other unfriendly states in global affairs«. The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, *The Concept of the Foreign Policy of the Russian Federation*, Moskau, 31.3.2023, <https://mid.ru/en/foreign_policy/fundamental_documents/1860586>.

⁹⁷ President of Russia, »International Parliamentary Conference Russia – Africa in a Multipolar World«, Moskau, 20.3.2023, <<http://www.en.kremlin.ru/catalog/keywords/82/events/70745>>; Vuk Vuksanović, »Kremlin Looks Southward: The Logic of Global South in Russian Foreign Policy«, in: *South African Journal of International Affairs*, 32 (2025) 1–2, S. 133–154, doi: 10.1080/10220461.2025.2519982.

⁹⁸ Nikolai Patruschew, bis 2024 Sekretär des Sicherheitsrats der Russischen Föderation, drückte sich wie folgt aus: »Nur der Sieg Russlands über den ukrainischen Nazismus ermöglicht Russlands Sicherheit, die Rückkehr der Stabilität in Europa und die Entstehung der multipolaren Welt.« Vgl. »Tol'ko pobeda Rossii vernet stabil'nost' v Evropu, zajavil Patrušev« [Nur ein Sieg Russlands wird Europa wieder Stabilität bringen, erklärte Patruschew], *RIA Nowosti*, 13.4.2023, <<https://ria.ru/20230413/rossiya-1865044581.html>>. »The Ukraine conflict illustrates something else: not the smooth disintegration of institutions, but a battle for the world order. The West is fighting to preserve what was established after 1991, while Russia is seeking to change it.« Vgl. Fyodor A. Lukyanov, »Downward«, in: *Russia in Global Affairs*, 23 (2025) 1, S. 5–8, doi: 10.31278/1810-6374-2025-23-1-5-8. »Der Krieg in der Ukraine, ..., bedeutet nicht nur den Zerfall der alten Welt, er ist auch die Gründung einer neuen, freieren, gerechteren, politisch und kulturell pluralistischen und

China hingegen setzt viel stärker auf nichtmilitärische Elemente, unter anderem auf mehr Soft-Power-Engagement weltweit. Das schliesse etwa größere Bemühungen der global etablierten Konfuzius-Institute in Bildung und Kultur ein, zudem Stipendienprogramme, aber auch Entwicklungshilfe und Wirtschaftskredite. Ein prominentes weiteres nichtmilitärisches Element ist die BRI, die auf verschiedenen Ebenen die Konnektivität zwischen China und der Welt ausbauen und Chinas Image verbessern soll. Im Unterschied zu Moskau will Peking mittels vierer Großinitiativen (*si da changyi*) zudem Antworten auf die aktuelle »Phase der Turbulenzen und Veränderungen«⁹⁹ bieten und »Lösungen für globale Probleme«¹⁰⁰ liefern. Auf diese Weise soll zweierlei erreicht werden, nämlich die entstehenden Strukturen der neuen multipolaren Ordnung in Einklang mit Chinas nationalen Interessen und Zielen zu bringen sowie seinen globalen Gestaltungsanspruch zu legitimieren und zu stärken.¹⁰¹

Was Indien betrifft, korrespondiert die Präferenz für Multipolarität mit der Suche nach neuen Partnerschaften. Indiens positives Multipolaritätsverständnis geht einher mit seinem Multi-Alignment-Ansatz. Dessen Ziel ist, möglichst viele Partnerschaften mit mächtigen Staaten zu vertiefen, um die eigene regionale Rolle aufzuwerten. Plurilaterale Konnektivitätsinitiativen wie den India-Middle East-Europe Eco-

vielfarbigen Welt.« Vgl. »Sergej Karaganov: My nabljudae m pojavlenie novogo mira v moment ego sozdaniya« [wie Fn. 54].

99 Globale Governance-Initiative, Globale Entwicklungsinitiative, Globale Zivilisationsinitiative und Globale Sicherheitsinitiative. Ministry of Foreign Affairs, People's Republic of China, »Wichtige Rede Xi Jinpings auf der Zentralen Arbeitskonferenz für Auswärtige Angelegenheiten in Peking« (chinesisch), Peking, 28.12.2025, <https://www.mfa.gov.cn/zyxw/202312/t20231228_11214409.shtml>.

100 Ministry of Foreign Affairs, People's Republic of China, »China's Three Global Initiatives: China's Solutions to Addressing Global Challenges«, Peking, 13.3.2025, <https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/xw/zwbd/202503/t20250318_11577782.html>.

101 Vgl. John S. Van Oudenaren, »How to Respond to China's Global Security Initiative«, *War on the Rocks*, 1.3.2024, <<https://warontherocks.com/2024/03/how-to-respond-to-chinas-global-security-initiative/>>; Ministry of Foreign Affairs, People's Republic of China, »Xi Jinping Delivers a Keynote Speech at the Opening Ceremony of the Boao Forum for Asia Annual Conference 2022«, Peking, 21.4.2022, <https://www.mfa.gov.cn/eng/zy/jj/2020zt/kjgzbd/fyyq/202204/t20220421_10671083.html>.

Corridor (IMEC) oder I2U2¹⁰² sieht Indien dabei als Instrumente, um eigene Impulse für eine neue Wirtschaftsordnung im Indo-Pazifik zu setzen. Immer wichtiger für Neu-Delhi wird der Quadrilaterale Sicherheitsdialog mit den USA, Australien und Japan (Quad), der dazu dient, eine regelbasierte Sicherheitsordnung im Indo-Pazifik zu bewahren. Dieses Beispiel unterstreicht, welchen Stellenwert informelle, politikfeldbezogene Plattformen in Indiens Außenpolitik genießen.¹⁰³ Mit Multi-Alignment fördert Indien also hauptsächlich seine globalen Partnerschaften, um seinen regionalen Interessen Geltung zu verschaffen.

Die Türkei betrachtet sich vor allem als Schnittstelle zwischen Europa, Asien und Afrika.

Die Türkei nimmt für sich ebenfalls eine aktive gestalterische Rolle in Anspruch.¹⁰⁴ Allerdings konzentriert sich das Land dabei vorwiegend auf seine Funktion als Schnittstelle zwischen Europa, Asien und Afrika, vor allem indem es historische und kulturelle Verbindungen ins Feld führt. Die türkischen Gestaltungsansprüche und Interessen sind zudem von der Nähe zu zahlreichen bewaffneten Konflikten oder Kriegen geprägt, etwa in der Ukraine, in Gaza, im Sudan, im Jemen und in der Balkanregion. Mit der sich herausbildenden Multipolarität verknüpft die Türkei zwar abstrakte globale Machtansprüche. Als konkrete Interessen definiert sie indes vorrangig die Kontrolle über strategisch bedeutsame Seewege und die Zugänge zum Schwarzen Meer und zum Mittelmeer, die unter anderem durch den Vertrag von Montreux aus dem Jahr 1936 ermöglicht werden.¹⁰⁵

Südafrika leitet aus der Multipolarisierung in erster Linie normativ definierte Interessen für sein internationales Handeln ab. Sie beinhalten den Einsatz gegen Neokolonialismus, gegen Unilateralismus und gegen

102 Eine plurilaterale Plattform, gebildet von Indien, Israel, den USA und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

103 Siehe zum Beispiel Eerishika Pankaj, »Minilaterals as Norm Entrepreneurs: The Case of the Quad«, in: *The Diplomat*, 16.12.2024, <<https://thediplomat.com/2024/12/minilaterals-as-norm-entrepreneurs-the-case-of-the-quad/>>.

104 Duran, »Dünya Değişiyor, BM Sistemi de Değişmeli« [wie Fn. 17]; Fidan, »Turkish Foreign Policy« [wie Fn. 45].

105 Vgl. exemplarisch Antonia Colibasanu, *Turkey's Evolving Geopolitical Strategy in the Black Sea*, Philadelphia: Foreign Policy Research Institute, Dezember 2024, <<https://www.fpri.org/wp-content/uploads/2024/12/turkeys-evolving-geopolitical-strategy2.pdf>>.

eine Politik des Rechts des Stärkeren. Die südafrikanische Regierung engagiert sich mit ihrer Außenpolitik nachdrücklich für internationale Gerechtigkeit. So klagte Südafrika vor dem Internationalen Gerichtshof (International Court of Justice, ICJ) gegen Israel,¹⁰⁶ unterstützte Palästina und setzte sich für Reformen im Bereich der WTO und der globalen Gesundheitspolitik ein.¹⁰⁷ Zudem macht sich Pretoria für friedliche Konfliktbeilegung stark, vor allen Dingen auf dem afrikanischen Kontinent, aber auch darüber hinaus, was sich mittlerweile etwa an einer zunehmenden Distanzierung von Russland zeigt.¹⁰⁸ Trotzdem bleibt das BRICS-Format für Südafrika zentral, und seine Regierung kooperiert dabei auch mit Staaten, die den menschenrechtsbasierten Ansatz nicht teilen oder handfeste Autokratien sind.¹⁰⁹ Allerdings lehnt die südafrikanische Regierung eine Blockbildung ab und setzt teilweise auf Kooperation im IBSA-Format mit Indien und Brasilien. Südafrika erklärt zudem unmissverständlich, dass es seine Rolle als blockfreier Staat beibehalten muss und will, der in einer multipolaren Weltordnung seine eigenen

Interessen in den Vordergrund stellt. Für diese Haltung hat es den Begriff »active non-alignment« geprägt.¹¹⁰

Im indonesischen Diskurs finden sich hingegen nur wenige Hinweise auf eine aktive, gestalterische Rolle Jakartas in einer wie auch immer gearteten zukünftigen multipolaren Ordnung. Weder ist das Interesse zu erkennen, globale oder regionale öffentliche Güter bereitzustellen, noch der Wille, an der Transformation zur Multipolarität mitzuwirken.¹¹¹ Vielmehr hat Indonesien in den letzten zehn Jahren Fragen der nationalen wirtschaftlichen Entwicklung besondere Priorität eingeräumt. Interessen und Ziele in der regionalen wie internationalen Ordnungspolitik traten demgegenüber in den Hintergrund.¹¹² Internationale Partnerschaften und Initiativen dienen vor allem den eigenen wirtschaftlichen Interessen.¹¹³ Nurmehr fortgeschrieben wurden tradierte Ziele der indonesischen Außen- und Sicherheitspolitik. Dazu zählen etwa die Ablehnung militärischer Allianzen sowie der Einflusssphären von Großmächten, die nationale wirtschaftliche Entwicklung, die Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität sowie die außenpolitische Maxime »A million friends and zero enemies«.¹¹⁴

Der Befund zu den USA ist widersprüchlich. Mit Ausnahme der beiden Trump-Administrationen hatte die US-Regierung stets im Sinn, die uneingeschränkte

106 Rashmin Sagoo, »South Africa's Genocide Case Against Israel: The International Court of Justice Explained«, London: Chatham House, 26.1.2024, <<https://www.chathamhouse.org/2024/01/south-africas-genocide-case-against-israel-international-court-justice-explained>>.

107 Bawa Sing/Vijay Kumar Chattu/Balinder Singh, »COVID-19 and Global Distributive Justice: Health Diplomacy of India and South Africa for the TRIPS Waiver«, in: *Journal of Asian and African Studies*, 58 (2023) 5, S. 747 – 765, doi: 10.1177/00219096211069652.

108 Ein Beispiel ist Südafrikas Unterstützung für eine VN-Resolution vom Februar 2025 zur territorialen Integrität der Ukraine. Siehe Peter Fabricius, »UN Resolution Highlights Diplomatic Shift as South Africa Votes for Ukraine amid US Retreat«, in: *Daily Maverick*, 25.2.2025, <<https://www.daily-maverick.co.za/article/2025-02-25-un-resolution-highlights-diplomatic-shift-as-south-africa-votes-for-ukraine-amid-us-retreat/>>. Ein weiteres Beispiel ist die Einladung an den ukrainischen Präsidenten Selenskyj im März 2025. Siehe Melissa Chemam, »Did Zelensky's South Africa Visit Signal a Diplomatic Pivot by Pretoria?«, *RFI*, 25.4.2025, <<https://www.rfi.fr/en/international/20250425-did-zelensky-s-south-africa-visit-signal-a-diplomatic-pivot-by-pretoria>>.

109 Chris Alden/Maxi Schoeman, »Being Africa's BRIC(S): South Africa's Foreign Policy Turn from »Neo-Liberalism« to the »New Era««, in: *South African Journal of International Affairs*, 32 (2025) 1 – 2, S. 71 – 90, doi: 10.1080/10220461.2025.2503212.

110 South African Institute of International Affairs (SAIIA), »Address by DIRCO Minister Ronald Lamola on SA's Foreign Policy«, 12.7.2024, <<https://saiia.org.za/research/address-by-dirco-minister-ronald-lamola-on-sas-foreign-policy/>>.

111 Sugiono, »Prabowo: 100 Days of a Presidency That Delivers«, in: *Asia Times*, 29.1.2025, <<http://asiatimes.com/2025/01/prabowo-100-days-of-a-presidency-that-delivers/>>.

112 Ahmad Rizky Mardhatillah Umar, »The Rise of the Asian Middle Powers: Indonesia's Conceptions of International Order«, in: *International Affairs*, 99 (2023) 4, S. 1459 – 1476, doi: 10.1093/ia/iaad167.

113 Sugiono, »Prabowo: 100 Days of a Presidency That Delivers« [wie Fn. 111].

114 Cabinet Secretariat of the Republic of Indonesia, »Remarks of President Prabowo Subianto before the Plenary Session of the People's Consultative Assembly of the Republic of Indonesia on the Occasion of the Inauguration of the President-Elect and Vice President-Elect of 2024 – 2029 Term of Office«, Jakarta, 20.10.2024, <<https://setkab.go.id/en/remarks-of-president-prabowo-subianto-before-the-plenary-session-of-the-peoples-consultative-assembly-of-the-republic-of-indonesia-on-the-occasion-of-the-inauguration-of-the-president-elect-a/>>; »Annual Press Statement of the Minister for Foreign Affairs of the Republic of Indonesia 2025« [wie Fn. 62].

globale Vormachtstellung und Führungsrolle der USA gegenüber aufstrebenden Mächten, allen voran China, zu bewahren und damit eine multipolare Ordnung zu verhindern.¹¹⁵ Zu Beginn der zweiten Amtszeit Trumps erscheint dieses vormals grundlegende Ziel nicht mehr so klar. Einflussreiche Kräfte in der Regierung kritisieren offen die Kosten einer globalen Dominanz der USA und plädieren dafür, sich mit Russland und China zu einigen, unter Umständen auch zulasten traditioneller Verbündeter. Damit und mit dem wieder nachdrücklicher artikulierten Anspruch, in der westlichen Hemisphäre mitzubestimmen, stärken sie implizit die russischen Vorstellungen, die Welt in Einflusszonen aufzuteilen, ohne sich diesen Begriff oder auch den Terminus Multipolarität offiziell zu eigen zu machen (siehe auch nächster Abschnitt).¹¹⁶

Allianzen und Partnerschaften

Im Zusammenhang mit ihren Debatten über Multipolarität bevorzugen alle untersuchten Staaten mit Ausnahme der USA lose, flexible, pragmatisch ausgestaltete Beziehungen zu anderen Staaten anstatt formaler und damit exklusiver Allianzen. Auch für die USA spielen ihre traditionellen Allianzen zurzeit eine geringere Rolle als bisher. Wegen der 2024 geschlossenen Militärallianz mit Nordkorea ist Russland zwar in gewisser Weise ein Sonderfall, aber nur auf den ersten Blick. Es unterhält einige formelle Allianzen mit erheblich schwächeren Staaten, neben Nordkorea zum Beispiel mit den Staaten der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), sieht sich durch diese aber kaum gebunden. So forr Armenien seine OVKS-Mitgliedschaft nach Russlands ausgebliebener Unterstützung im aserbaidisch-armenischen Krieg ein.¹¹⁷ Auch die Allianz mit Nord-

korea dürfte von Moskau herabgestuft werden, wenn der unmittelbare Bedarf an nordkoreanischer Unterstützung abflaut.¹¹⁸ In den Augen sämtlicher untersuchter Akteure beruhen diese flexiblen Partnerschaften überwiegend auf gemeinsamen Interessen und dem angenommenen gegenseitigen Nutzen (win-win), weniger auf einmütig postulierten konkreten Wertvorstellungen. Auch die hierbei vertretenen gemeinsamen Ordnungsvorstellungen gehen außer in der chinesisch-russischen Partnerschaft kaum über Allgemeinplätze wie »gerechtere internationale Ordnung« hinaus.¹¹⁹ Ein weiterer übergreifender Befund lautet, dass alle hier betrachteten Staaten mit Ausnahme der USA den aus ihrer Sicht zu konstatierenden Abstieg des Westens als Chance begreifen, ihre internationalen Partnerschaften weiter zu diversifizieren. Deutlich ausgeprägt ist dies bei Indonesien und Indien. Jakarta betont die eigene Neutralität, indem es eine Politik getreu der Devise »A million friends and zero enemies« betreibt und militärische Allianzen rundheraus ablehnt.¹²⁰ Neu-Delhi verfolgt einen ähnlichen Ansatz, wie es beispielsweise mit dem Motto seiner G20-Präsidentschaft »Die Welt ist eine Familie«¹²¹ demonstrieren wollte. Indonesien möchte die partnerschaftlichen Beziehungen zu den beiden Großmächten USA und China vertiefen, um sich nicht für oder gegen eine Großmacht entscheiden zu müssen. Gleichzeitig versucht Indonesien, zwecks Diversifizierung seine Beziehungen zu möglichst vielen Partnerstaaten auszubauen, vor allem in Asien.¹²²

research/2024/07/armenia-navigates-a-path-away-from-russia?lang=en>.

118 Choong-Koo Lee, »Putting the Screws on the Partnership between North Korea and Russia«, *War on the Rocks*, 1.4.2025, <<https://warontherocks.com/2025/04/putting-the-screws-on-the-partnership-between-north-korea-and-russia/>>.

119 »Partnership over Alliance«, vgl. Embassy of the People's Republic of China in the United States of America, »Outlook on China's Foreign Policy on Its Neighborhood in the New Era«, Washington, D.C., 24.10.2023, <http://us.china-embassy.gov.cn/eng/zgyw/202310/t20231024_11167100.htm>.

120 Cabinet Secretariat of the Republic of Indonesia, »Remarks of President Prabowo Subianto« [wie Fn. 114].

121 Original: Vasudhaiva Kutumbakam (Sanskrit).

122 »Keynote Speech by H.E. Sugiono at CIPF [Conference on Indonesian Foreign Policy] 2024«, *YouTube*, 30.11.2025, <<https://www.youtube.com/watch?v=WJJdia8KrYw>>; Arrizal Jaknanihan/Lukas Singarimbun, »US Tariffs Are a Wake-up Call for Indonesia to Diversify and Reform«, *East Asia Forum*, 3.5.2025, <<https://eastasiaforum.org/2025/05/03/us-tariffs-is-a-wake-up-call-for-indonesia-to-diversify-and-reform/>>.

115 Vgl. Hanns W. Maull/Angela Stanzel/Johannes Thimm, *USA und China auf Kollisionskurs. Die Bedeutung der Innenpolitik für das bilaterale Verhältnis*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2023 (SWP-Studie 2/2023), doi: 10.18449/2023 S02.

116 Vgl. Stacie E. Goddard, »The Rise and Fall of Great-Power Competition. Trump's New Spheres of Influence«, in: *Foreign Affairs*, 22.4.2025, <<https://www.foreignaffairs.com/united-states/rise-and-fall-great-power-competition>>.

117 Thomas de Waal, *Armenia Navigates a Path Away From Russia*, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 11.7.2024, <<https://carnegieendowment.org/>>

Ähnlich geht Indien vor, wenn es sowohl mit Russland als auch mit den Vereinigten Staaten kooperiert. Im Gegensatz zu Indonesien ordnet Indien den nördlichen Nachbarn China jedoch als strategischen Rivalen ein. Die zwei Szenarien eines übermächtigen Chinas – entweder im Rahmen einer amerikanisch-chinesischen Aufteilung der Welt in Einflusszonen (G2-Weltordnung) oder durch ein Bündnis der drei asiatischen Nuklearmächte China, Pakistan und Russland – sind deshalb Ordnungskonstellationen, die Indien um jeden Preis zu vermeiden trachtet.¹²³

Dem türkischen Präsidenten Erdoğan dient Multipolarität dazu, für die »islamische Welt« eine größere Rolle und Verantwortung bei den Vereinten Nationen zu beanspruchen. Bei der 51. Außenministerkonferenz der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (Organization of Islamic Cooperation, OIC) in Istanbul unterstrich er, dass »in einer multipolaren Welt die zwei Milliarden umfassende muslimische Gemeinschaft eigenständig die Rolle eines Machtzentrums übernehmen« müsse.¹²⁴ Damit verlangte er, die islamische Welt als politischen Akteur im internationalen System zu etablieren und ihr grundsätzlich ein Mitspracherecht in der globalen Ordnung einzuräumen.

Für Russland und China spielen die Abgrenzung von den USA beziehungsweise die Rivalität mit ihnen eine herausragende Rolle in der Bestimmung ihrer jeweiligen Beziehungen zu anderen zentralen Akteuren. Daran hat sich auch mit der Neuausrichtung der USA unter Trump nichts geändert. Allerdings sucht

China im Kontext der Rivalität zu den USA auch unter engen US-Verbündeten, allen voran der EU und ihren Mitgliedstaaten, nach Unterstützung oder gar Gefolgschaft für die chinesische Vision einer multipolaren Weltordnung.¹²⁵ China sieht die USA vor allem deshalb als Rivalen an, weil diese gezielt versuchen, China einzudämmen. Auf der Ebene multilateraler Kooperation stehen für China die VN und die BRICS+ als Gegengewicht zur G7 im Vordergrund. Im Übrigen sind auch Südafrika¹²⁶, die Türkei¹²⁷, Indien und Indonesien¹²⁸ bestrebt, die kooperativen Beziehungen zur EU auszubauen.

Russlands Führung hingegen sieht den Westen als ordnungspolitischen Hauptrivalen an, konkret die Verbündeten der USA in Europa und dabei vorwiegend den europäischen Pfeiler der Nato. Mit diesen Akteuren befindet sich Russland in einer antagonistischen Beziehung, auch wenn es ihnen nur begrenzte Souveränität zuspricht.¹²⁹ Seit dem erneuten Amtsantritt von Donald Trump haben sich russische Offi-

¹²⁵ Zhang Jian, »Xiang zuo meiguo fuyong er bude de ouzhou, qishi hai you ling yitiao lu ke zou« [Europa, das »ein Vasall der Vereinigten Staaten« sein will, es aber nicht kann], *CFISNET*, 5.3.2025, <http://comment.cfisnet.com/2025/0305/1331458.html?utm_source=substack&utm_medium=email>.

¹²⁶ Department of International Relations and Cooperation, Republic of South Africa, »A Foreign Policy Agenda to Address the Needs of our People«, Rede von Außenminister Ronald Lamola, 11.7.2024, <<https://dirco.gov.za/wp-content/uploads/2024/07/DIRCO-6th-Administration-Budget-Vote-Speech-Minister-Ronald-Lamola-.pdf>>.

¹²⁷ Vor dem Hintergrund des Plädoyers des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron für eine strategische Autonomie der EU äußerte der türkische Verteidigungsminister Yaşar Güler den Wunsch, im Falle einer europäischen Armee Teil dieser zu werden. Vgl. hierzu Değer Akal, »Kein Platz für die Türkei in Macrons Europa?« (türkisch), *Deutsche Welle*, 9.5.2024, <<https://tinyurl.com/24wcy7am>>.

¹²⁸ Heru Andriyanto, »Indonesia Seeks Stronger Trade Ties with EU, Australia to Offset Potential US Export Losses«, in: *Jakarta Globe*, 19.4.2025, <<https://jakartaglobe.id/business/indonesia-seeks-stronger-trade-ties-with-eu-australia-to-offset-potential-us-export-losses>>.

¹²⁹ »Most European states pursue an aggressive policy toward Russia aimed at creating threats to the security and sovereignty of the Russian Federation, gaining unilateral economic advantages, undermining domestic political stability and eroding traditional Russian spiritual and moral values, and creating obstacles to Russia's cooperation with allies and partners.« Siehe The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, *The Concept of the Foreign Policy* [wie Fn. 96].

¹²³ Zur G2-Welt siehe zum Beispiel Abhinav Kumar, »Bharat and the Rise of G2: Leveraging Ancient Legacies in a Modern Bipolar World«, in: *Times Now*, 27.1.2025, <<https://www.timesnownews.com/opinion/bharat-and-the-rise-of-g2-leveraging-ancient-legacies-in-a-modern-bipolar-world-article-117606457>>.

¹²⁴ Vgl. Kaan Bozdoğan/Koray Taşdemir/Gökçe Karaköse/İrem Demi; »Cumhurbaşkanı Erdoğan: Çok kutuplu dünyada 2 milyarlık İslam âleminin tek başına bir kutup haline gelmesi şarttır« [Präsident Erdoğan: In einer multipolaren Welt ist es notwendig, dass die zwei Milliarden zählende islamische Welt eigenständig zu einem Pol wird], *Anadolu Ajansı*, 21.6.2025, <<https://www.aa.com.tr/tr/politika/cumhurbaskani-erdogan-2-milyarlik-islam-aleminin-tek-basina-bir-kutup-haline-gelmegi-sart/3606709>>. Presidency of the Republic of Türkiye, Directorate of Communications, »We Work to Establish Global Solidarity in Combating Islamophobia«, Ankara, 21.10.2022, <<https://www.iletisim.gov.tr/english/Haberler/detay/we-work-to-establish-global-solidarity-in-combating-islamophobia>>.

zielle rhetorisch auf Europa als neuen Haupttrivalen eingeschossen. Ein wesentliches Motiv dafür dürfte sein, die Spaltung zwischen Washington und den europäischen Staaten voranzutreiben und den Niedergang des liberalen Westens zu beschleunigen.

Multilaterale Organisationen, in denen Russland keine dominante Rolle spielt oder kein Vetorecht hat, sollen nach Moskaus Willen keinen Einfluss auf Russland und die Staaten in der russischen Peripherie haben. In der multilateralen Kooperation mit manchen wichtigen Staaten, die als Pole bezeichnet werden können, bevorzugt Russland, so wie auch Indien, unverbindliche Plattformen wie die BRICS+. Mit anderen bedeutenden Staaten wie China, Indien oder Südafrika hingegen, die ebenfalls als Pole gelten können, strebt die russische Führung kooperative Beziehungen an und versucht zudem, mit möglichst vielen, auch untereinander verfeindeten Staaten pragmatische Beziehungen zu unterhalten.¹³⁰

Südafrika sucht partnerschaftliche Beziehungen auch zu Staaten mit teilweise divergierenden Interessen.

Im Gegensatz zu China und Russland bemühen sich die anderen hier untersuchten Staaten, auch die USA, partnerschaftliche Beziehungen zu sämtlichen als Pole einzuordnenden Staaten zu pflegen. Spiegelbildlich dazu ist etwa die Haltung mehrerer vom ANC geführter südafrikanischer Regierungen zu sehen. Diese haben stets bekundet, wie wichtig die partnerschaftliche Kooperation auch mit Washington ist, trotz unterschiedlicher Interessenlagen. So lässt Pretoria nicht nach in seinen Anstrengungen, die Beziehungen zu den USA zu verbessern, obwohl US-Präsident Donald Trump wahrheitswidrig behauptete, in Südafrika werde ein Genozid an Weißen verübt.¹³¹ Auch Ankara und Jakarta heben den Stellenwert kooperativer Beziehungen hervor, trotz des Handelsstreits mit den USA und deren wachsender Unzuverlässigkeit, und versuchen zugleich, mittels Diversifizierung die Abhängigkeiten von den USA zu verringern. Für Indien sind die Vereinigten Staaten

zentraler Energie-, Handels- und Sicherheitspartner. Sie bleiben aber auch ein schwieriger Partner. Einerseits möchte Indien sich den USA als attraktive Alternative zu China anbieten. Andererseits stellt Trumps unvorhersehbares Gebaren die indische Außenpolitik vor neue Risiken.

In Washington zeichnet sich unter Trumps zweiter Präsidentschaft ein Strategiewechsel im Umgang mit Alliierten und Partnern ab. Wenn es darum ging, die globale Hegemonie der USA zu bewahren, standen jahrzehntelang die engen Beziehungen zu den Verbündeten in Europa und Asien im Vordergrund. Darüber hinaus sollte das Netz aus Militärallianzen durch enge Kooperation mit sogenannten gleichgesinnten Partnern noch engmaschiger geknüpft werden. Lange verfolgte Washington gegenüber Alliierten und Partnern zudem eine weitgehend liberale, multilaterale und freihandelsorientierte Wirtschaftspolitik. Doch im Laufe der Zeit wurden die Beziehungen zu China und auch zu Russland selbst über Parteigrenzen hinweg immer antagonistischer gesehen. Heute gestaltet die US-Regierung die Beziehungen zu ihren Verbündeten und gleichgesinnten Partnern völlig anders: Alliierte werden als Trittbrettfahrer an den Pranger gestellt, weil ihre Militärausgaben aus Washingtons Sicht zu gering sind, und in der Wirtschaftspolitik haben die USA einen deutlich protektionistischeren und unilateraleren Kurs eingeschlagen.¹³²

Normen und internationale Institutionen

Alle untersuchten Akteure mit Ausnahme der USA betonen in ihrer offiziellen Rhetorik den Stellenwert des Völkerrechts, besonders nationalstaatliche Souveränität, territoriale Integrität und das Verbot der Nichteinmischung. Die vergleichende Analyse lässt ferner den Schluss zu, dass außer den USA alle hier betrachteten Staaten diesen Normen trotz der ordnungspolitischen Veränderungen nach wie vor entscheidende Bedeutung beimessen. Am nachdrücklichsten unterstreichen Südafrika, Indonesien und Indien, vor allem wegen der Erfahrungen mit kolonialer Fremdherrschaft, dass diese Normen in einer sich wandelnden internationalen Ordnung erhalten

¹³⁰ Lawrow, »The UN Charter Should Become the Legal Foundation of a Multipolar World« [wie Fn. 25].

¹³¹ »President Ramaphosa Says South Africa and US Have ›Everything to Gain‹ from Closer Relations«, in: *Eurasia Review*, 27.5.2025, <<https://www.eurasiareview.com/2705-2025-president-ramaphosa-says-south-africa-and-us-have-everything-to-gain-from-closer-relations/>>.

¹³² Vgl. Stewart Patrick, »What Happened to ›the West?‹«, in: *Foreign Affairs*, 18.9.2025, <<https://www.foreignaffairs.com/united-states/what-happened-west>>.

werden sollen.¹³³ Auch in der Türkei finden sich normative Bezüge, zum Beispiel in Aussagen von Präsident Erdoğan zur Unantastbarkeit nationaler Souveränität¹³⁴ oder von Außenminister Fidan zum Gewicht internationalen Rechts.¹³⁵ In auffälligem Widerspruch hierzu steht jedoch die Weigerung dieser vier Länder, den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine unmissverständlich zu verurteilen und Russland als Aggressor zu benennen, wenngleich Südafrika mittlerweile eine kritischere Haltung gegenüber Russland eingenommen hat.¹³⁶ Bei anderen untersuchten Staaten treten ebenfalls normative Ambivalenzen und Widersprüche zutage: China ist zwar Mitglied des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (United Nations Convention of the Law of the Sea, UNCLOS), weigert sich indes, die Bestimmungen geltender internationaler UNCLOS-Schiedsgerichtsabkommen umzusetzen. Gleichzeitig präsentiert Peking sich als Bewahrer des Völkerrechts.¹³⁷ Und selbst Russland bekräftigt dessen herausragende Bedeutung, missachtet jedoch durch seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine (wie auch im Umgang mit Georgien und Moldau) ständig Kernnormen des Völkerrechts. Moskau argumentiert stets sehr legalistisch, konstruiert aber an den entscheidenden Stellen die Rechtmäßigkeit des eigenen

133 Cabinet Secretariat of the Republic of Indonesia, »Remarks of President Prabowo Subianto« [wie Fn. 114].

134 Cumhurbaşkanlığı İletişim Başkanlığı [Präsidialamt für Kommunikation], »Cumhurbaşkanı Erdoğan: Bizim niyetimiz asla kriz çıkarmak değil, ülkemizin hakkını, hukukunu, onurunu, çıkarlarını ve egemenlik haklarını korumaktır« [Präsident Erdoğan: Unsere Absicht ist keinesfalls, eine Krise zu provozieren, sondern Rechte, Gesetze, Ehre, Interessen und Souveränitätsrechte unseres Landes zu verteidigen], Ankara, 25.10.2021, <<https://www.iletisim.gov.tr/turkce/haberler/detay/cumhurbaskani-erdogan-bizim-niyetimiz-asla-kriz-cikarmak-degil-ulkemizin-hakini-hukukunu-onurunu-cikarlarini-ve-egemenlik-haklarini-korumaktir?utm=>>.

135 Sinan Tavukçu, *NATO Bildirisi aslında çok kutupluluğa meydan okuma* [Die Nato-Erklärung ist in Wahrheit eine Herausforderung für die Multipolarität], 13.7.2024, <<https://sinantavukcu.com/2024/07/13/nato-bildirisi-aslinda-cok-kutupluluga-meydan-okuma/?utm=>>.

136 Carien du Plessis, »South Africa Sides with Europe on Ukraine Resolution While US Exits«, in: *The Africa Report*, 27.2.2025, <<https://www.theafricareport.com/377847/south-africa-sides-with-europe-on-ukraine-resolution-while-us-exits/>>.

137 Vgl. The State Council Information Office of the People's Republic of China, *A Global Community of Shared Future* [wie Fn. 84].

Handelns durch relativ offensichtliche Manipulationen. Dreh- und Angelpunkt dabei ist eine Umdeutung, welche Staaten angeblich völkerrechtliche Subjekte sind und welche nicht. Zum Beispiel spricht Russland der Ukraine kurzerhand den Status eines souveränen Staates ab, erkennt aber zugleich Teile der Ukraine, die unter russischer militärischer Kontrolle stehen, als souveräne Staaten an, damit sie kurz darauf Russland um militärische Hilfe bitten und einen Vorwand für die russische Invasion liefern können. So erklärte Putin im Februar 2022, der russische Angriff auf die Ukraine sei im Rahmen des Artikels 51 (Selbstverteidigung) der VN-Charta erfolgt.¹³⁸

Was die als zentral erachteten internationalen Normen betrifft, bilden die USA einen Sonderfall. Viele Jahre hatten die Vereinigten Staaten sich für eine Aufwertung liberaler Normen stark gemacht. Das hieß, eine wertegeleitete Außenpolitik unter den Vorzeichen von Demokratie und Menschenrechten zu betreiben sowie unter der Maxime »Responsibility to Protect« möglichst zu verhindern, dass Regierungen Gewalt gegen die eigene Bevölkerung ausüben. Damit haben die USA aus Sicht vieler anderer Staaten der Erosion des Nichteinmischungsgebots im Völkerrecht Vorschub geleistet. Eine Reihe militärischer Interventionen, teilweise ohne Mandat des Sicherheitsrats (etwa die Intervention der Nato im Kosovo 1999 und der Sturz des Regimes von Saddam Hussein im Irak 2003) standen im Widerspruch zum Gewaltverbot und zum Prinzip der Nichteinmischung.¹³⁹ Unter der zweiten Präsidentschaft Trumps ist die frühere, nach eigenem Bekunden von liberalen Werten geleitete Außenpolitik der USA einer wertfreien, allein von egoistischen Motiven getriebenen Außenpolitik gewichen.¹⁴⁰

Im Umgang mit dem Völkerrecht lässt sich bei allen untersuchten Staaten eine gewisse Doppelmoral

138 President of Russia, »Address by the President of the Russian Federation«, Moskau, 24.2.2022, <<http://www.en.kremlin.ru/events/president/transcripts/67843>>.

139 Vgl. Ivo H. Daalder/Michael E. O'Hanlon, *Winning Ugly. NATO's War to Save Kosovo*, Washington, D.C.: Brookings Institution Press, 2000; Jeremy Moses/Babak Bahador/Tessa Wright, »The Iraq War and the Responsibility to Protect: Uses, Abuses and Consequences for the Future of Humanitarian Intervention«, in: *Journal of Intervention and Statebuilding*, 5 (2011) 4, S. 347 – 367.

140 Alexander Cooley/Daniel Nexon, »Trump's Antiliberal Order. How America First Undercuts America's Advantage«, in: *Foreign Affairs*, 7.1.2025, <<https://www.foreignaffairs.com/united-states/trumps-antiliberal-order-cooley-nexon>>.

beobachten, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß. Das heißt, dass Länder sich auf das Völkerrecht und dabei vorrangig die VN-Charta berufen, wenn es ihnen opportun erscheint. Bei der Bewertung des eigenen Verhaltens möchten sie aber bisweilen weniger strenge Maßstäbe angelegt wissen.

Sämtliche untersuchten Akteure treten für eine Reform der Vereinten Nationen und für mehr multilaterale Kooperation ein. Südafrika und Indonesien betonen stets die Bedeutung multilateraler Zusammenarbeit für die Wahrung des Weltfriedens und internationaler Stabilität.¹⁴¹ Vor allem China aber setzt sich als Akteur in Szene, der angeblich »die Reform des Systems globaler Governance anführt«,¹⁴² Unter anderem kritisiert China den VN-Sicherheitsrat als erweiterten »Club der großen oder reichen Mächte« und befürwortet stattdessen eine bessere Vertretung von Entwicklungsländern, besonders der Länder Afrikas.¹⁴³ Diese Forderung wird von Südafrika geteilt, das sich für mehr Gewicht afrikanischer Anliegen im VN-Sicherheitsrat stark macht und daher auch einen ständigen Sitz darin verlangt. Indien wiederum engagiert sich im Kontext der G4 gemeinsam mit Brasilien, Deutschland und Japan für eine Erweiterung des VN-Sicherheitsrats und einen eigenen ständigen Sitz.¹⁴⁴ Letzteres aber wird bisher von China blockiert. Auch die Türkei strebt eine umfassende Reform des VN-Sicherheitsrats an und will in erster Linie die Zahl der ständigen Mitglieder erhöhen, um eine ausgewogenere Repräsentation aller Weltregionen zu ermöglichen. Unter dem von Präsident Erdoğan geprägten Motto

»Die Welt ist größer als fünf« stellt die Türkei die Dominanz der fünf ständigen Mitglieder in Frage.¹⁴⁵

Russland sieht den VN-Sicherheitsrat ebenfalls als Kerninstitution einer sich verändernden Weltordnung. Moskau lehnt zusätzliche ständige Sitze im VN-Sicherheitsrat für westliche Staaten wie Japan oder Deutschland strikt ab, steht den Ambitionen Indiens oder Brasiliens darauf aber nach eigenen Aussagen offen gegenüber.¹⁴⁶ China strebt als einziges der analysierten Länder systematisch danach, seinen Einfluss in den VN zu vergrößern, unter anderem durch eine strategische Personalpolitik innerhalb der VN und ihrer Unterorganisationen.¹⁴⁷

Außer den USA sind alle untersuchten Staaten entweder BRICS-Gründungsmitglieder (Indien, Russland, China), wurden kurz nach der Gründung Mitglied (Südafrika), sind der BRICS-Gruppe jüngst beigetreten (Indonesien im Jahr 2025) oder kandidieren für eine Mitgliedschaft (Türkei). Fünf der sieben betrachteten Länder – die Ausnahmen bilden die USA und Indien – sehen die BRICS-Gruppe als Gegengewicht zur G7 und einer zu stark von westlichen Interessen dominierten internationalen Ordnung sowie als Instrument zur Reform des globalen Finanzsystems und für eine gerechtere internationale Machtverteilung. Dennoch sind sich die südafrikanische, die chinesische¹⁴⁸ und die indische Regierung einig, dass die BRICS-Gruppe für sie ein nichtwestliches, aber kein antiwestliches Forum ist. Für Indonesien und Südafrika ist zudem die eigene Mitgliedschaft in den regionalen multilateralen Organisationen ASEAN beziehungsweise AU essentiell.

141 So bemerkte der südafrikanische Außenminister Lamola im Oktober 2024: »Multilateral cooperation and adherence to international law will move us away from the Hobbesian-like world and its zero-sum politics.« Vgl. Department of International Relations and Cooperation of South Africa, »Address by Minister Ronald Lamola [wie Fn. 16].

142 »China actively participates in and leads the reform of the global governance system.« Vgl. The State Council Information Office of the People's Republic of China, *A Global Community of Shared Future* [wie Fn. 84].

143 Ministry of Foreign Affairs, People's Republic of China, »Proposal of the People's Republic of China on the Reform and Development of Global Governance«, Peking, 13.9.2023, <https://www.mfa.gov.cn/eng/zy/gb/202405/t20240531_11367498.html>.

144 Ministry of External Affairs, Government of India, »G4 Ministerial Joint Statement«, Neu-Delhi, 25.9.2025, <<https://www.mea.gov.in/bilateral-documents.htm?dtl/40167/g4+ministerial+joint+statement+september+25+2025>>.

145 »Turkish Diplomat Argues Reform Must Start with UN Security Council«, in: *Daily Sabah*, 14.2.2025, <<https://www.dailysabah.com/politics/turkish-diplomat-argues-reform-must-start-with-un-security-council/news>>.

146 Lawrow, »The UN Charter Should Become the Legal Foundation of a Multipolar World« [wie Fn. 25].

147 Foreign Affairs Committee (United Kingdom), *In the Room: The UK's Role in Multilateral Diplomacy*, London, 17.6.2021, <<https://publications.parliament.uk/pa/cm5802/cmselect/cmfa/199/19902.htm>>.

148 Zhao Long u.a., *Decoding Greater BRICS Cooperation: A Non-Western Path to a Shared Development Community*, Shanghai: Shanghai Institute for International Studies (SIIS), März 2025 (SIIS Report, Bd. 43), S. 5, <<https://www.siis.org.cn/updates/cms/cms/202503/12165827ixcc.pdf>>.

Räume und Einflusszonen

Die USA unter Trump sowie Russland, China und in abgeschwächter Form Indien erfassen räumliche Aspekte einer sich verändernden internationalen Ordnung deutlich anders als Indonesien, die Türkei und Südafrika. Bei China, Indien und Russland kreisen die räumlichen Aspekte vorrangig um die Bildung und Sicherung regionaler Einflusszonen. Dies gilt immer stärker auch für die USA, die sich in der Ära vor Trump lange als globaler Hegemon definierten und ihr außenpolitisches Handeln per se global ausrichteten. Unter der derzeitigen Regierung hingegen nimmt auch in Washington das Denken in und um Einflusszonen stetig mehr Raum ein. Das macht sich in den von Trump vorgebrachten Ansprüchen in der westlichen Hemisphäre bemerkbar, besonders in Bezug auf Kanada, den Panamakanal und Grönland.¹⁴⁹ Trump selbst beruft sich auf die Monroe-Doktrin, die nach einem US-Präsidenten des frühen 19. Jahrhunderts benannt ist. Ihr zufolge haben die USA ein Anrecht auf eine exklusive und dominante Rolle in ihrem »Hinterhof« auf dem amerikanischen Kontinent.¹⁵⁰ Gleichzeitig sinkt das amerikanische Interesse an Europa, Zentralasien und Afrika. In Asien und im sogenannten Indo-Pazifik hingegen sehen die USA gemäß ihrem Selbstverständnis als pazifische Macht weiterhin eine Einflussosphäre.

China, Russland, die USA und Indien wollen Einflusszonen bilden. Südafrika, die Türkei und Indonesien versuchen das zu verhindern.

China¹⁵¹ und Russland betrachten die globale Hegemonialstellung der USA als größte strategische Herausforderung für sich. Daraus leiten sie zentrale strategische Ziele ab: China will regionale Einfluss-

149 Steve Contorno, »Trump Is Teasing US Expansion into Panama, Greenland and Canada«, *CNN*, 23.12.2024, <<https://edition.cnn.com/2024/12/23/politics/trump-us-expansion-panama-canada-greenland/>>.

150 Vgl. Tom Long/Carsten-Andreas Schulz, »The Return of the Monroe Doctrine«, in: *Foreign Policy*, 16.12.2023, <<https://foreignpolicy.com/2023/12/16/monroe-doctrine-united-states-latin-america-foreign-policy-interventionism-china-gop/>>.

151 Ministry of Foreign Affairs, People's Republic of China, »Wang Yi Attends the 31st ASEAN Regional Forum Foreign Ministers' Meeting«, Peking, 27.7.2024, <https://www.mfa.gov.cn/mfa_eng/wjzbhd/202407/t20240729_11462529.html>.

zonen ausbauen, Russland möchte solche Zonen sichern. Das bedeutet, »fremde« Akteure (Pole), allen voran die USA, aus diesen Gebieten zu verdrängen. China verfolgt die Politik, andere Staaten enger an sich zu binden. Das betrifft hauptsächlich südasiatische, südostasiatische und zentralasiatische Länder. Einerseits baut Peking zu diesem Zweck auf wirtschaftliche Anreize, andererseits versucht es, seine Machtansprüche immer offensiver durchzusetzen, unter anderem im Südchinesischen Meer. Auch seinen Einfluss auf Staaten in Afrika, Europa oder Lateinamerika will China weiter vergrößern.

Russland bemüht sich ebenfalls, seinen Zugriff auf die Nachbarländer zu verstärken und andere wichtige Akteure aus seiner Nachbarschaft zu vertreiben. Im russischen Modell haben sich die Staaten der Peripherie nach Russland zu orientieren. Wenden sie sich ab, unterstellt Moskau ihnen Einfluss von außen und greift gegebenenfalls zu militärischen Mitteln, um die eigene Dominanz über die Peripherie zu »verteidigen«. Das gilt zuvorderst für die osteuropäischen Staaten, teils aber auch für Mittel- und Westeuropa. Außerdem bekämpft Russland Demokratiebewegungen in seiner Nachbarschaft, weil sie Russlands Status als Pol in der multipolaren Weltordnung unterminieren könnten. Moskau will verhindern, dass Staaten dem Beispiel der Ukraine folgen und sich von Russland distanzieren. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Russland von China, welches sich in puncto Regimetyt bisher agnostisch zeigt. Es gibt noch eine weitere Abweichung im Vergleich mit China. So hält Russland zwar die eigenen Hegemonialansprüche, nämlich in Osteuropa, für legitim. Anderen zentralen Akteuren gesteht es aber keine regionalen Einflusszonen zu, etwa den USA in Lateinamerika. Hier offenbart sich, dass die russische Version der Multipolarität auch als Vehikel für anti-amerikanische Überzeugungen dient und von vielen inneren Widersprüchen geprägt ist.¹⁵²

Auch Indien versteht sich als regionale Ordnungsmacht, hat jedoch im Gegensatz zu China und Russland keine imperialistische Tradition in der Außenpolitik. Gerade weil aber Indien die chinesische

152 So verurteilt Moskau das US-Embargo gegen Kuba als Ausdruck US-amerikanischen Hegemoniestrebens. The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, »Foreign Minister Sergey Lavrov's Statement during a Joint News Conference with Foreign Minister of the Republic of Cuba Bruno Rodriguez Parrilla«, Moskau, 12.6.2024, <https://www.mid.ru/ru/press_service/video/view/1956213/?lang=en>.

Machtausweitung in seiner Region abwehren möchte, versucht Neu-Delhi, proaktiv die Regierungen seiner Nachbarn stärker auf seine Seite zu ziehen, und hält deren Abhängigkeiten von China für problematisch. Das Streben nach Einhegung des chinesischen Einflusses erklärt auch, warum Indien es grundsätzlich begrüßt, dass strategische Partner wie Frankreich und die USA, aber auch Deutschland mehr Präsenz im Indo-Pazifik zeigen.

Für Indonesien, Südafrika und die Türkei ist ebenfalls eine räumliche Bezugnahme vor allem auf die »eigene« Region oder Nachbarschaft zu beobachten. Diese Länder stehen der Schaffung regionaler Einflusszonen durch Großmächte kritisch gegenüber. Mehr noch, sie sind bestrebt, dieses Unterfangen zu verhindern, in erster Linie indem sie regionale Gemeinschaften bilden.

Was die Türkei betrifft, setzt sich Präsident Erdoğan auf internationaler Ebene für mehr Mitsprache der »islamischen Welt« und des Globalen Südens ein. Außenminister Hakan Fidan sprach sich außerdem für ein internationales System aus, das auf Inklusion, Effektivität, Gerechtigkeit und Sicherheit beruht. Die derzeit zu beobachtenden Großmächterivalitäten kritisierte er ausdrücklich als Hindernisse für regionale und globale Zusammenarbeit.¹⁵³ Gleichzeitig definiert die türkische Führung Einflusszonen für sich in der unmittelbaren Nachbarschaft: Nach dem Sturz des Assad-Regimes strebt die Türkei eine zentrale Rolle bei der politischen und territorialen Neuordnung Syriens an, trotz potentieller Interessenkonflikte mit Israel sowie anhaltender Differenzen mit den Syrischen Demokratischen Kräften (SDF).¹⁵⁴ Auf ähnliche Weise versucht Ankara, sich im Sudan zu engagieren, und beansprucht dabei eine Rolle als politischer Vermittler zwischen den Konfliktparteien.¹⁵⁵ Die Türkei macht sich für eine multipolare Welt stark, sieht sich in ihrer Region indes mit asymmetrischen Machtbeziehungen konfrontiert: Nach

dem Einflussverlust Russlands in Syrien sowie der Niederlage Irans und seiner Stellvertreter (Proxys) im Nahen Osten sind dort die USA die einzige verbliebene Großmacht. Daher widerspricht Ankara der US-amerikanischen Präsenz weit weniger vehement als früher und passt sich den neuen Gegebenheiten an.

Südafrika und Indonesien lehnen die Bildung von Einflusszonen ab und befürworten größere Mitspracherechte des Globalen Südens in der internationalen Ordnungspolitik.¹⁵⁶ Im Gegensatz zur Türkei beziehen sie sich darüber hinaus stark auf regionale Integrationsprozesse und Regionalorganisationen (AU und ASEAN) sowie auf die G20. So ist Südafrika bestrebt, die AU, die erst seit 2023 Mitglied in den G20 ist und daher noch wenig Erfahrung hat, aktiv in den G20-Prozess einzubinden.¹⁵⁷ Südafrika unterstützt zudem die Ausweitung der Afrikanischen Freihandelszone. Ein Ziel dabei ist, den innerafrikanischen Handel auszubauen und davon zu profitieren. Ein anderes Ziel lautet, den afrikanischen Kontinent wirtschaftspolitisch zu stärken und international aufzuwerten.¹⁵⁸ Indonesien wiederum sieht die geopolitischen Rivalitäten zwischen den beiden Großmächten nicht nur als Herausforderung, sondern gleichzeitig als Chance, die USA und China zu vor allem wirtschaftlichen Zugeständnissen zu bringen.¹⁵⁹

Außenpolitische Schwerpunkte und politikfeldspezifische Initiativen

China, Indien und Russland leiten aus den ordnungspolitischen Veränderungen hin zur Multipolarität die Notwendigkeit ab, in möglichst vielen Politikfeldern ein möglichst hohes Maß an Autonomie oder strategischer Souveränität zu erreichen. China und Russland

156 Cyril Ramaphosa, »State of the Nation Address 2025«, Kapstadt, 6.2.2025, <<https://www.gov.za/SONA2025>>.

157 Department of International Relations and Cooperation, Republic of South Africa, »South Africa and the AU Commission to Hold Consultative Meeting on the G20«, Pretoria, 8.10.2024, <<https://dirco.gov.za/south-africa-and-the-au-commission-to-hold-consultative-meeting-on-the-g20>>.

158 Ramaphosa, »State of the Nation Address 2025« [wie Fn. 156]; South African Revenue Service, »African Continental Free Trade Area«, <<https://www.sars.gov.za/customs-and-excise/about-customs/african-continental-free-trade-area>>.

159 Dewi Fortuna Anwar, »Indonesia's Hedging Plus Policy in the Face of China's Rise and the US-China Rivalry in the Indo-Pacific Region«, in: *The Pacific Review*, 36, (2023) 2, S. 351–377, doi: 10.1080/09512748.2022.2160794.

153 Vgl. dazu exemplarisch Recep Tayyip Erdoğan, *Daha Adil Bir Dünya Mümkün* [Eine gerechtere Welt ist möglich], Istanbul: Turkuvaaz Verlag, 2021.

154 Vgl. Yaşar Aydın, »Syrien: Welche Rolle spielen die Türkei und Deutschland?«, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 6.2.2025 (Kurz gesagt), <<https://www.swp-berlin.org/publikation/syrien-welche-rolle-spielen-die-tuerkei-und-deutschland>>.

155 Vgl. dazu Nosmot Gbadamosi, »How Turkey Became Africa's Mediator«, in: *Foreign Policy*, 15.1.2025, <<https://foreignpolicy.com/2025/01/15/turkey-africa-mediator-sudan-ethiopia-somalia>>.

wollen sich in erster Linie gegen die USA behaupten, und Indien gegen China. Indien betreibt hauptsächlich im Rohstoff- und im Elektroniksektor eine Politik des De-risking gegenüber China. Peking und Moskau begründen ihre Bestrebungen in den Politikfeldern Militär, Wirtschaft und Technologie sehr ähnlich: Man will gegenüber den USA so schnell wie möglich selbständiger und wettbewerbsfähiger werden. In China setzt man bevorzugt auf Konzepte wie die »Dual Circulation«-Strategie, die zu technologischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Überlegenheit verhelfen soll, und auf den Plan »Made in China 2025« zur Aufwertung der chinesischen Industrie.

China ist ferner bemüht, sich zumindest teilweise vom internationalen Finanz- und Wirtschaftssystem zu entkoppeln, das aus chinesischer Sicht von den USA dominiert wird. In Russland ist dieser Entkopplungsprozess zwangsläufig weiter vorangeschritten, weil große Teile des russischen Finanzsystems durch Sanktionen vom Westen abgeschnitten sind. Russland vertraut außerdem auf Importsubstitution, etwa in der Nahrungsmittelindustrie, im IT-Sektor und in der Pharmaindustrie, und will so weit wie möglich auf ausländische Technologien verzichten, besonders aus dem Westen.

Damit einher geht eine Versicherheitlichung unterschiedlichster Politikfelder gemäß den definierten »nationalen Interessen«. Sie zeigt sich unter anderem darin, dass mit diversen Methoden der Einfluss ausländischer, vor allem westlicher Akteure bekämpft wird. Für China und Russland hat zudem der Bereich Militär und Verteidigung zentrale Bedeutung, sodass militärische Aufrüstung, sowohl konventionell als auch nuklear, Vorrang genießt.¹⁶⁰ Anders als China ist Russland davon überzeugt, dass eine ordnungspolitische Transformation hin zur Multipolarität nur durch den Niedergang des Westens erreicht werden kann. Neben der Stärkung der eigenen Autonomie und Souveränität umfasst Russlands politikfeldspezi-

160 Putin kündigte schon im Februar 2012 eine massive Aufrüstung an, um Russland in die Lage zu versetzen, in der sich ändernden Weltordnung die eigene Souveränität zu behaupten. Wladimir Putin, »Byt' sil'nyimi: garantii nacional'noj bezopasnosti dlja Rossii« [Stark sein: Garantien für die nationale Sicherheit Russlands], 20.2.2012, <https://ruvek.mid.ru/publications/vladimir_putin_byt_silnyimi_garantii_natsionalnoy_bezopasnosti_dlya_rossii_6564/>; vgl. zudem »Xi Focus: PLA Striving to Build World-Class Military under Xi's Leadership«, *Xinhua*, 2.8.2022, <<https://english.news.cn/20220802/a1990d2381244c06899751bab3ce739d/c.html>>.

fisches Handeln daher den Einsatz von Propaganda und hybrider Kriegsführung gegen westliche Gesellschaften, um seine Führungsrolle in der multipolaren Welt zu unterstreichen.¹⁶¹ Russland nutzt auch seine Position als weltgrößter Weizenexporteur, um sich gegenüber Staaten des Globalen Südens in Afrika, Asien und im Nahen Osten als wichtiger Partner zu profilieren, während es gleichzeitig die Produktions- und Exportkapazitäten der Ukraine militärisch angreift.¹⁶² Russische Söldner unterminierten europäische Missionen in afrikanischen Staaten, beispielsweise in Mali.¹⁶³

China fungiert überdies in verschiedenen Politikfeldern als Anbieter globaler öffentlicher Güter, etwa in den Bereichen Infrastruktur, Gesundheit oder nachhaltige Entwicklung. Im Kontext der BRI bietet China Kredite an und baut Infrastruktur. Während der Covid-19-Pandemie versorgte das Land die Welt mit Masken und Impfstoffen. In der Entwicklungszusammenarbeit avanciert es vom Empfänger- zum Geberland. China ist entschlossen, das finanzielle und machtpolitische Vakuum zu füllen, welches die USA unter Trump in der Entwicklungshilfe oder der Klimadiplomatie hinterlassen. Dort, wo es einen Nutzen sieht, möchte China die Vereinigten Staaten als Soft Power in Drittstaaten und in internationalen Organisationen ersetzen.¹⁶⁴ Andererseits erklärt die chinesische Elite, das Land sei nicht willens und besitze auch nicht die Kapazitäten, um als Bereitsteller globaler öffentlicher Güter den Platz der USA einzunehmen.¹⁶⁵ Priorität genieße immer noch die eigene wirtschaftliche Entwicklung.

161 Jonathan Morley-Davies/Jem Thomas/Graham Baines, *Russian Information Operations Outside of the Western Information Environment*, Riga: Nato Strategic Communications Centre of Excellence, Mai 2024, <<https://stratcomcoe.org/publications/download/Russian-info-operations-DIGITAL.pdf>>.

162 Aine Quinn/Katarina Hojje, »Russia in Africa: Putin Seeks to Counter Western Influence With Free Grain«, *Bloomberg*, 23.2.2024, <[https://www.bloomberg.com/news/articles/2024-02-23/russia-in-africa-putin-seeks-to-counter-western-influence-with-free-grain?utm="](https://www.bloomberg.com/news/articles/2024-02-23/russia-in-africa-putin-seeks-to-counter-western-influence-with-free-grain?utm=)>.

163 Denis M. Tull, *Wie weiter in der Sahelpolitik?*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2024 (SWP-Aktuell 19/2024), doi: 10.18449/2024A19.

164 Zhao, »The Collapse of the US-led World Order« [wie Fn. 95].

165 Ebd. Auch bestätigt in einem Gespräch mit einer chinesischen Think-Tank-Delegation am 11.6.2025 in Berlin.

Durch ihren Rückzug aus internationalen Institutionen haben die USA Räume für China eröffnet.

Früher stellten die USA auf vielen Politikfeldern globale öffentliche Güter bereit, mittels multilateraler Kooperation in internationalen Institutionen wie der Weltgesundheitsorganisation. Nun aber haben sie ihre bilateralen Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit gestrichen und sich aus einer Reihe internationaler Organisationen zurückgezogen.¹⁶⁶ Dadurch haben sie in etlichen Politikfeldern anderen Akteuren, allen voran China, das Feld überlassen. Das gilt nicht nur für die globale Gesundheitspolitik. Auch in der Technologiepolitik sind die USA unter Trump wohl offener dafür, Machtverschiebungen zu tolerieren. Das kann man als Wandel in Richtung Multipolarität interpretieren, doch die Politik Washingtons bleibt widersprüchlich: Einerseits setzen die USA auf Maßnahmen, um die technologische und militärische Entwicklung Chinas einzuhegen. Andererseits gewähren sie zum Beispiel den Golfstaaten Zugang zu moderner Technologie, indem sie ihnen moderne Waffensysteme verkaufen und mit ihnen im Bereich künstliche Intelligenz zusammenarbeiten. Dabei nimmt Washington das Risiko in Kauf, dass die Golfstaaten diese Technologien mit China teilen könnten. Aus den Veränderungen der internationalen Politik – besonders jenen, die sie mit dem Aufstieg Chinas verbinden – haben aufeinanderfolgende US-Administrationen den Schluss gezogen, die Handels- und Industriepolitik der USA auf die Stärkung von deren Wirtschaftsbasis auszurichten, auch auf Kosten von Drittstaaten.¹⁶⁷

Indiens ordnungspolitische Prioritäten sind in erster Linie durch das Prisma nationaler Zielsetzungen zu verstehen. Dabei handelt es sich vor allem

um die eigene Energiesicherheit, die Sicherstellung der territorialen Integrität und das nationale Wirtschaftswachstum. Auf diesen Zielen bauen die außenpolitischen Leuchtturmprojekte wie I2U2, IMEC und Quad auf, die in Indien überwiegend als zeitgemäße und angemessene Form ordnungsstiftender internationaler Zusammenarbeit gelten. Dieser Ansatz wird flankiert durch eine wachsende Zahl korrespondierender Narrative, die Indiens Großmachtstatus mit eindrucksvollen Ideen untermauern sollen. Mit dem Begriff Vishwaguru (Lehrmeister der Welt) etwa wird ein Bild verbreitet, das Indien als friedfertige und spirituelle Nation darstellt, die anderen Staaten ein Vorbild sein kann. Premierminister Modis Bemerkung zum Ukraine-Krieg (»Dies ist kein Zeitalter des Krieges«) steht sinnbildlich für diese Haltung.¹⁶⁸ Die mit diesem Diskurs korrespondierende politische Zurückhaltung in globalen Konflikten wie in der Ukraine oder im Gazastreifen unterstreicht, dass Indien keine aktive Rolle als globale Ordnungsmacht einnimmt – aber Ordnungsmacht im Indo-Pazifik werden möchte.

Südafrika hingegen versucht, in Anbetracht der zunehmenden Multipolarisierung vor allen Dingen multilaterale Kooperationsformate in den Politikfeldern Klima, Gesundheit und Handel zu stärken. In diesem Kontext stellt sich das Land als Vertreter afrikanischer Interessen in internationalen Institutionen dar. Entsprechende Initiativen Südafrikas finden sich auf der Ebene der G20 (zum Beispiel mit Blick auf die Verschuldungskrise afrikanischer Staaten¹⁶⁹), in der Kooperation mit der EU (etwa zu erneuerbaren Energien und kritischen Rohstoffen)¹⁷⁰ sowie vorrangig innerhalb Subsahara-Afrikas. Auch setzte sich

166 Sebastian Haug/Anna Novoselova/Stephan Klingebiel, *Trump's Assault on Foreign Aid. Implications for International Development Cooperation*, Bonn: German Institute of Development and Sustainability, 2025 (IDOS Discussion Paper Nr. 4), doi: 10.23661/IDP4.2025; Stewart Patrick, *The Death of the World America Made*, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 19.2.2025 (Emissary), <<https://carnegieendowment.org/emissary/2025/02/trump-executive-order-treaties-organizations?lang=en>>.

167 Vgl. *Welthandel am Abgrund? Trump, Zölle und die Zukunft der Globalisierung*, München: ifo Institut, Juni 2025 (ifo Schnelldienst, Nr. 6), <<https://www.ifo.de/publikationen/2025/zeitschrift-einzelheft/ifo-schnelldienst-062025-welthandel-am-abgrund>>.

168 Shubhajit Roy, »Not an Era of War: In US, Modi Calls for Peaceful Resolution of Ukraine Conflict«, in: *The Indian Express*, 23.6.2023, <<https://indianexpress.com/article/india/narendra-war-speech-us-modi-peaceful-resolution-ukraine-conflict-8681176/>>.

169 Farai Shawn Matiashe, »Africa Resolves to Reform G20 Debt Framework at Major Gathering«, in: *African Business*, 15.5.2025, <<https://african.business/2025/05/finance-services/africa-resolves-to-reform-g20-debt-framework-at-major-gathering>>; Karoline Eickhoff, *G20 Debt Negotiations: What Can the African Union Achieve?*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2025 (MTA Policy Brief Nr. 37), <<https://tinyurl.com/498xkb8p>>.

170 European Council, »EU-South Africa Summit Declaration«, Pressemitteilung, Brüssel, 13.3.2025, <<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/03/13/south-africa-eu-summit-declaration/>>.

Tabelle 3

Multipolaritäten in Aktion

	<i>Eigene Gestaltungsansprüche</i>	<i>Ausgestaltung internationaler Beziehungen</i>	<i>Favorisierte Normen¹⁷² und internationale Organisationen</i>	<i>Räume und Einflusszonen</i>	<i>Eigene Schwerpunkte und Initiativen</i>
China	global	lose, flexible Partnerschaften	VN-Charta VN, BRICS	Bildung von Einflusszonen	Reduzierung der Abhängigkeit von den USA, strategische Autonomie in allen Politikbereichen, Bereitstellung globaler Güter (Sicherheit, Entwicklung)
Indien	global	lose, flexible Partnerschaften	VN-Charta VN, G20, BRICS, Quad	Bildung von Einflusszonen	Energiesicherheit, technologische Entwicklung, Migration
Indonesien	regional	lose, flexible Partnerschaften	VN-Charta VN, G20, BRICS, ASEAN	Verhinderung von Einflusszonen	Handel, Industriepolitik, Militär, Ernährungssicherheit, Energie
Russland	global	lose, flexible Partnerschaften (Ausnahmen: Allianz mit Nordkorea, OVKS)	VN-Charta ¹⁷³ VN-Sicherheitsrat, BRICS	Bildung von Einflusszonen	Reduzierung des Einflusses der USA, strategische Autonomie in allen Politikbereichen
Südafrika	global	lose, flexible Partnerschaften	VN-Charta VN, BRICS, G20, AU	Verhinderung von Einflusszonen	Klima, Gesundheit, Handel, Finanzpolitik
Türkei	regional	lose, flexible Partnerschaften	VN-Charta VN, BRICS, EU, GCC	ambivalent	Energie, Technologie, regionale Vermittlerrolle
USA	global	Allianzen	liberale Normen (Biden), Transaktionalismus (Trump)	Bildung von Einflusszonen	America first, Rückzug aus globalen Politikbereichen

Südafrika dafür ein, dass bei der Bewältigung der Covid-19-Pandemie afrikanische Belange berücksichtigt wurden.¹⁷¹

171 Department of International Relations and Cooperation, »President Cyril Ramaphosa’s Remarks on Advancing Pandemic Prevention, Preparedness and Response in Africa, New York, USA«, Pretoria, 18.9.2023, <<https://tinyurl.com/3x8y5hhs>>.

172 Die hier erwähnten Normen, auf die die untersuchten Staaten rekurren, sind deklaratorischer Natur. Sie müssen nicht mit dem tatsächlich beobachtbaren Verhalten dieser Länder übereinstimmen. Die Spannbreite dieses Verhaltens umfasst ein breites Spektrum, das von der Einhaltung von Normen bis zum offenen Bruch mit ihnen reicht.

Für Indonesien stehen über unterschiedliche Administrationen hinweg zunächst jene Politikfelder im Mittelpunkt der Außenpolitik, die eng mit Fragen der nationalen wirtschaftlichen Entwicklung verbunden sind. Das gilt vor allem für eine Industriepolitik mit dem Ziel, die verarbeitende Industrie unter anderem durch Anwerbung ausländischer Direktinvestitionen zu fördern und so die Abhängigkeit von Rohstoffexporten zu reduzieren. Zwar bilden nach wie vor

173 Diese Einordnung bezieht sich nur auf Selbstaussagen russischer Offizieller. Solche Äußerungen enthalten immer auch Propaganda. Russland verletzt die VN-Charta massiv, unter anderem durch seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

auch die Bewahrung strategischer Autonomie und Blockfreiheit Schwerpunkte indonesischer Außenpolitik, doch wächst zugleich die Abhängigkeit von China, besonders in den Bereichen Handel und Investition. Für die derzeitige Regierung spielen zudem Ernährungssicherheit, Energiesicherheit und die Modernisierung des Militärs eine wichtige Rolle – allerdings nicht, um darüber Einfluss auf internationale Politik zu nehmen, sondern vor allem aus innenpolitischen Erwägungen.

Die Türkei positioniert sich angesichts der Multipolarisierung der internationalen Ordnung bewusst flexibel: Im geopolitischen Spannungsfeld zwischen den USA und China verfolgt das Land eine Balancestrategie, hat sich jedoch nach der Wiederwahl Donald Trumps zum US-Präsidenten zuletzt wieder stärker den USA angenähert. Einerseits hält die Türkei an ihrer wirtschafts- und sicherheitspolitischen Westbindung fest, andererseits will sie ihre Technologiepartnerschaft mit China stärken und intensiviertere die Energiekooperation mit Russland. Zugleich betreibt Ankara eine geopolitisch motivierte Industrie- und Lieferkettenpolitik, die auf einer engen wirtschaftlichen Anbindung an Deutschland sowie einer strategischen Ausrichtung an der EU basiert. Ziel ist es, Produktion und Vertrieb schrittweise an EU-Standards anzupassen und eine grüne Hightech- und Dienstleistungswirtschaft aufzubauen – auch wenn die bisherigen Maßnahmen zur Dekarbonisierung noch unzureichend sind. Regionalpolitisch versucht die Türkei, sich als Ordnungs- und Friedensmacht zu etablieren. Ausdruck dieses Strebens sind ihre Vermittlungsbemühungen im Krieg zwischen Russland und der Ukraine, im Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien sowie zwischen den Konfliktparteien in Libyen. Auch die Kooperation mit der syrischen Interimsregierung zur Stabilisierung des Landes und zum Wiederaufbau staatlicher Strukturen ist in diesem Lichte zu sehen.¹⁷⁴

174 Yaşar Aydın, *Industrie- und Lieferkettenpolitik der Türkei*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2025 (SWP-Studie 11/2025), doi: 10.18449/2025S11; ders., *Geopolitik auf Rädern: Die Neupositionierung der türkischen Automobilindustrie*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2025 (SWP-Aktuell 45/2025), doi: 10.18449/2025A45; vgl. auch die Kurzanalyse zu den Beziehungen zwischen den USA und der Türkei, in: *CATS Network Roundup*, November 2025, <https://www.cats-network.eu/assets/cats/CN_Roundup/CATS_Network_Roundup__November_2025.pdf>.

Zwischenfazit

Von den untersuchten Staaten verfolgen nur China, Russland und die USA dezidiert globale Gestaltungsansprüche und definieren ihre strategischen Interessen politikfeldübergreifend und global. Südafrika erhebt zwar ebenfalls einen globalen Gestaltungsanspruch in einer multipolaren Ordnung, definiert aber die entsprechenden Interessen bisher vor allem entlang einiger weniger Themenbereiche. Die Gestaltungsansprüche der Türkei und Indiens werden zwar in offiziellen Bekundungen als global dargestellt, sind in der außenpolitischen Praxis allerdings regional begrenzt. Indonesien lässt keine Gestaltungsansprüche erkennen. Was die Ausgestaltung internationaler Kooperation anbelangt, betonen alle hier analysierten Staaten die wachsende Bedeutung flexibler Partnerschaften mit möglichst vielen Partnern (Diversifizierung). Diese flexiblen Partnerschaften sind vorwiegend interessenbasiert und beruhen nicht in erster Linie auf geteilten Wert- oder Ordnungsvorstellungen. Jedoch ist für China die Abgrenzung von den USA und für Russland jene vom Westen essentiell. Dies ist bei den anderen Staaten nicht der Fall.

Alle hier betrachteten Länder unterstreichen den Stellenwert des Völkerrechts für die normative Ausformung der sich wandelnden internationalen Ordnung. Normen wie nationale Souveränität, Nichteinmischung und territoriale Integrität spielen dabei eine herausragende Rolle. Zumindest in den öffentlich zugänglichen offiziellen Diskursen sind – mit Ausnahme der USA, die sich bis zur Trump-Ära für liberale Normen und entsprechende Veränderungen des Völkerrechts stark machten – keine Überlegungen für ein alternatives normatives Fundament auszumachen. Die Diskurse zum institutionellen Rahmen der sich verändernden internationalen Ordnung kreisen in allen untersuchten Staaten, die USA wiederum ausgenommen, hauptsächlich um die Vereinten Nationen und andere multilaterale Institutionen und Clubs wie ASEAN, AU, G20 und BRICS. Indien hebt darüber hinaus die Bedeutung minilateraler Formate wie des Quad für den Indopazifik hervor. Auch fordern alle Staaten, abermals mit Ausnahme der USA, die Vereinten Nationen zu reformieren, doch gehen die Meinungen auseinander, wie diese Reform genau aussehen soll. Russland hat sich zwar der allgemeinen Forderung nach Reform angeschlossen, will aber seinen eigenen Sitz im VN-Sicherheitsrat schützen. China, Russland, die USA

und Indien erfassen räumliche Aspekte einer künftigen multipolaren Ordnung überwiegend entlang von Einflusszonen. Indonesien, Südafrika und die Türkei stellen sich gegen die Bildung von Einflusszonen durch Großmächte, um ihre eigene strategische Autonomie in einer sich verändernden regionalen Ordnung zu erhalten.

Russland und China setzen Schwerpunkte und starten Initiativen, um die Abhängigkeit vom Westen beziehungsweise von den USA zu verringern und dadurch als eigenständige Pole einer multipolaren Ordnung fungieren zu können. China ist der einzige hier analysierte Staat, der überdies einen Schwerpunkt auf die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter wie Sicherheit oder Entwicklung legt. Die USA unter Trump hingegen fahren ihr globales Engagement zurück und handeln nur noch nach der Maxime »America first«. Südafrika, Indien, die Türkei und Indonesien sehen den Schwerpunkt ihres eigenen ordnungspolitischen Engagements darin, die Kooperation mit möglichst vielen Partnern zu intensivieren. Dabei werden die USA, China und Russland in vielen Politikfeldern ausdrücklich einbezogen, zum Beispiel bei Gesundheit, Handel und Klima.

Fazit und Schlussfolgerungen

Sinn und Zweck der vorliegenden Studie war es, in einer vergleichenden Analyse darzulegen, welche unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen und Ziele in ausgewählten Staaten mit dem Begriff Multipolarität verbunden werden. Der systematische Vergleich hat den Vorteil, dass dadurch Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Wahrnehmung von Multipolarität sichtbar werden, die in Einzelfallstudien wahrscheinlich unentdeckt geblieben wären. Mittels des komparativen Ansatzes konnte gezeigt werden, dass gravierende Differenzen in der Auffassung von Multipolarität bestehen, wenngleich alle hier untersuchten Länder diese als außenpolitisches Konzept propagieren.

Befunde: Status quo der internationalen Ordnung und Multipolarität

Fünf der sieben untersuchten Staaten glauben, dass die gegenwärtige Ordnung schon heute multipolar strukturiert ist. Indonesien dagegen hält diese nach wie vor für bipolar. In den Augen der USA handelt es sich weiterhin um eine unipolare Struktur unter amerikanischer Führung, wobei China als wichtigster Herausforderer gilt. Das erklärt auch, warum der Begriff Multipolarität in Indonesien und den USA (noch) nicht Teil des offiziellen Sprachgebrauchs ist. In allen anderen Staaten beziehen sich politische Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen regelmäßig und positiv auf diesen Begriff und versuchen auch, die Multipolarisierung voranzutreiben. Umfang, Tiefe und Kohärenz des Verständnisses von Multipolarität variieren jedoch erheblich. Russland und China nutzen den Begriff, um die Dominanz der USA – im russischen Fall auch des Westens – in Frage zu stellen. Die Mehrzahl der anderen hier betrachteten Staaten erwartet als Folgen der Multipolarität eigene Macht- und Statuszuwächse, erweiterte außenpolitische Spielräume oder einen relativen Machtverlust der USA. Russland, China und Indien halten diesen Prozess zudem für unumkehrbar. Bis auf die USA und Indonesien haben alle untersuchten

Länder ein eigenes Verständnis von Multipolarität definiert. Sie haben das ursprünglich von Russland und China propagierte Konzept nicht einfach übernommen, sondern im Sinne ihrer eigenen Interessen weiterentwickelt und eingesetzt. Allerdings bleibt das Konzept in den meisten analysierten Fällen vage und widersprüchlich.

Befunde: Multipolarisierung

Während fünf der sieben untersuchten Staaten den Übergang zur Multipolarität als evolutionären Prozess wahrnehmen, verbinden Russland und Indonesien gewalttätige und disruptive Veränderungen mit dieser Transformation. In Südafrika wird Disruption ebenfalls als Risiko benannt, aber nicht besonders hervorgehoben. Auch bei den Elementen, welche die entstehende Multipolarität konstituieren, divergieren die Positionen: Einige Staaten sehen (militärische) Machtpolitik als ausschlaggebend an, andere betonen wirtschaftliche Kooperation und wachsende Interdependenz. Liberale Normen spielen allenfalls eine marginale Rolle. Räumlich beziehen Indonesien und Indien Multipolarität in erster Linie auf Asien, während die übrigen Staaten sie global verstehen.

Die Pole, also die Hauptakteure einer wie auch immer gearteten multipolaren Ordnung, werden von den untersuchten Staaten selten ausdrücklich genannt. Doch werden fallübergreifend zumindest die USA, China und Russland als zentrale Akteure beim Übergang zur Multipolarität wahrgenommen. Über die Politikfelder, die als Treiber der Multipolarisierung erachtet werden, gehen die Auffassungen ebenfalls weit auseinander – von Wirtschaft und Technologie bis zu Verteidigung und Militär. Dennoch fällt auf, dass neben der Sicherheitspolitik gerade Wirtschafts- und Technologiepolitik im Fokus stehen. Das lässt sich als Indiz für die gestiegene Bedeutung des wirtschaftlichen und technologischen Wettbewerbs in der internationalen Politik werten. Indonesien, Südafrika, die Türkei und Indien lehnen eine überwiegend auf militärischer Macht basierende

Konstituierung von Multipolarität ab und nehmen entsprechende Umbrüche auch als Bedrohung wahr. Trotzdem nennen auch diese Staaten als zentrale Pole gerade solche Staaten, die über umfassende militärische Machtmittel verfügen.

Unbestreitbar ist zudem, dass sich die Wahrnehmungen der Kooperations- und Konfliktmuster verändern. Die Mehrzahl der untersuchten Staaten sieht sich in einem Prozess der Diversifizierung ihrer Partnerschaften – aber nicht in Form von Allianzen, sondern flexiblen Ad-hoc-Kooperationen. Auf normativer Ebene findet bei allen analysierten Ländern eine Reinterpretation internationaler Normen statt. Die sinkende Legitimität etablierter multilateraler internationaler Organisationen veranlasst die USA zu verstärktem Unilateralismus. Andere bewegt dieser Legitimationsverlust dazu, sich neuen multilateralen Organisationen wie der BRICS-Gruppe zuzuwenden. Dies schließt freilich nicht aus, dass die betreffenden Staaten weitere multilaterale Prozesse unterstützen, zum Beispiel im Kontext der Vereinten Nationen. China, die USA und Indonesien sehen die Rivalität zwischen Washington und Peking als dominante Konfliktlinie. Folgerichtig werden in dieser Lesart die USA und China als international dominante Akteure dargestellt. Die anderen untersuchten Länder dagegen nehmen multiple Konfliktlinien und multiple Machtzentren (Pole) wahr, die sich von Politikfeld zu Politikfeld teilweise unterscheiden.

Deutlich zutage traten ferner die Unterschiede zwischen China und Russland. Russland strebt eine radikale, auch militärische oder gar kriegerische Transformation der internationalen Ordnung an und sieht den Ukraine-Krieg als eine Art »Geburtsstunde« der multipolaren Ordnung. Da Russland wirtschaftlich und technologisch zurückfällt, setzt es auf sein destruktives Potential. China hingegen bevorzugt eine graduelle Transformation und kann aufgrund seines wirtschaftlich-technologischen Potentials auf eine Führungsrolle vertrauen. Davon ausgenommen ist die angestrebte »Wiedervereinigung« mit Taiwan, bei der militärische Machtmittel ausdrücklich Teil des ordnungspolitischen Instrumentariums sind.

Befunde: Multipolaritäten in Aktion

Die Divergenzen, die in den ersten beiden Analysekapiteln festgestellt wurden, waren auch im dritten Kapitel zu konstatieren. Generell erscheinen die Strategien der außenpolitischen Akteure eher als

Fortführung bestehender außenpolitischer Muster denn als genuine Ableitungen aus Multipolarität. Letzteres hängt möglicherweise mit der oft dünnen Konzeptualisierung dieses Begriffs zusammen. Mit Ausnahme der USA verbinden alle Akteure damit die zunehmende Bedeutung flexibler Partnerschaften unterhalb formeller Allianzen für ihre jeweiligen bilateralen Kooperationsbeziehungen – Indien betont zusätzlich den Stellenwert minilateraler Formate. Sämtliche Staaten außer den USA heben hervor, welche gewichtige Rolle die Vereinten Nationen für internationale Ordnungsstrukturen und multilaterale Kooperation spielen. Auf der normativen Ebene beziehen sich alle untersuchten Staaten positiv auf das Völkerrecht – selbst jene, die es brechen. Bei Russland wird dieser Widerspruch besonders augenfällig. Die USA bilden auch hier eine Ausnahme: Unter Biden standen liberale Normen und eine nicht genau definierte regelbasierte Ordnung im Vordergrund, unter Trump Transaktionalismus und das Recht des Stärkeren ohne klaren normativen Bezugsrahmen.

Als strategischer Imperativ überwiegt bei China, Russland, den USA und Indien die Bildung von Einflusszonen im Kontext von Multipolarität. Indonesien und Südafrika dagegen lehnen ganz im Sinne ihrer außenpolitischen Traditionen solche Einflusszonen ab. Die Türkei bleibt in diesem Zusammenhang ambivalent. Indonesien und die Türkei verfolgen vor allem regionale, die anderen Staaten globale Gestaltungsansprüche. Südafrika hat sich zudem das Ziel gesetzt, afrikanische Interessen auf internationaler Ebene stärker in den Vordergrund zu rücken. Während amerikanische außenpolitische Akteure noch 2019 die USA als zentrale Ordnungsmacht charakterisierten, stellen zumindest Teile der aktuellen Regierung diese Einschätzung heute in Frage. China hingegen präsentiert sich immer entschlossener als globale Ordnungsmacht und will Lücken füllen, die der Rückzug der USA hinterlässt. In Asien sieht sich China bereits in einer dominanten Position, was bestimmte Teilordnungen wie Handel, Infrastruktur oder Energiewende betrifft. Mit den eigenen Ansprüchen geht es sogar noch weiter, ohne dass ein ebenbürtiger Herausforderer erkennbar wäre. Russland formuliert selbst den Anspruch, eine Ordnungsmacht unter den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu sein, baute Regionalorganisationen wie die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit und die Eurasische Wirtschaftsunion auf und intervenierte direkt und indirekt regelmäßig in politischen Krisen in der

Nachbarschaft. Je sichtbarer aber sein Einfluss schrumpfte, desto mehr wurde Russland selbst zum Verursacher von Krisen, politischer Destabilisierung und Kriegen.

Trotz weithin konstaterter Schwäche oder gar Krise internationaler Institutionen bieten funktionale Teilordnungen etwa in den Bereichen Handel, Klima und Gesundheit weiterhin Spielräume für multilaterale Kooperation. Die untersuchten Staaten betrachten solche Teilordnungen als mögliche Ausgangsbereiche für ordnungspolitische Reformen. Zwar stellen die Staaten Multipolarität rhetorisch als Alternative zur liberal-unipolaren Ordnung dar. Außer Russland aber nehmen sie den Übergang, zumindest aus funktionaler Sicht, nicht als radikalen Bruch mit der alten Ordnung wahr.

Diskussion der Befunde

Die Analyse hat ergeben, dass sich die meisten der sieben untersuchten Staaten positiv auf Multipolarität beziehen. Sie erhoffen sich durch den Machtverlust der USA mehr außenpolitische Spielräume sowie eigene Macht- und Statuszuwächse. Diese Erkenntnis mag bei der Fallauswahl auf den ersten Blick nicht unbedingt überraschen, da es sich hier um Staaten handelt, die Multipolarität als außenpolitisches Konzept nutzen und zu großen Teilen auch international propagieren. Auffällig ist, dass die Mehrzahl der analysierten Staaten die Instabilität der vormals unipolaren Weltordnung als Chance und beobachtbare Umbrüche als überwiegend positive Veränderungen interpretiert. Indonesien und die USA bilden die Ausnahme, wobei sich auch indonesische Regierungen mit einer möglichen multipolaren Weltordnung auseinandersetzen und ihre Möglichkeiten und Risiken abwägen. Südafrikanische Regierungen benennen die Risiken zumindest zu Teilen.

Interessant ist, dass sich selbst in einigen Ländern, die das Konzept nach außen anpreisen, nach innen über verschiedene Akteure hinweg keine gemeinsamen Ordnungsvorstellungen feststellen lassen. Zwar gibt es in diesen Ländern auf nationaler Ebene geteilte positive Bezugnahmen auf Multipolarität, ohne dass jedoch ein dahinterstehendes kohärentes Ordnungskonstrukt erkennbar wäre. Folglich ist man sich schon auf nationaler Ebene nicht einig, was mit Multipolarität genau gemeint ist. Diese Schattierungen des Begriffs finden sich selbst in Russland, das

Multipolarität längst als außenpolitisches Konzept zu verbreiten sucht.

Die vergleichende Analyse verweist darauf, dass es unterschiedliche, teilweise widersprüchliche Verständnisse von Multipolarität zwischen den Ländern gibt. Dies gilt auch für sogenannte mittlere Mächte wie Südafrika und Indien, obwohl diese Staaten sogar gemeinsam auf internationaler Ebene Vorschläge für Reformen multilateraler Institutionen eingebracht haben. Die Analyse legt daher nahe, dass Multipolarität mit stark divergierenden Ordnungsvorstellungen verbunden ist. Staaten, die den Begriff propagieren, meinen also nicht zwangsläufig dasselbe oder teilen gemeinsame Vorstellungen über die Ausgestaltung einer neuen Weltordnung, wengleich viele der bisherigen Analysen zu Multipolarität dies unterstellen.

Bemerkenswert ist, dass die Vereinten Nationen und das Völkerrecht einen zentralen Bezugspunkt in den Debatten aller untersuchten Staaten bilden. Hierauf berufen sich mit Ausnahme der USA alle Akteure. Die Bezugnahme russischer und chinesischer außenpolitischer Akteure darauf kann aber eher als Lippenbekenntnis gewertet werden denn als glaubwürdiges Interesse an der Aufrechterhaltung internationaler Normen. Andere Staaten, allen voran Südafrika und Indien, setzen sich nachdrücklich für diese Reformen ein. Allen hier betrachteten Staaten kann mit Blick auf die Einhaltung des Völkerrechts eine gewisse Doppelmoral vorgeworfen werden, wengleich sich deren Ausmaß je nach Akteur erheblich unterscheidet.

Indien und Südafrika sind die beiden Staaten, die eigene Ideen für partikulare Reformen auf multilateraler Ebene vorantreiben, wie ihre Klage gegen den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) oder ihr Eintreten für die Freigabe von Patenten von Medikamenten gegen Covid-19 zeigt. Darüber hinaus sind sich fast alle Staaten einig, dass eine Reform des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen notwendig ist. Doch ein umfassendes Reformprogramm lässt sich zumindest in der hier vorliegenden Analyse nicht ausmachen. Allerdings könnte eine systematischere Untersuchung der Reformvorschläge in multilateralen Institutionen – die in dieser Studie nicht geleistet werden konnte – noch einmal vertiefte Informationen darüber liefern, ob Staaten auch in anderen Politikfeldern gemeinsame Reformvorschläge verfolgen. China bildet hier die sichtbare Ausnahme: Die Volksrepublik hat eigene Initiativen zur Veränderung globaler Ordnungsstrukturen und zur Bereitstellung globaler öffent-

licher Güter lanciert. Freilich bleibt auch hier unklar, ob es um eine grundlegende Transformation der internationalen Ordnung oder lediglich um eine Anpassung des Status quo geht. Zugleich beteuert China, kein Hegemon zu sein und das Ruder nicht übernehmen zu wollen. Letztlich machen die Befunde dieser Studie deutlich, dass die mit Multipolarität in Verbindung gebrachten Ordnungsvorstellungen keineswegs nur ideologische Konstrukte sind, sondern von den analysierten Staaten mit Machtressourcen, Machtbeziehungen und Machtpolitik verknüpft werden.

Schlussfolgerungen

Für die deutsche und europäische Außenpolitik stellt sich nicht nur die analytische Aufgabe, die mit dem Begriff Multipolarität verbundenen unterschiedlichen Ordnungsvorstellungen zu verstehen. Sie ist auch gefordert, konstruktiv mit ihnen umzugehen – zumal sie schon jetzt in multilateralen Formaten, bilateralen Partnerschaften und bei der Entwicklung neuer Kooperationsmechanismen ständig damit konfrontiert ist. Das Konzept Multipolarität sollte nicht als irrelevant oder antiwestlich abgetan werden, da es in allen untersuchten Staaten diskutiert wird und deren jeweiliges Verständnis des Begriffs wichtige Aufschlüsse über die außenpolitische Zusammenarbeit liefern kann. Denn aus den unterschiedlichen Konzeptualisierungen von Multipolarität ergeben sich auf konzeptioneller und praktischer Ebene unterschiedliche Anschlussfähigkeiten für deutsche und europäische Politik.

Zugleich legt die Analyse die Risiken einer unreflektierten Verwendung des Begriffs offen. Multipolarität ist mittlerweile ein höchst politisierter Terminus, der besonders von Russland und zumindest teilweise auch von China für verbale Angriffe auf den Westen und damit auch auf die EU genutzt wird. Wer für eine multipolare Weltordnung eintritt, könnte Ängste bei jenen Staaten befördern, denen in einer solchen Ordnung womöglich allenfalls eine Statistenrolle zugewiesen würde. Auf der anderen Seite verstehen politische Eliten in Staaten des Globalen Südens die multipolare Weltordnung auch als Instrument für ein außenpolitisches Reformprogramm, um die als ungerecht empfundenen Strukturen der Weltordnung inklusiver zu gestalten. Daher können es sich deutsche und europäische außenpolitische Akteure kaum leisten, den Begriff zu ignorieren, wenn sie mit diesen

Staaten außenpolitische Beziehungen bewahren oder gar vertiefen wollen. Entscheidungsträger sollten ihn deshalb sparsam und wenn, dann nicht unqualifiziert verwenden. Wollen sie ihn als außenpolitisches Konzept positiv besetzen – im Sinne einer inklusiver angelegten Weltordnung, die eine gleichberechtigte Einbindung verschiedener Weltregionen in internationale und multilaterale Prozesse beinhaltet –, sollten sie konkret benennen, was sie darunter verstehen.

Statt sich in konzeptionelle Debatten hineinzu-begeben und Gefahr zu laufen, dabei missverstanden zu werden, sollten Deutschland und die EU sich bemühen, als ungerecht wahrgenommene Strukturen auf internationaler Ebene anzusprechen und in unterschiedlichen Politikbereichen an Reformen zu arbeiten, die teilweise schon eingefordert werden. Denn im Gegensatz zum akademischen Blick auf Multipolarität, der sich auf Ordnungsstrukturen richtet, steht der Begriff im politischen Diskurs eher für eine Auseinandersetzung mit Interessen und Herausforderungen der jeweiligen Staaten. Die Bundesregierung sollte das Engagement von Staaten für eine multipolare Weltordnung, sofern es nicht rein propagandistischen Zielen dient, als Indikator für den Reformbedarf auf internationaler Ebene sehen. Sie sollte nachdrücklicher für Reformen eintreten und – vorzugsweise mit sogenannten gleichgesinnten Staaten – Aushandlungsprozesse darüber in Gang bringen. Dies sollte auch auf der europäischen Ebene stattfinden, da die EU international besonders in spezifischen Politikbereichen wie zum Beispiel Handel als relevanter Akteur wahrgenommen wird. Auf diese Weise könnten deutsche und europäische Entscheidungsträger deutlich machen, dass sie die berechtigten Anliegen ernst nehmen, ohne zu riskieren, sich in konzeptionellen Debatten zu verlieren. Damit dies gelingt, empfiehlt sich eine strategische Auseinandersetzung über jene Ordnungsvorstellungen, die für Deutschland und die EU vorteilhaft wären. Ausgehend davon lassen sich Partner und Institutionen suchen, die deutsche und europäische Akteure dabei unterstützen können, sich diesem Ziel zu nähern.

Abkürzungsverzeichnis

AIDS	acquired immune deficiency syndrome (erworbenes Immunschwächesyndrom)
ANC	African National Congress
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
AU	Afrikanische Union
BRI	Belt and Road Initiative
BRICS	Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika
CBAM	Carbon Border Adjustment Mechanism (CO ₂ -Grenzausgleichsmechanismus)
EU	Europäische Union
G2	Group of Two (USA, China)
G4	Group of Four (Brasilien, Deutschland, Indien, Japan)
G7	Group of Seven (Gruppe der wichtigsten Industrieländer mit liberal-demokratischen Werten)
G20	Group of 20 (Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer)
GCC	Gulf Cooperation Council (Golf-Kooperationsrat)
HIV	human immunodeficiency virus (menschliches Immunschwäche-Virus)
I2U2	Indien, Israel, USA, Vereinigte Arabische Emirate
IBSA	Indien, Brasilien, Südafrika
ICJ	International Court of Justice (Internationaler Gerichtshof)
IMEC	India-Middle East-Europe Economic Corridor
MIKTA	Mexiko, Indonesien, Südkorea, Türkei, Australien
MSC	Munich Security Conference (Münchener Sicherheitskonferenz)
Nato	North Atlantic Treaty Organization
OIC	Organization of Islamic Cooperation (Organisation für Islamische Zusammenarbeit)
OVKS	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit
Quad	Quadrilateral Security Dialogue
SAIIA	South African Institute for International Affairs
SDF	Syrische Demokratische Kräfte
TPP	Transpacific Partnership Agreement (Transpazifisches Partnerschaftsabkommen)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
UNCLOS	United Nations Convention of the Law of the Sea (Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen)
USA	United States of America
VN	Vereinte Nationen
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)

Literaturhinweise

Sabine Fischer/Margarete Klein/Janis Kluge
»Russlandpolitik ohne, mit oder gegen die USA? Was geht und was nicht geht«
 In: Barbara Lippert/Stefan Mair (Hg.), Mit, ohne, gegen Washington: Die Neubestimmung der Beziehungen Europas zu den USA, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Januar 2026 (SWP-Studie 3/2026) S. 31 – 35

Johannes Thimm
Systemsprenger – Donald Trump und die Erosion der Demokratie in den USA
 Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Januar 2026 (SWP-Studie 2/2026)

Sinem Adar/Yaşar Aydın
»Turkey: Strategic Ambiguity and Transactional Diplomacy in the Rebuilding of European Security«
 In: Céline Marangé/Susan Stewart (Hg.), The Tipping Point: An Emerging Model of European Security with Ukraine and without Russia, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2025 (SWP Research Paper 5/2025), S. 69 – 74

Angela Stanzel/Juliana Süß
»Chinesische Geoökonomie im Weltraum: Militärische Interessen dominieren«
 In: Hanns Günther Hilpert/Sascha Lohmann (Hg.), Mehr Macht, weniger Markt – Denken und Handeln in der geoökonomischen Zeitenwende, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2025 (SWP-Studie 16/2025), S. 75 – 80

Lars Brozus/Felix Heiduk/Daniel Voelsen
Verlässliche Partnerschaften in der internationalen Politik. Deutschlands Partner, Partner Deutschland
 Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2025 (SWP-Studie 8/2025)

Tobias Scholz
Indiens stabile Partnerschaft mit Russland. Die Beziehungen Neu-Delhis zu Moskau basieren auf Interessen und Grundvertrauen
 Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2024 (SWP-Aktuell 58/2024)

Melanie Müller

**»Südafrikas multiple Allianzen: Eine Chance
für die bilaterale Zusammenarbeit«**

In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik,
17 (2024), S. 385–401

